

10

Bonn, 10. November 1955

Sprecher: Altmeier, Bach, Bauknecht, Bitter, [von Brentano], Cillien, Eplée, Erhard, Fay, von Fisenne, Gradl, von Hassel, Heck, Hellwig, Johnen, Kaiser, Lemmer, Majonica, Müllenbach, Naegel, Scharnberg, Schröder, Strickrodt, Stücklen, Tillmanns, Wackerzapp, Frau Weber, Wehking, Wuermeling, Zimmer.

Bundesparteitag. Kartellgesetz. Sitzung des Parteiausschusses; Sozialreform. Parteistatut. Gewerkschaftsfragen; Stellungnahme zur Gründung des CGB. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 15.30 Uhr

Tillmanns: Meine Damen und Herren! Es entspricht dem Wunsche meines Kollegen, Herrn Jakob Kaiser, daß ich zunächst die Sitzung eröffne. Ich tue das, indem ich alle Erschienenen herzlich begrüße. Entschuldigt haben sich Frau Anne-Marie Heiler und die Herren Senator Ewald Samsche, Staatsminister Dr. Hanns Seidel, Diakon Hermann Matthes¹, Staatsminister Dr. Otto Fricke, Bundesminister Franz Josef Strauß, Lambert Lensing, Minister Wilhelm Simpfendorfer, Minister a.D. Wirsching, Dr. Franz Gurk. (*Kaiser:* Auch Herr Karl Arnold bedauert, daß er nicht kommen kann. Er hat mich gebeten, Ihnen zu sagen, daß auch die Einladung zu spät gekommen sei. Weder er noch Herr Lensing hätten sich noch zeitlich umstellen können, da sie auf einer Veranstaltung in Dortmund heute sind. Er bittet darum, in Zukunft die Einladungen rechtzeitig zu verschicken.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie noch um Entschuldigung bitten wegen der relativ kurzfristigen Einladung. Wir haben uns bisher immer bemüht, die Einladungen zu den Vorstandssitzungen rechtzeitig herauszugeben. Ich bitte aber um Verständnis dafür, daß wir unter den gegebenen Umständen nicht früher einladen konnten. Wir waren auf der einen Seite der Auffassung, daß der Vorstand sobald wie möglich zusammentreten sollte, auf der anderen Seite aber kam die Erkrankung des Herrn Bundeskanzlers dazwischen.² Deshalb war es uns erst in der letzten Woche möglich, die Vorstandssitzung herbeizuführen.

1 Hermann Matthes (1901–1976), 1945 Mitgründer der CDU Mainz, 1946–1948 Mitglied des Stadtrats und Kreistags, 1947–1963 MdL Rheinland-Pfalz.

2 Adenauer nahm nach siebenwöchiger Krankheit (Lungenentzündung) am 24. November 1955 seine Arbeit wieder auf (vgl. BULLETIN vom 25. November 1955 S. 1865; UiD vom 26. November 1955).

Ich bitte ferner um Nachsicht, daß die Vorstandssitzung heute hier stattfindet, während gleichzeitig das Präsidium des Bundestages tagt. Dadurch sind einige Mitglieder des Vorstandes vorübergehend verhindert, hier zu erscheinen. Sie werden aber, sobald es möglich ist, zu uns kommen. Sie werden aber auch verstehen, daß wir den Wunsch hatten, in dieser Woche noch einmal zusammenzukommen. Ich habe Ihnen im Auftrage des Herrn Bundeskanzlers die herzlichsten Grüße auszurichten. Ich tue das mit besonderer Freude, weil ich aus meiner persönlichen Begegnung mit ihm bezeugen kann, daß er zweifellos seine Krankheit überwunden hat und sicherlich auf dem Wege der Besserung ist. Er wird natürlich noch eine längere Zeit eine körperliche Schonung brauchen.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Ihnen die einzelnen Punkte verlesen: 1. Bundesparteitag. 2. Sitzung des Parteiausschusses. 3. Parteistatut. 4. Kartellgesetz. 5. Gewerkschaftsfragen. 6. Verschiedenes. Die Punkte 4 und 5 der Tagesordnung sollten uns Gelegenheit geben, uns hier einmal gründlich auszutauschen. Wegen des Kartellgesetzes wird der Herr Bundeswirtschaftsminister gleich zu uns kommen und uns einiges darüber sagen. Gleichzeitig haben wir Herrn Naegel³ gebeten, uns darüber etwas zu berichten. Herr Naegel ist schon erschienen. Ich begrüße ihn herzlich.

Bestehen wegen der Tagesordnung irgendwelche Wünsche? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich vorschlagen, daß wir zunächst den Punkt 1 der Tagesordnung „Bundesparteitag“ behandeln.

BUNDESPARTEITAG

Tillmanns: Wir hatten beschlossen, den Bundesparteitag vom 21. bis 24. November in Baden-Baden abzuhalten. Er sollte in der Hauptsache dem Thema „Sozialreform“ gewidmet sein. Der Herr Bundeskanzler hatte den Wunsch geäußert, er möchte bei der Behandlung dieses wichtigen Gegenstandes zugegen sein. Auch um diesem Wunsche Rechnung zu tragen, haben wir mitgeteilt, daß der Parteitag verschoben werden soll. Wir waren der Auffassung, daß es Aufgabe des Bundesparteivorstandes sei, sich hier über den Termin des Bundesparteitages klarzuwerden. Ich darf dazu das Wort Herrn Dr. Heck erteilen.

Heck: Meine Damen und Herren! In der letzten Sitzung des Parteiausschusses hat Herr Dr. Gradl den Vorschlag gemacht, den Parteitag im nächsten Frühjahr abzuhalten.⁴ Da der geschäftsführende Vorstand, und ich glaube auch der gesamte Vorstand, der gleichen Meinung ist, daß es nicht gut möglich ist, den Parteitag in der letzten Adventswoche durchzuführen, kommt zunächst als Termin Ende Januar oder Anfang Februar in Frage. Wir sind vom Bundestagspräsidium gebeten worden, bei

3 Wilhelm Josef Naegel (1904–1956), 1949–1956 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftspolitik), CDU. – Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 350 Anm. 82.

4 Bundesparteiausschuß vom 1. Oktober 1955 S. 52 unter Hinweis auf die Einsparung von Mitteln (ACDP VII-001-020/5).

der Festlegung des Termins für den Parteitag auf die arbeitsfreie Woche des Bundestages Rücksicht zu nehmen, damit nicht die turnusmäßige Arbeit des Bundestages durch Parteiveranstaltungen gestört werde. Danach käme für die Durchführung des Parteitages zunächst die Zeit zwischen dem 22. und 29. Januar in Betracht.

Es ist aber von den Landesverbänden Württemberg-Hohenzollern, Südbaden, Nordbaden und Nordwürttemberg die Bitte an uns herangetragen worden, den Parteitag in der Woche abzuhalten, die dem Aschermittwoch folgt, weil wir dann mit dem Parteitag in das Anfangsstadium des dortigen Wahlkampfes hineinkommen.⁵ In den Tagen unmittelbar nach dem Aschermittwoch wäre aber der Parteitag in Baden-Baden nicht durchzuführen, weil es mindestens zwei Tage dauert, bis die Faschingsdekorationen im Kurhaus weggeräumt sein werden. Wir brauchten ferner Zeit, um die ganze Umstellung vorzubereiten. Auf der anderen Seite wird in diesem Zeitraum in Stuttgart die Ausstellungshalle auf dem Killesberg zur Verfügung stehen. Das konnte ich gestern noch feststellen. Zur Diskussion steht also, ob wir den Parteitag Ende Januar, wie wir es ursprünglich vorgesehen hatten, durchführen sollen. Dann könnte der Tagungsort Baden-Baden bleiben, oder soll der Parteitag in den Monat Februar verschoben werden, und zwar dem Wunsche der Landesverbände von Baden-Württemberg entsprechend? In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß wir, wenn wir den Parteitag im Frühjahr des nächsten Jahres abhalten, praktisch im Jahre 1956 nicht noch einmal einen Parteitag abhalten können; denn wir müssen im Jahre 1957 wiederum im Frühjahr einen Parteitag durchführen, weil im September die Bundestagswahlen sein werden.

Das sind also insgesamt die Gesichtspunkte, die bei der Entscheidung wegen des Parteitages vorgetragen werden müssen. Wir müssen dem Parteiausschuß, der noch Ende dieses Monats tagen soll, vom Vorstand aus wegen des Termines einen Vorschlag machen.

Von Fisenne: Ich habe sehr große Bedenken dagegen, den Bundesparteitag im Januar oder Februar durchzuführen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Es ist bekannt, daß die meiste parlamentarische Arbeit zwischen den Monaten November und Februar geleistet wird. In allen Ländern sind in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März Etatberatungen. Hinzu kommen die offiziellen Veranstaltungen, von denen sehr viele in den Monaten Januar bis März abgehalten werden. Ich schlage daher vor, den Bundesparteitag entweder im April oder Anfang Mai abzuhalten. Ende April wäre mir am liebsten. (*Von Hassel:* Wann ist die Wahl im Südwesten? – *Müllenbach:* Am 4. März.)

Tillmanns: Es entsteht die Frage, ob ein Parteitag unmittelbar vor den Wahlen in Baden-Württemberg von besonderer Bedeutung ist. Man könnte der Auffassung sein, es sei für die Wahlen viel wichtiger, daß sich viele Freunde der CDU als Redner in Kundgebungen zur Verfügung stellen. Man kann auch der Ansicht sein, daß ein solcher Parteitag von großer Bedeutung und Wichtigkeit dafür ist. Ursprünglich hatten

⁵ Landtagswahlen fanden am 4. März 1956 statt.

wir Baden-Württemberg für den Parteitag unter diesem Gesichtspunkt in Aussicht genommen. Dieser Absicht lag also die bevorstehende Wahl in Baden-Württemberg zugrunde. Wenn dieser Gesichtspunkt für uns weiter maßgebend sein sollte, dann muß der Parteitag spätestens im Februar stattfinden. Geht man aber darüber hinweg, dann könnte man den Termin später ansetzen.

Von Hassel: Man sollte den Parteitag nicht im Januar oder Februar abhalten. Für den Ablauf eines Parteitages ist es auch wichtig, wie sich das Wetter gestaltet und die ganze Atmosphäre draußen. Wenn man schon in den Südwesten geht, dann sollte man auch das schöne Frühjahrs Wetter dazu ausnutzen. Dann wird auch die Stimmung sehr viel besser sein. Ich schlage vor, sich darüber zu unterhalten, ob wir Ende April den Parteitag durchführen sollten. Wenn wir einen Parteitag unmittelbar im Zusammenhang mit einem Wahlkampf in einem Lande durchführen, dann befürchte ich, daß die Beschlüsse dieses Parteitages auf die Wahlen ausgerichtet sein werden. Wir haben aber bisher zum Ausdruck gebracht, daß wir die vielen Wahltermine in Deutschland als ein Negativum unserer eigenen Entschlußfreudigkeit bezeichnen müssen; denn wir richten uns danach, wer gewählt wird, und dann vermeiden wir unpopuläre Maßnahmen. Ich möchte also zur Überlegung geben, ob wir einen Bundesparteitag mitten in einen Wahlkampf hineinlegen sollen. (*Zuruf:* Wann ist Ostern? – *Tillmanns:* Ostern ist am 1. und 2. April.)

Hellwig: Da der von uns vorgesehene Termin nicht eingehalten werden kann, möchte ich anregen, die Planung darauf auszurichten, den Parteitag vielleicht in Stuttgart durchzuführen.

Majonica: Wenn wir die Dinge im Zusammenhang mit der Wahl in Baden-Württemberg diskutieren, dann bin ich der Meinung, den Parteitag mindestens vier Wochen vor der Wahl abzuhalten. Wenn wir ihn zu kurz vor der Wahl durchführen, dann berauben wir uns der Möglichkeit, Versammlungen durchzuführen; denn alle Redner werden auf dem Parteitag sein, und wenn der Wahlkampf auf dem Höhepunkt ist, dann müssen wir im Lande eine Versammlungsstille einführen. Das ist unmöglich. Der Parteitag müßte also mindestens vier Wochen vorher durchgeführt werden.

Bauknecht: Der Parteitag hätte einen Sinn gehabt, wenn er jetzt stattgefunden hätte. Dann wäre der nötige Abstand zu den Wahlen gewesen, und man hätte unabhängig von der Wahl Beschlüsse fassen können. Ich halte es auch für unmöglich, kurz vor der Wahl den Bundesparteitag durchzuführen. Wir wollen doch echte Entscheidungen herbeiführen. Eine Menge von Leuten wird verhindert sein, und die Sache geht dann schief. Wenn der Parteitag nicht im November durchgeführt werden kann, ist es besser, ihn nach Ostern abzuhalten. (*Zimmer:* Zwischen Ostern und Pfingsten!)

Lemmer: Da der Parteitag des Jahres 1957 notwendigerweise ein Aufmarsch zu den Wahlen – wie der Hamburger Parteitag – sein soll, möchte ich davor warnen, den kommenden Parteitag unter wahlpropagandistische Gesichtspunkte zu stellen. Es ist wirklich Zeit, einen echten Parteitag durchzuführen.

Weber: Man sollte den Parteitag nicht unter Wahlpropaganda stellen, weil er ja im nächsten Jahr darauf gerichtet sein muß. Wenn wir das Thema „Sozialreform“ zur

Grundlage nehmen, dann kann man es nur machen ohne Wahlpropaganda. Ich bin also für eine Verschiebung auf einen späteren Termin.

Tillmanns: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich darf abstimmen lassen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dafür sind, wir sollten ohne Rücksicht auf die Wahl den Parteitag in Baden-Württemberg nach dem Monat März abhalten, die Hand zu erheben. (*Altmeier:* Das habe ich nicht ganz verstanden.) Nach dem März! – Das scheint die große Mehrheit zu sein. Ich darf also feststellen, daß das praktisch heißt, wir führen den Parteitag nach Ostern durch.

Scharnberg: Den Zeitpunkt um Ostern wollen wir nicht. Den Zeitpunkt um Pfingsten wollen wir bestimmt auch nicht. Dazwischen gibt es aber die sitzungsfreie Woche zwischen dem 23. und 28. April. Das ist praktisch die einzige Möglichkeit, wenn wir nicht nach Pfingsten tagen wollen, die in Frage kommt.

Tillmanns: Der Bundestag ist zu einem neuen Arbeitsrhythmus übergegangen. Er hat jetzt zwei Sitzungswochen und dann eine arbeitsfreie Woche. Wenn der Bundestag grundsätzlich bereit ist, auf Parteitage Rücksicht zu nehmen, so ist es auf der anderen Seite sehr schwer, diesen Rhythmus zu stören, zumal eine sitzungsfreie Woche eingeführt worden ist. Es kommt also die Woche vom 23. bis 28. April in Frage. Ich darf noch einmal fragen, ist der Vorstand damit einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein.

Strickrodt: Der Herr Vorsitzende hat gefragt, ob wir nach dem März tagen sollten. Das darf aber keine Nach-März-Politik werden! (*Heiterkeit.*)

Tillmanns: Soll das zu Protokoll genommen werden? (*Erneute Heiterkeit.*)

Cillien: Ich möchte an die kritischen Stimmen wegen der Wahl von Baden-Baden erinnern. Ich halte es für unmöglich, im Spielsaal von Baden-Baden die neue Sozialreform zu verkünden.

Tillmanns: Man könnte auch entgegengesetzte Gesichtspunkte geltend machen. Es könnte auch, nachdem wir zunächst Baden-Baden festgelegt haben und daraufhin in der Presse Kritik laut geworden ist, einen ungünstigen Eindruck machen, wenn wir den Ort verlegten. Denn dann würde man vielleicht sagen, aha, die haben selber eingesehen, daß es so nicht richtig war. Etwas anderes ist es, wenn wir der Meinung sind, daß wir tatsächlich einen anderen Ort nehmen sollen. – Ich begrüße Herrn Minister Dr. Erhard. – Aber Baden-Baden bietet eine Reihe von Vorteilen.

Zimmer: Wir können Baden-Baden nicht in einer negativen Form abstempeln, wenn wir sagen, wir gehen mit unserem Sozialprogramm nicht dorthin. Was soll man denn in Deutschland denken? Es gibt noch Städte mit ähnlichem Charakter wie Baden-Baden in Deutschland. Sie haben aber alle ihre Daseinsberechtigung in dem schönen Kosmos der deutschen Städte. Wir könnten z.B. auch nach Wiesbaden gehen. Dann könnte man uns einen ähnlichen Vorwurf machen. (*Zuruf:* Neuenahr!) Ich meine, wir müssen schon bei Baden-Baden bleiben.

Heck: Ich darf noch auf einen Gesichtspunkt aufmerksam machen, der bisher nicht berücksichtigt worden ist. Nach unseren Berechnungen ist ein Parteitag in Baden-Baden DM 10.000,- billiger als in Stuttgart. (*Müllenbach:* Mindestens!) Es

ist nämlich so, daß uns in Baden-Baden sämtliche Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung gestellt werden. In Stuttgart müssen wir Miete bezahlen. Auch die Unterbringung ist in Stuttgart viel teurer als in Baden-Baden. Es ist ein Irrtum zu glauben, in Baden-Baden sei die Unterbringung schwieriger als in Stuttgart. Das Gegenteil ist der Fall. Ich darf Ihnen offen sagen, der Bundesschatzmeister wäre z.Z. nicht in der Lage, wenn wir einen Parteitag Ende November abhielten, dafür das Geld zur Verfügung zu stellen. Ich bitte Sie also, den Gesichtspunkt „DM 10.000,- billiger“ mit in Rechnung zu stellen.

Fay: Man müßte einmal nachhören, was unsere Freunde von Stuttgart sagen, welche Räume zur Verfügung gestellt werden können usw. Ich bin für Baden-Baden und sehe darin kein Problem, muß aber pflichtgemäß darauf hinweisen, daß die Mehrheit meiner Freunde in Hessen über die Wahl dieses Ortes entsetzt war und gesagt hat, wir können das Thema „Sozialreform“ nicht in Baden-Baden besprechen. (*Altmeier:* Das ist doch lächerlich!) Ich trage das nur pflichtgemäß vor. Es ist nicht meine Auffassung, aber ich muß es Ihnen vortragen.

Von Hassel: Die Junge Union von Schleswig-Holstein hat seit drei Jahren ihre Landestagungen immer im Kurhaus von Travemünde abgehalten. Mein Amtsvorgänger, der Herr Kollege Lübke, ist nicht hingegangen, weil er böse war. Ich war dreimal dort. Es war immer ganz ausgezeichnet. Der Herr Kollege Lemmer war selbst da und hat den Geist dort gesehen. Auch die Stimmung war positiv. (*Weber:* Und die Spielbank?) Da ist nicht die Spielbank. Die ist nebenan. Die ganze Umgebung hat also großartig auf die jungen Menschen gewirkt, und die Tagungen waren jedesmal ein großer Erfolg.

Tillmanns: Der Bundeskanzler war für Baden-Baden. Man sollte daran denken, daß der Ort im Zeitalter des Rundfunks und der Presse nicht mehr so entscheidend ist wie früher. Der Gesichtspunkt, soll man auf eine möglichst große Einwohnerschaft einer Stadt wirken, ist im Zeitalter des Rundfunks, des Fernsehens und der sonstigen Propagandamöglichkeiten heute nicht mehr so wichtig für die Wahl des Ortes. (*Zimmer:* Der Bundeskanzler ist Ehrenbürger dieser Stadt.) Ich darf also noch einmal fragen: Wer der Meinung ist, daß wir bei Baden-Baden bleiben sollten, den bitte ich, die Hand zu erheben! – Die Gegenprobe! – Das erste war die Mehrheit. (*Fay:* Ich enthalte mich!) Ich würde vorschlagen, daß wir uns wegen des Inhaltes und der Themen des Parteitages nachher unterhalten. Herr Minister Erhard ist unter uns. Ich schlage deshalb vor, den Punkt 4 „Kartellgesetz“ vorwegzunehmen. Der Vorstand ist damit einverstanden. Ich darf Herrn Naegel bitten, uns zunächst ein einleitendes Referat zu geben.

KARTELLGESETZ

Naegel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Kartellgesetz ist uns schon in der ersten Legislaturperiode des Bundestages vorgelegt worden. Es ist dann

nicht mehr zur endgültigen Verabschiedung gekommen, obwohl sehr maßgebliche Beratungen in den Ausschüssen und auch in den Koalitionen durchgeführt wurden, die auf die Gestaltung des Gesetzes in wichtigen Paragraphen gründlichen Einfluß genommen haben. In der zweiten Legislaturperiode ist das Gesetz noch einmal eingebracht worden. Das Kabinett hat sich lange damit beschäftigt. Der Bundesrat hat dazu Stellung genommen. Die verschiedenen Vorschläge sind dann in Form einer Gegenüberstellung dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß des ersten Bundestages als Drucksache überwiesen worden, und zwar war dann die erste Lesung am 21. Mai 1954. Die letzte Beratung war am 24. März 1955.⁶ Im Wirtschaftspolitischen Ausschuß ist über das Verfahren am 25. Mai gesprochen worden, wie und wann mit der Beratung begonnen werden sollte. Diese Beratungen fanden zunächst in Neuenahr statt, ohne Rücksicht auf die dortige Spielbank. Wir haben dann die Fortsetzung dieser Beratung in den anschließenden Tagen hier in Bonn durchgeführt. Dabei zeigte sich leider eine etwas bedauernde Diskrepanz in der Haltung unserer Parteifreunde.⁷

Ich glaube, es ist notwendig, hier im Vorstand diese Dinge mit einiger Deutlichkeit zu besprechen, damit wir sehen, wo die Schwierigkeiten, die sich bisher gezeigt haben, liegen und wie Störungsmomente beseitigt werden können, um so zu einer zügigen Arbeit zu kommen. Es ist bekannt, daß die Beratungen, die unter Leitung von Professor Dr. Erhard und Professor Müller-Armack⁸ mit den Vertretern der deutschen Wirtschaft, vor allem des Kartellausschusses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, geführt wurden, zu einem gewissen Agreement geführt haben, das darauf hinauslief, neben dem Grundsatz, der im § 1 als Verbot verankert ist⁹, gewisse Auflockerungen in den folgenden Paragraphen zu bringen, wobei man sich darum bemühte, den Grundsatz des Wettbewerbs unangetastet zu lassen und nur solche Ausnahmen zuzulassen, die die Grundlage der Marktwirtschaft, den Wettbewerb, aufrechterhalten. Diese Vereinbarungen sind in Form von Absprachen getroffen worden. Natürlich konnte weder Erhard noch Müller-Armack zusagen, daß diese Dinge auch Gesetz würden; denn dafür ist die parlamentarische Entscheidung notwendig.

6 Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 13. Juni 1952 (BT-Drs. 3462), erneut vorgelegt am 22. Januar 1955 (BT-Drs. 1158 mit Stellungnahme des Bundesrates vom 21. Mai 1954), am 31. März 1955 den Ausschüssen überwiesen (Sten.Ber. Bd. 24 2.WP S. 4238–4280), in Kraft getreten am 27. Juli 1957 (BGBl I S. 1081).

7 Der Gesetzesvorlage Erhards (Verbotsprinzip) neigten u.a. August Dresbach und Thomas Ruf zu, ebenso Franz Böhm, der sogar noch einen verschärften Entwurf einbrachte (BT-Drs. 1269), während Hermann Höcherl, Richard Stücklen und Werner Dollinger sich für das Mißbrauchsprinzip einsetzten (BT-Drs. 1253).

8 Dr. Alfred Müller-Armack (1901–1978), Professor für Nationalökonomie und Soziologie; 1952–1963 Bundesministerium für Wirtschaft (ab 1958 Staatssekretär). – Vgl. PROTOKOLLE I S. 463 Anm. 60.

9 § 1 „Verträge, die Unternehmen zu einem gemeinsamen Zweck schließen, und Beschlüsse von Vereinigungen von Unternehmen sind unwirksam, soweit sie geeignet sind, die Erzeugung oder die Marktverhältnisse für den Verkehr mit Waren oder Leistungen durch Beschränkung des Wettbewerbs zu beeinflussen ...“

Bei den Beratungen war auf mancher Seite die Auffassung vorhanden, es müßte schon jetzt ausgegangen werden von dem letzten Stand der Beratungen des vorbeireitenden Gremiums und [man] brauche nicht noch einmal den Entwurf, der von der Regierung vorgelegt worden ist, zur Grundlage der Beratung machen. Es sollten natürlich Änderungswünsche mit Begründung vorgetragen werden, damit der Ausschuß in der Lage war, diese nachzuprüfen und die Änderungswünsche zu akzeptieren. Daraus ergab sich eine gewisse Ladehemmung, wenn ich das einmal so sagen darf. Man hatte den Eindruck, es werde von bestimmter Stelle her versucht, die weitere Behandlung zu verzögern. Daß man diese Verzögerung mit persönlichen Dingen und manchmal auch mit sachlichen Momenten begründet, ist verständlich. Jedenfalls aber kam dadurch eine etwas unglückliche Atmosphäre auf, die die ernstesten Arbeiten zunächst zu gefährden drohte. Es ist aber dann gelungen, durch Absprachen dazu zu kommen, die Besprechungen im wesentlichen vor Beginn der Parlamentsferien zu beenden.

Einige Fragen blieben offen. Diese wurden dann in den ersten Tagen nach Wiederbeginn der Arbeit im Parlament am 21. und 23. September 1955 geklärt. Es mußten noch Stellungnahmen der Ministerien und anderer Stellen eingeholt werden, so daß wir am 23. September 1955 die erste Durchsprache des gesamten Komplexes – nicht in der Form der Paragraphen, sondern der Probleme, die in dem Gesetz stecken – praktisch beenden konnten. Wir haben im Wirtschaftspolitischen Ausschuß am 14. Oktober einstimmig beschlossen, am 17., 18. und 19. November die konkrete Beratung der einzelnen Paragraphen durchzuführen. Das steht jetzt an.

Ich habe Ihnen diesen Zeitablauf absichtlich genannt, um Ihnen zu zeigen, daß man zwischen den einzelnen Sitzungen und Terminen Zeit genug gelassen hat, um auch den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit das gewünscht worden war. Die Fraktion der CDU/CSU hatte einen Studienkreis Kartell aus dem Arbeitskreis 2 gegründet.¹⁰ Dieser ist unter der Leitung von Dr. Köhler¹¹ zweimal zusammengetreten und hat – verstärkt durch Vertreter des Bundeswirtschaftsausschusses der CDU – die anstehenden Fragen beraten. Wir sind dabei zu einem wesentlichen Entwicklungsgang gekommen, aber die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen. Ich bitte Sie aber, Verständnis dafür haben zu wollen, daß wir, nachdem sich alle anderen Fraktionen mit der Termingestaltung einverstanden erklärt haben, jetzt auch darauf drängen, daß diese Termine eingehalten werden. Wir wollen nun auch von uns aus so weit Klarheit schaffen, daß auch die CDU/CSU bei dieser Terminfestsetzung bleibt und nicht wieder durch interne Bedenken zu Überlegungen kommt, die einen

¹⁰ Akten nicht erhalten.

¹¹ Dr. Erich Köhler (1892–1958), vor 1933 DVP, Mitgründer der CDU Wiesbaden, 1946–1949 stv. Landesvorsitzender der CDU Hessen, 1945–1949 Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden, 1946 Mitglied des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungberatenden Landesversammlung und des Landtages Hessen, 1947–1949 Präsident des Wirtschaftsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949–1950 Bundestagspräsident, 1949–1957 MdB.

zeitlich flüssigen Ablauf der Beratungen des Kartellgesetzes behindern könnten. Wir hatten daran gedacht, daß die erste Lesung des Kartellgesetzes in der Form der Regierungsvorlage – ergänzt durch Abänderungswünsche des Wirtschaftspolitischen Ausschusses – bis zur Jahreswende fertig sein würde. Dann könnte eine kurze Zäsur eintreten, die vielleicht 14 Tage Zeit ließe, um auch die Fraktionen zu einem Beratungsergebnis dieser ersten Lesung kommen zu lassen. Dann könnte die interne Lesung des Ausschusses durchgeführt werden, um so die parlamentarischen Beratungen vorzubereiten. Diese könnten nach unseren Überlegungen im Februar oder März über die Bühne gehen.

Noch ein Wort über die Bedeutung der Arbeit. Es wird selbstverständlich darüber gestritten, müssen wir ein Kartellgesetz haben oder nicht? Ich glaube, daß wir nunmehr, auch im Hinblick auf die Würde des Parlaments und die Würde der Bundesregierung, einfach nicht mehr darum herumkommen, diese Vorlage, die nun schon zum zweiten Male ein Parlament beschäftigt, endgültig zu behandeln und zu verabschieden. Ich glaube auch nicht, daß man Sorge zu haben braucht, in der Praxis könnten Schwierigkeiten auftreten, oder die berechtigten Wünsche der Wirtschaftskreise könnten nicht in vollem Umfange Berücksichtigung finden. Auch dieses Gesetz wird natürlich ein Gesetz sein, das eines Tages abgeändert werden kann und muß. Man sollte aber erst einmal die Grundlage für eine deutsche Kartellbasis schaffen, um aus der Praxis zu lernen und zu sehen, wie sich die Dinge gestalten lassen. Ich nehme an, daß vielleicht die Möglichkeit bestehen wird, notwendige Änderungen durchzuführen.

Meine Bitte geht dahin: Der Vorstand der CDU möge sich dahin erklären, daß nunmehr ohne weiteren Zeitverlust die terminmäßige Planung eingehalten und die gewissenhafte Beratung des Gesetzentwurfes durchgeführt wird.

Tillmanns: Ich danke Herrn Naegel für diesen Bericht. Wir hatten diesen Punkt auf Wunsch des Wirtschaftspolitischen Ausschusses unserer Partei auf die Tagesordnung gesetzt. Ich weiß nicht, ob es für den Vorstand noch zweckmäßig ist, die Auffassung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses hinsichtlich der materiellen Fragen, die noch umstritten sind, zu diskutieren. Der Vorstand kann aber auch zu der ganzen Angelegenheit noch einmal in dem Sinne Stellung nehmen – das war an sich das Petikum des Wirtschaftspolitischen Ausschusses –, der Fraktion gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß die Verabschiedung dieses Gesetzes so schnell wie möglich erfolgen soll. Es handelt sich hierbei um das politische Ansehen der Christlich-Demokratischen Union. Wir haben in unserem Programm für den zweiten Deutschen Bundestag hierzu eine ganz klare Stellung genommen. Infolgedessen war es die Meinung des geschäftsführenden Vorstandes, der Vorstand möge zu dieser Frage noch einmal deutlich seinen Willen kundtun. (*Zimmer:* Was sagt denn die Fraktion dazu?)

Hellwig: Zu der Frage, was die Fraktion sagen kann, möchte ich erklären, daß eine endgültige sachliche Beantwortung heute noch nicht möglich ist. (*Zimmer:* Auf das Petikum?) Das Petikum wird sowohl vom Arbeitskreis der Fraktion wie vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß der Partei bejaht. Das weitere Hinauszögern der Beratung

des Kartellgesetzes erscheint also nicht erwünscht. Wir hoffen, daß wir in diesem Winter noch zu einer Verabschiedung des Gesetzes kommen, so daß im Frühjahr die Schlußabstimmung im Bundestag erfolgen kann. Der Bundesrat muß sich dazu noch äußern. Wir wissen aber nicht, ob der Bundesrat den Vermittlungsausschuß anrufen wird. Wir müssen aber mit all diesen Prozeduren zum Ende der jetzigen Sitzungsperiode fertig werden. Das Gesetz muß bei Beginn der Sommerferien verabschiedet sein. Wenn wir es noch einmal unverabschiedet liegenlassen, dann besteht leicht die Möglichkeit, auch durch Verzögerungen bei verschiedenen Stellen und Gruppen in unseren eigenen Reihen, daß wir es bis zum nächsten Wahlbeginn überhaupt nicht über die Bühne bringen. (*Wuermeling*: Dann glaubt uns keiner mehr etwas!) Aus diesem Grunde sollten wir an der vorgesehenen Planung unbedingt festhalten. Wir haben mit Herrn Etzel die Frage ausführlich besprochen. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß der Partei wäre bereit, auf die Hinzuziehung der sogenannten Studienkommission – die ein gemeinsames Gremium des Ausschusses der Partei und der Fraktion ist – zu verzichten, um nicht zu einer erneuten Lähmung der Ausschüßeratungen im Bundestag beizutragen. Wir können diesen Studienkreis von Fraktion und Partei nochmals zusammenholen, sobald die Formulierungen nach dem ersten Durchgang beim Wirtschaftspolitischen Ausschuß vorliegen. Dann haben wir auch eine Grundlage, auf der wir beraten können. Die Auseinandersetzungen beziehen sich vor allen Dingen auf die verschiedenen branchenmäßigen Bereiche; sie liegen also nicht in einer grundsätzlichen Verschiedenheit bei der wirtschaftspolitischen Konzeption, sondern jeder sagt: Heiliger Florian, schon' mein Haus, zünd' andere an! Diese gruppenmäßige Auswirkung kann man erst erkennen, wenn bestimmte Formulierungen aus dem Ausschuß vorliegen, zumal wir auch abwarten müssen, welche Ergebnisse die mitberatenden Ausschüsse im Bundestag bringen werden. Es werden sich u.a. der Ernährungsausschuß, der Verkehrsausschuß, der Rechts- und Verfassungsausschuß usw. noch äußern. Wenn wir also einen Überblick über die Ergebnisse dieser Ausschüsse vor uns liegen haben, können wir dieses gemischte Gremium, diese sogenannte Studienkommission, zusammenholen. Die Aufgabe der Studienkommission wird es sein, einen Ausgleich zu finden. Ich habe nur eine Befürchtung, daß in der nächsten Woche eine Plenarsitzung ... (*Zuruf*: Abgesagt!) Dann haben wir in der nächsten Woche den ersten Durchgang der Ausschüsse beendet. Ich würde es also begrüßen, wenn der Parteivorstand seinen Wunsch äußerte, daß er auf eine baldige Verabschiedung dieses Gesetzes, und zwar bis zum Frühjahr, großen Wert legt.

Naegel: Was Herr Hellwig vorgetragen hat, ist richtig und notwendig. Wir müssen aber auch darauf hinweisen, daß die mitbeteiligten Ausschüsse in ihrer Arbeit etwas gefördert werden, damit nicht die Verzögerung dadurch eintritt, daß z.B. der Rechtsausschuß sagen kann, wir können erst Stellung nehmen, wenn alles fix und fertig ist, so daß erst – wie es schon war – ein Rechtsgutachten in Karlsruhe angefordert wird. Das würde Verzögerungen bis zum St. Nimmerleinstag ergeben. (*Wuermeling*: Das kann nicht der Parteiausschuß bestimmen!) Aber er könnte ein wichtiges Wort dazu sagen.

Ich darf auf einen anderen Punkt hinweisen, der auch in der Debatte angeklungen ist. Die SPD spielt sich sehr leicht zur Hüterin der Marktwirtschaft auf, weil sie für dieses Gesetz eintritt. Das könnte uns bei der nächsten Wahl sehr unangenehm werden. Bisher haben wir bei den Bundestagswahlen mit der Erhardschen Wirtschaftspolitik großen Anklang gefunden. Wenn nun plötzlich die SPD sagt, die eigenen Mannen von der CDU haben diesen Gedanken verlassen, wir von der SPD sind nun die Hüter dieser Marktwirtschaft, dann ist das sehr nachteilig für uns.

Tillmanns: Das Wort hat Herr Bundesminister Professor Dr. Erhard.

Erhard: Meine Damen und Herren! Ich kann das alles doppelt unterstreichen, was gesagt worden ist. Wir können uns draußen in der Öffentlichkeit nicht mehr sehen lassen, wenn wir nicht endlich einmal den Schwur, den wir abgelegt haben, zur Tat werden lassen. Im übrigen scheint mir noch ein Grund, und zwar ein konjunkturpolitischer, noch zwingender zu sein. Man erwartet draußen im Lande – und ich weiß, was im Lande draußen los ist, ich bekomme täglich Waschkörbe von Briefen –, daß wir jetzt endlich Ernst machen und das Instrument in die Hand bekommen, mit dem wir wirklich groben Mißbräuchen begegnen können. Sie wissen, wir machen den interessantesten Versuch in Deutschland, die Hochkonjunktur nicht, wie es durch sieben Jahrzehnte üblich war, wieder automatisch in die Depression und Krise abrutschen zu lassen, sondern sie zu stabilisieren. Es ist der erste Versuch dieser Art in der modernen Wirtschaft. Wir hoffen, daß es gelingt. Alle Maßnahmen, die geeignet erscheinen, diese Politik zu unterstützen, müssen vor allen Dingen auch von der Partei gutgeheißen werden. Wir spüren es im Augenblick ganz deutlich, überall dort, wo der Wettbewerb lebendig ist, ist auch die Konjunktur in Ordnung, und überall dort, wo der Wettbewerb erlahmt – siehe z.B. in der Bauwirtschaft –, dort treten jene Mißstände auf, die überhaupt nicht mehr vom Ökonomischen her, sondern nur noch vom Moralischen her zu werten sind.

Nun möchte ich das Kartellgesetz gar nicht mit Moral oder Unmoral in einen Zusammenhang gebracht haben, aber daß es eines der wesentlichsten Instrumente ist, um die Marktwirtschaft lebendig zu erhalten und damit auch die Konjunktur zu stabilisieren, das möchte ich doch mit aller Deutlichkeit herausgestellt haben. Ich muß Ihnen für meine Person sagen, ich würde mich außerstande sehen, noch einmal für einen Bundestag zu kandidieren und in der Öffentlichkeit ein Programm der CDU zu vertreten, wenn sich diese CDU selbst verleugnete und nicht willens wäre, das, was sie in acht Jahren zum Erfolg geführt hat, auch zu proklamieren gegen manche Standpunkte von Interessenkreisen. (*Lebhafter Beifall.*) Das Volk draußen erwartet, daß wir stehen und Bekennermut haben, auch wenn es da und dort einzelne geben mag, die nicht damit einverstanden sind. Es sind hier schon gefährliche Redewendungen in der Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang mit der Blickrichtung auf die CDU aufgekommen. Ich möchte dazu im Augenblick nicht Stellung nehmen. Das ist immer bei einer großen Partei die Gefahr, daß sie sich zu sehr in Gruppen aufspaltet. Ich kann nur sagen, wenn wir es bis zur nächsten Wahl nicht fertigbringen, über die verschiedenen Gruppen und Gruppeninteressen – die durchaus legitimer Art sein

können – eine Brücke im Weltanschaulichen zu schlagen, dann sind wir in einen sehr schweren Stand gekommen.

Das Kartellgesetz ist eines der wesentlichsten Gesetze, die gesinnungsmäßig die CDU vor dem deutschen Volk festgelegt haben. Ich sage hier nicht vor Gruppen, sondern vor dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit. Denn darauf kommt es an. Nur wenn eine Partei vor dem gesamten Volk Vertrauen genießt, dann kann sie mit Aussicht auf Erfolg in einen Wahlkampf gehen. Ich wäre daher dankbar, wenn Sie nicht nur eine Resolution schließen wollten: Macht das Kartellgesetz! – sondern Sie sollten bewußt und energisch Ihren Willen zum Ausdruck bringen, daß jetzt auch ein sauberes Gesetz möglichst schnell vorgelegt wird.

Tillmanns: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist von den Herren Dr. Hellwig und Minister Professor Dr. Erhard beantragt worden, so darf ich wohl sagen, der Vorstand möge seinen Willen gegenüber der Fraktion dahin bekunden, daß das Kartellgesetz so schnell wie möglich, spätestens vor Ende der Sommerferien 1956, verabschiedet wird.

Zimmer: Es müßte zum Ausdruck gebracht werden: erstens wegen des Ablaufs und zweitens wegen des Inhalts. Herr Professor Dr. Erhard wünscht ein Bekenntnis des Vorstandes zu den Prinzipien des Kartellgesetzes.

Tillmanns: Das ist eine zweite Frage, ob wir, ohne in eine Sachdebatte einzutreten, auch zum Inhalt etwas sagen wollen, oder ob wir uns damit begnügen können, der Fraktion lediglich die Auffassung des Vorstandes zu bekunden, daß dieses Gesetz so schnell wie möglich im Bundestag verabschiedet werden soll.

Scharnberg: Ich schlage vor, daß der Vorstand einen Beschluß faßt und auf die Düsseldorfer Leitsätze¹², die das wirtschaftspolitische Programm des ersten Bundestages waren, und auf die Hamburger Grundsätze¹³, die das wirtschaftspolitische Programm des zweiten Bundestages waren, verweist. (*Wuermeling:* Das würde genügen!)

Tillmanns: Es wäre möglich, in einer Presseverlautbarung den einen oder anderen Satz aus diesen beiden Programmen zu zitieren. (*Erhard:* Die Sicherung des Wettbewerbs!) Ich darf also fragen, ist der Vorstand damit einverstanden, daß wir in diesem Sinne beschließen, eine dringende Bitte oder Aufforderung an die Fraktion zu richten, sich dafür einzusetzen, daß das Kartellgesetz jetzt beraten und spätestens vor Beginn der Sommerferien im Frühjahr des nächsten Jahres im Bundestag verabschiedet wird, daß der Vorstand ferner die Sätze unterstreicht, deren Kernpunkt die Sicherung des Wettbewerbes in der Wirtschaft ist, und zwar aufgrund der Düsseldorfer Leitsätze und des Hamburger Programms? (*Zuruf:* Nicht ganz klar!) Ich darf also wiederholen: Sicherung des Wettbewerbes im Sinne der Düsseldorfer Leitsätze und des Hamburger Programms. Ist der Vorstand damit einverstanden? – Das ist die einstimmige Meinung des Vorstandes. (*Erhard:* Dann darf ich Ihnen herzlich danken, meine Herren.)

12 Vom 15. Juli 1949. – Druck: Die CDU und ihr Programm S. 25–59.

13 Vom 21. April 1953. – Druck: EBD. S. 47–60.

Meine Damen und Herren! Ich höre gerade, daß der Parteitag in der in Aussicht genommenen Woche vom 23. bis 28. April 1956 in Baden-Baden nicht stattfinden kann wegen des internationalen Journalistenkongresses, der dort in dieser Woche tagt. Einen besseren Termin als diese Woche werden wir wohl schwerlich finden. Wir müssen daher prüfen, ob wir an einen anderen Ort gehen.

Von Hassel: Wenn wir heute zu einer anderen Terminfestlegung kommen, könnten wir den Ältestenrat des Bundestages bitten, seine Arbeitswoche umzustellen. Bei einer so langen Frist kann man die Disposition ändern.

*Stücklen*¹⁴: Ich möchte dringend bitten, diesen Antrag nicht dem Ältestenrat vorzubringen. Wir haben im Ältestenrat grundsätzlich beschlossen, den Turnus wegen Parteitagen oder ähnlicher Veranstaltungen nicht zu ändern.

Scharnberg: Die Turnusfestlegung und die Planung im Bundestag ist deswegen gemacht worden, damit die Parteien wegen ihrer Parteitage usw. hierauf Rücksicht nehmen können. Die Planung ist mit List und Tücke so aufgebaut, daß die Feiertage, wie Christi Himmelfahrt, 1. Mai usw., überwiegend in die sitzungsfreien Wochen hineinfallen. Wenn wir nun dieses Gebäude umstoßen, kommen wir sehr in Bedrängnis. Ich würde darum auch bitten, nicht an dieser Sache zu rütteln. Die Geschichte ist nicht zuletzt auch deswegen gemacht worden, damit die Parteien rechtzeitig disponieren können, anderenfalls kommen wir mit allen Parteitagen durcheinander.

Heck: Ich möchte vorschlagen, daß sich der Vorstand heute darauf beschränkt zu sagen, der Parteitag soll in Baden-Württemberg in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten des nächsten Jahres stattfinden. Einen endgültigen Termin können wir heute nicht festlegen. Es muß geklärt werden, ob zwischen dem 23. und 28. April in Stuttgart die Durchführung möglich ist. Dies ist aber sehr unwahrscheinlich. Wir können aber für die nächste Sitzung des Bundesparteivorstandes ohne weiteres klären, welcher Zeitraum möglich sein wird. Außer den beiden genannten Tagungsorten, die bisher zur Diskussion standen, nämlich Baden-Baden und Stuttgart, gibt es im Raum von Baden-Württemberg nicht mehr viel Möglichkeiten. Es blieben noch übrig Freiburg oder Konstanz. Das kann aber heute noch nicht festgelegt werden, sondern höchstens, daß der Parteitag zwischen Ostern und Pfingsten in Baden-Württemberg stattfinden soll.

Tillmanns: Wir sollten an Baden-Württemberg festhalten. Dies war nicht nur mit Rücksicht auf die Landtagswahlen, sondern auch deswegen in Aussicht genommen worden, weil wir die bisherigen Parteitage in Goslar, Karlsruhe, Berlin, Hamburg und Köln durchgeführt haben. Wir müssen auch einmal in den Südwesten gehen. Darf ich feststellen, ob das die Meinung des Vorstandes ist, an Baden-Württemberg festzuhalten? (*Lemmer:* Machen Sie den Parteitag in Bayern, im Hofbräuhaus! – *Heiterkeit.* – *Stücklen:* München empfängt Sie mit offenen Armen. – *Von Hassel:* Das sagen Sie! – *Majonica:* Auch der Herr Hoegner wird sich freuen!)

14 Richard Stücklen (geb. 1916), Mitgründer der CSU, 1949–1990 MdB (CSU), 1957–1966 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, 1979–1983 Bundestagspräsident.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Punkt 2 unserer Tagesordnung.

SITZUNG DES PARTEIAUSSCHUSSES

Tillmanns: Wir waren uns darüber klar, daß das Thema Sozialreform der Hauptgegenstand des nächsten Parteitages sein sollte. Wir können die Beratungen und die Beschlußfassung darüber nicht noch weiter hinausschieben. Es ist einfach notwendig, daß die Christlich-Demokratische Union, die größte Partei Deutschlands, diese Sozialreform auch im Blick auf die kommende Wahl grundsätzlich behandelt. Wir hatten die Sorge, wenn wir diese Angelegenheit auf mehrere Monate verschieben, daß vielleicht die SPD oder eine andere Partei uns in dieser Frage zuvorkommen könnte und daß es deshalb nicht gut sei, überhaupt nichts zu tun. Daher haben wir uns überlegt, in der Woche, in der an sich der Bundesparteitag vorgesehen war, eine Sitzung des Bundesparteiausschusses in Bonn abzuhalten, und zwar mit dem Thema Sozialreform.

Wir hatten uns gedacht, daß auf dieser Bundesparteiausschußsitzung über die bisherigen Vorarbeiten berichtet und dann anschließend darüber diskutiert werden sollte. Das Ergebnis dieser Beratungen würde dann formal den Vorschlag für den kommenden Bundesparteitag darstellen. Wir könnten dann durch eine Veröffentlichung den Menschen sagen, hier hat die Christlich-Demokratische Union schon einen ersten entscheidenden Schritt getan. Dieser Gedanke hat uns veranlaßt, die Sitzung des Bundesparteiausschusses am 24. und 25. November abzuhalten. Gleichzeitig sollten damit politische Folgen, die sich aus einer Verschiebung des Parteitages ergeben könnten, aufgefangen werden.

Majonica: Vielleicht wäre es gut, vor der Sitzung des Bundesparteiausschusses eine Sitzung des Bundesparteivorstandes abzuhalten, um zunächst einmal innerhalb des Vorstandes die Dinge zu klären. Wir könnten dann eventuell mit einem Ergebnis schon in den Bundesparteiausschuß hineingehen.

Weber: Ich habe den Eindruck, daß wir unter der Hand keine einheitliche Auffassung von der Sozialreform haben, sondern daß sich hier markante Gesichtspunkte gegenüberstehen. Vielleicht kommt es daher auch bei der Parteiausschußsitzung zu keiner klaren und übereinstimmenden Meinung. Es kann sein, daß ich mich irre, aber bis jetzt scheint es mir so zu sein, wie ich es eben gesagt habe. Wir Frauen haben im Bundesfrauenausschuß anderthalb Tage lang über die Sozialreform gesprochen.¹⁵ Wir hatten uns mit einer Stellungnahme zurückgehalten, weil wir nicht besonders hervortreten wollten. Ich habe aber bei der Diskussion gemerkt, wie stark sich die Ansichten gegenüberstehen. Deshalb möchte ich auch wünschen, eine Klärung zwischen den einzelnen Gruppen herbeizuführen, damit wir zu einer eindeutigen Stellungnahme, auch der Öffentlichkeit gegenüber, kommen können.

¹⁵ Am 8./9. Oktober 1955 in Bonn (ACDP IV-003-002/1).

Tillmanns: Ich darf Herrn Dr. Heck bitten, über den gegenwärtigen Stand der Sozialreform zu berichten.

Heck: Nachdem der Vorstand beschlossen hatte, auf dem nächsten Parteitag die Sozialreform als Hauptthema zu behandeln, hat sich der geschäftsführende Vorstand in einer zweitägigen Sitzung damit befaßt, um aus den vorliegenden Vorschlägen eine Synopse zusammenzustellen.¹⁶ Das ist ein erster Rohentwurf, der dem Parteiausschuß vorgelegt werden soll. Wir haben dann aus den sozialpolitischen Ausschüssen, aus dem Beirat beim Arbeitsministerium usw. einen kleinen Arbeitskreis zusammengestellt und in vier Sitzungen ein Programm erarbeitet, in dem einigermaßen Übereinstimmung über die Krankenversicherung, die Rentenversicherung, die Rehabilitation und über einen kurzen Abschnitt Fürsorge erzielt wurde. Keine Einigung konnte erzielt werden hinsichtlich des Miteigentums und der Arbeitslosenversicherung. Ich darf daher sagen, was bis jetzt als Programm vorliegt, reicht nicht aus zu einer umfassenden Sozialreform. Die Meinungen sind allgemein, auch über die grundsätzlichen Dinge, so verschieden, daß nach unserer Auffassung, auch wenn wir den Parteitag im Januar abgehalten hätten, kein einheitliches Programm – wie es beispielsweise in dem bekannten Professorengutachten vorliegt – zustande gekommen wäre.¹⁷ Ich kann nur sagen, daß eine Ausarbeitung vorliegt, die bis zur Parteiausschußsitzung fertiggestellt werden wird. Sie umfaßt die eben genannten Teilgebiete. Es wird dann später eine Präambel zu diesen vier Punkten zu formulieren sein, damit das, was vom Parteiausschuß verabschiedet wird, weiter verarbeitet und dem Parteitag im nächsten Frühjahr vorgelegt werden kann.

Gradl: Ich hatte auf der letzten Parteiausschußsitzung bereits den Eindruck, daß die Vorarbeiten für ein Programm der Sozialreform nicht so weit gediehen sind, um einen Parteitag einzuberufen. Ich habe auch jetzt das Gefühl, daß wir noch nicht weit genug sind, um gewissermaßen in Form eines kleinen Parteitages die Auffassung der CDU zur Frage der Sozialreform zu formulieren. Wenn wir diese Bundesparteiausschußsitzung mit zweitägiger Beratung als eine Art Ersatzparteitag abhalten wollen, dann müssen wir auch eine echte Diskussion haben. Eine Diskussion kann ich mir schlecht vorstellen, wenn ich mir die Meinung aufgrund von Reden bilden soll, die auf dieser Parteiausschußsitzung gehalten werden. Die Fragen sind noch so schwierig und heikel, daß man eine gewisse Zeit braucht, um sich in die Probleme hineinzudenken und eine Meinung zu bilden.

Ich bin überzeugt davon, daß auch die Landesverbände sagen werden: Auch wir müssen die Möglichkeit haben, vorweg einen gewissen Überblick über die Dinge zu haben, um uns eine Meinung zu bilden. Dazu ist offenbar in 14 Tagen nicht die Zeit. Nun entsteht die Frage, soll man den Bundesparteiausschuß tatsächlich in 14 Tagen abhalten oder soll man ihn verschieben, um zunächst die Vorarbeiten weiterzuführen. Ich bin der Meinung, wir sollten den Parteiausschuß zusammenrufen. Ich würde ihn

16 Nicht zu ermitteln. Hinweis bei HOCKERTS S. 321.

17 Vgl. Nr. 8 Anm. 29.

nicht als kleinen Parteitag aufziehen, wohl aber müßte den Delegierten ein genaues Bild über den bisher erreichten Stand gegeben werden, ohne daß die Aussicht erweckt wird, es müßten gewisse Grundsatzbeschlüsse gefaßt werden. Dann hätte eine solche Bundesparteiausschußsitzung einen guten Sinn. Man könnte sich denken, nun hat man einen ersten Überblick, und es wird weitergearbeitet. Dann könnte man gewisse Thesen im Dezember oder Januar vorlegen. Ende Januar könnte dann wieder eine Parteiausschußsitzung mit echter Diskussion über das, was vorliegt, stattfinden, d.h., es wäre eine gewisse Generalprobe für den Parteitag.

Ich bin also dafür, die Bundesparteiausschußsitzung abzuhalten, aber nicht im Sinne eines kleinen Parteitages, sondern nur zur Information. Ich würde ferner darum bitten, auf die Tagesordnung dieser Sitzung auch eine Erklärung zur allgemeinen politischen Situation zu setzen. Das ist der zweite Grund, weshalb ich dafür bin, die Sitzung des Bundesparteiausschusses abzuhalten. Bis dahin ist nämlich die Genfer Konferenz vorbei.¹⁸ Das gibt einen sehr schlechten Rückblick auf die Stimmung im Lande, auch auf die Zone. Sie haben gesehen und gehört, wie die Flüchtlingsziffern angestiegen sind.¹⁹ Die Leute haben gehofft, und nun sind sie enttäuscht. Man muß von der Partei erwarten, daß sie in einem solch schwierigen Zeitpunkt zu diesen Problemen ihre Auffassung kundtut.

Ich darf meinen Vorschlag wie folgt konkret zusammenfassen: Bundesparteiausschußsitzung ja, aber nur einen Tag lang, also keinen kleinen Parteitag. Tagesordnung: 1. Bericht über die politische Lage. 2. Bericht über die bisherigen Arbeiten zur Sozialreform.

Hellwig: Ich mache darauf aufmerksam, daß sich die Materie weiter kompliziert hat. Wir sind über die Herausarbeitung von bestimmten Thesen nicht weitergekommen, als daß eine weitere Komplizierung durch ein erneutes Professorengutachten vorliegt, und zwar ein Gegengutachten von Professor Rohrbeck²⁰, nämlich gegen das Gutachten der vier Professoren, die im Auftrage des Herrn Bundeskanzlers ein Gutachten ausgearbeitet haben. Es besteht hier die große Gefahr, daß das ganze Thema durch Gutachten und Gegengutachten zerredet und zerfleddert wird. Es wäre deshalb gut, wenn durch den Parteiausschuß einmal einheitliche Thesen herausgestellt würden. Das bedeutet aber, daß wir uns zunächst einmal in einem kleineren Kreise darüber

18 Konferenz der Außenminister von Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten vom 27. Oktober bis 4. November und vom 8. bis 16. November 1955. Vgl. Nr. 9 Anm. 1.

19 Im Oktober 1955 flohen 32.874 Menschen aus der DDR, d.h. 16,6 % mehr als im September. Während 1954 184.000 Flüchtlinge gezählt wurden, waren es bis Ende Oktober 1955 bereits 206.000 (FAZ vom 8. November 1955).

20 Dr. Walter Rohrbeck (1885–1956), Professor für Versicherungswirtschaft, unter Mitarbeit der Professoren Erich Roehrbein und Carl Meyrich: Zum Problem der Realisierbarkeit der Vorschläge der Rothenfelder Denkschrift über die Neuordnung der sozialen Leistungen (Duncker und Humblot, Berlin 1955 89 S.). Dazu und zum Folgenden HOCKERTS S. 300–319.

klarwerden müssen, in welche Linie diese Thesen gehen sollen. Eine Parteiausschußsitzung, die sich mit diesem Thema befaßt, ohne daß wir hier in diesem Kreise eine Arbeitsgrundlage erarbeitet haben, halte ich für nicht durchführbar, es sei denn, daß wir nur informatorische Berichte über die vorliegende Arbeit entgegennehmen. Im Augenblick aber werden die Dinge kompliziert.

In diesen Tagen ist mir ein erstes Exemplar einer großen Loseblattsammlung „Material zur Sozialreform“ zugegangen.²¹ Ich habe in meinem Büro eine große synoptische Darstellung machen lassen. Es ist ein sehr kompliziertes Gebilde, die verschiedenen Dinge, auch wenn man sie noch so vereinfacht, vergleichbar zu machen. Wenn wir nicht rechtzeitig eine bestimmte Linie in Form von Thesen finden und herausstellen, dann werden wir in kurzer Zeit in Gutachten und Gegengutachten ertrinken, so ähnlich, wie es uns mit der Steuerreform und der Verkehrsreform gegangen ist, wo man auch später nicht mehr aktionsfähig war. Zu einer derartigen Herausstellung von Richtlinien, die praktisch in Form von zehn oder zwölf Thesen aufgestellt werden könnten, müßte man aber irgendeinen Entwurf vorliegen haben, den wir hier im kleinen Kreise besprechen. Ohne eine solche Herausarbeitung kann eine Sitzung des Parteiausschusses nur rein informatorischen Charakter haben.

Gradl: Das war ja mein Vorschlag, zunächst eine Sitzung rein informatorischen Charakters, und dann sollte die Aussprache stattfinden.

Tillmanns: Je länger wir diskutieren, desto komplizierter wird die Angelegenheit. Letzten Endes ist doch das, was wir als Partei für die Sozialreform tun müssen, eine politische Entscheidung, und die können wir heute genausogut fällen wie nach einem Jahr. Wir können es heute noch besser, als wenn wir so lange warten, bis alles zerredet ist.

Wir stehen hier als Partei nicht wie der Bundestag als gesetzgebende Körperschaft vor der Sozialreform, sondern wir haben als Partei eine ganz andere Aufgabe, nämlich der Öffentlichkeit gegenüber in knappen Thesen unsere Grundlinie und Grundsätze zur Sozialreform klarzumachen. Dazu sind wir einfach verpflichtet. Das sollten wir auch als Partei in einem gewissen propagandistischen Rahmen tun. Ich hoffe, daß ich dabei nicht mißverstanden werde. Es muß also eine Willensäußerung zur fortschrittlichen sozialen Gestaltung unseres Lebens gemacht werden. Dazu sind keine weiteren Gutachten mehr erforderlich. Das ist Aufgabe der Bundesregierung, wenn sie ihre Vorlage macht, wenn Bundestag und Bundesrat vor der konkreten Gesetzesaufgabe stehen. Das ist aber nicht unsere Aufgabe als Partei.

Wir müssen daran denken, daß die Frage der Sozialreform im Vordergrund der Wahlen des Jahres 1957 stehen wird, und je eher die Christlich-Demokratische Union dazu ihre Grundsätze und Richtlinien der Öffentlichkeit bekanntgibt, um so besser ist es. Deshalb bin ich der Auffassung, wir sollten zunächst einmal daran festhalten, im November eine Sitzung des Bundesparteiausschusses abzuhalten, auch aus dem Grunde, den Herr Gradl angeführt hat, daß bis dahin die Genfer Konferenz zu Ende

21 Vgl. Nr. 8 Anm. 24.

gegangen ist. Es wird dringend notwendig sein, daß die Christlich-Demokratische Union zu dem Ergebnis von Genf und was damit zusammenhängt Stellung nimmt. Aus diesem Grunde scheint mir eine Sitzung des Bundesparteiausschusses dringend notwendig zu sein. Wir könnten auf dieser Sitzung des Bundesparteiausschusses schon zu knappen Thesen kommen; sie brauchen keineswegs vollständig zu sein. Jedenfalls könnten wir schon etwas zu den Dingen sagen, über die Einigkeit herrscht und über die wir uns klar sind. Perfektionistisch brauchen wir nicht zu sein. Jedenfalls können wir aber mit der ersten Etappe beginnen. Herr Gradl sagte, die Sitzung könne nur informatorischen Charakter haben, d.h., der Parteiausschuß könnte sich nur über die bisherigen Ergebnisse berichten lassen. Wir könnten aber doch schon etwas diskutieren, um dann in einer weiteren Parteiausschußsitzung das Material für den nächsten Bundesparteitag zu erarbeiten.

Hellwig: Ich halte die Verabschiedung von Thesen nur dann für möglich, wenn wir vorher im Bundesparteivorstand etwas dazu gesagt haben. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Weber: Die Sozialreform ist heute zu einem Schlagwort geworden. Die meisten Leute stellen sich darunter nur eine Reform der Sozialversicherung vor. Ich bin der Meinung, daß wir in diesem Bundestag die Sozialreform nicht mehr durchbringen werden; denn ich weiß nicht, ob wir zu einer Übereinstimmung in verschiedenen Grundlinien kommen werden. Jedenfalls warne ich davor, Grundlinien herauszugeben, über die keine Einigkeit besteht und die noch nicht geklärt sind. Das, was wir herausgeben, darf unter keinen Umständen propagandistisch sein. Ich liege auf der Linie, von der Herr Gradl gesprochen hat, daß man eine Ausschußsitzung einberuft und dazu Sachverständige einlädt. Es wird sich dann herausstellen, ob wir zu einer gewissen Grundlinie kommen können, die auch veröffentlicht werden kann. Ich bin auch der Meinung von Herrn Dr. Hellwig, daß wir das nicht können, wenn wir nicht vorher im Bundesvorstand die Sache vorbereitet haben.

Wuermeling: Ich möchte sagen, daß wir im Kabinett schon zu grundsätzlichen Formulierungen in weitem Umfang gekommen sind. Ich wünsche, daß diese Formulierungen auch in unserem Gremium bekanntwerden. Diese Formulierungen brauchen nicht übernommen zu werden, aber ich habe das Gefühl, daß die Verabschiedung gewisser Grundlinien auch schon in 14 Tagen möglich ist. Wir müssen aber die Dinge im Vorstand vorher gründlich durchsprechen.

Tillmanns: Damit kein Mißverhältnis übrigbleibt: Wenn ich das Wort „propagandistisch“ in den Mund genommen habe, habe ich damit nichts Unsachliches gemeint. Ich bin der Meinung, daß eine politische Partei die Aufgabe hat, ihren politischen Willen in einer verständlichen und wirksamen Form der Öffentlichkeit bekanntzugeben und nicht in der trockenen Form eines bürokratischen Gesetzentwurfes. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Eplée: Ich habe eine große Befürchtung. Der Herr Bundeskanzler hat wiederholt im engen Kreis des Vorstandes, aber auch nach außen hin klar und deutlich gesagt, daß die CDU danach drängt, eine Sozialreform an Haupt und Gliedern vorzunehmen. Wenn wir nun lediglich einige Thesen herausgeben, werden dann nicht unsere Gegner

sagen: Aha, darin erschöpft sich die ganze Reform der CDU, daß sie nur ein paar Thesen herausgibt! Wir müssen also zu der ganzen Materie unsere grundsätzliche Einstellung bekanntgeben. Wenn wir das nicht tun, werden unsere Gegner alles tun, um uns mit der Sozialreform bei der Bevölkerung Schwierigkeiten zu machen. Das ist meine Sorge.

Fay: Ich neige der Auffassung von Herrn Gradl zu. Zunächst sollte man sich im Bundesvorstand über die Grundsätze klar sein; dann sollte man den Bundesparteiausschuß informieren. Ich weiß, daß unsere Mitglieder genauso wie die Bundestagsabgeordneten aufgrund der Gutachten und Gegengutachten vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen. Ich halte es daher für ausreichend, wenn unsere Mitglieder zunächst einmal informiert werden. Auch folgender Grund ist wichtig: Nehmen Sie an, Sie kommen mit ausgearbeiteten Thesen in eine Bundesparteiausschußsitzung. Die Thesen werden dann angenommen. Die Öffentlichkeit wird dann sagen, in vier Stunden hat sich die CDU für ein Problem, über das sich soundso viel Professoren und Gott weiß wer alles monatelang den Kopf zerbrochen haben, in einem Hurragalopp entschieden. Es ist psychologisch viel klüger, die Entscheidung einige Wochen zu verschieben, um den Landesverbänden Gelegenheit zu geben, das vorliegende Material zu bearbeiten. Das ist psychologisch viel klüger und wirksamer, als in der nächsten Bundesparteiausschußsitzung eine Entscheidung zu treffen; denn diese Entscheidung müßte ja eigentlich der Parteitag treffen. Glauben Sie nicht, wie die Öffentlichkeit fein differenziert zwischen einer Entscheidung des Bundesparteiausschusses und des Parteitages. Wenn der Ausschuß zusammen ist, heißt es in der Öffentlichkeit, die CDU hat gesprochen. Die feine Differenzierung zwischen den einzelnen Gremien nimmt der Mann auf der Straße nicht vor.

Ich möchte dringend davor warnen, nur einen Teil der Thesen herauszubringen. Wir können, wenn wir zur Öffentlichkeit sprechen, nur das vollständige Programm bekanntgeben. In dem Augenblick, wo wir nur Teile bringen, werden die Gegner das verfälschen und sagen: Aha, die CDU kann nur das sagen. Wenn wir dann vier Wochen später mit dem Rest herauskommen, nehmen uns die kleinen Leute das vielleicht noch ab, aber es ist dann bereits ein Schaden eingetreten, der nicht mehr gutzumachen ist. Ich neige also auch der Auffassung von Herrn Gradl zu, den Parteiausschuß über den Stand der Dinge zu informieren, um dann später zu einer endgültigen Entscheidung zu kommen, und zwar über alle Thesen. Damit würden wir psychologisch besserliegen.

Lemmer: Auch ich möchte vor einer fragmentarischen Behandlung warnen. Eine stückweise Publikation ist ohne Wirkung und gibt zur Kritik Anlaß. Was nachgetragen wird, kommt nicht mehr an. Das, was wir wollen, nämlich eine Magna Charta – wenn ich das große Wort gebrauchen darf –, muß insgesamt dem deutschen Volk vorliegen. Das aber würde darunter leiden, wenn wir nur Stückwerk machten.

Zimmer: Es wäre wichtig zu wissen, was die Sozialausschüsse bisher erarbeitet haben. Ist das miterarbeitet worden, und besteht Übereinstimmung darin?

Tillmanns: Die Sozialausschüsse haben immer mitgearbeitet. Es ist auch eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen erzielt worden. Zum Fragmentarischen!

Wenn wir so lange warten wollen, bis wir wirklich eine komplette Magna Charta der Sozialreform veröffentlichen können, dann müssen wir es aufgeben. Das ist einfach nicht zu machen. Auf der anderen Seite stimme ich Herrn Fay zu, daß wir nicht nur Teilgebiete veröffentlichen können. Es ist möglich, z.B. die Arbeitslosenversicherung zunächst beiseite zu lassen. Das könnte auch für eine Reihe anderer Dinge gelten, z.B. für die Frage des Miteigentums. Das ist eine schwierige Materie. Sie hat auf dem Hamburger Parteitag eine große Rolle gespielt. Es ist hier schwierig, etwas zu beschließen, was über das Hamburger Programm hinausgeht²², und nur das Hamburger Programm zu wiederholen, hat keinen Zweck. Ich sehe aber keine Schwierigkeit, daß wir uns zunächst auf einige Thesen beschränken. Insofern habe ich von Teilgebieten gesprochen.

Es ist richtig, daß die Öffentlichkeit nicht zwischen Bundesparteiausschuß und Bundesparteitag unterscheiden kann. Deswegen haben wir gerade die Bundesparteiausschußsitzung vorgeschlagen. Mein Wunsch ist es, auf dieser Bundesparteiausschußsitzung zu etwas mehr zu kommen als nur zu einer Information. Der Grund dafür liegt einfach darin, daß die SPD ihrerseits an einer großen Sache arbeitet. Wir kommen in eine außerordentlich schwierige Situation der Öffentlichkeit gegenüber, wenn die SPD im Januar oder Februar ein großes Programm im Sinne der Entwicklung von Staatssozialismus veröffentlicht. Dann ist die CDU gezwungen, sich damit auseinanderzusetzen, während sie jetzt noch ihren Willen allein bekunden kann. Wir sollten daher diese Chance nutzen und nicht zögern. Je länger wir diskutieren, desto mehr zerrinnt uns die Materie unter der Hand. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß es in einem halben Jahr besser als heute sei. Die Möglichkeit, zu einer Entscheidung zu kommen, ist heute genauso gegeben. Der Bundesparteiausschuß soll sich auch nicht in vier Stunden, sondern in zwei Tagen entscheiden. Wenn in einer solchen Tagung zu Beginn festgestellt wird, es haben sich die Ausschüsse monatelang mit der Sache befaßt, das Ergebnis dieser Ausschüsse wird nun vorgelegt und in zwei Tagen beraten, dann kann niemand daran Kritik üben, daß der Bundesparteiausschuß sich zu schnell entschlossen habe.

Hellwig: Der Ausschuß für Wirtschaftspolitik hat sich noch nicht mit der Materie befaßt, weil noch keine Arbeitsunterlagen vorlagen und er abwarten wollte, welches Ergebnis von den beauftragten Gremien bekanntgegeben wird. Der Ausschuß möchte am 14. November zusammenkommen.²³ Vielleicht ist es bis dahin möglich, über die erkennbaren Dinge in den einzelnen Gremien Bericht zu erstatten, damit wir vor der Parteiausschußsitzung in eine Linie kommen. Es müßte also der Vorstand der Partei vor dieser Sitzung noch einmal zusammentreten.

22 Vgl. Abschnitt „Eigentum für alle Schichten des Volkes“ (Die CDU und ihr Programm S. 56).

23 Am 10. Dezember 1955 (ACDP VII-004-069 bzw. 076).

Tillmanns: Wenn wir uns für den Vorschlag von Dr. Gradl entscheiden, dann genügt es, den Parteiausschuß nur für einen Tag zusammenzurufen. Wir könnten dann am Tage vorher, also am 24. November, eine Vorstandssitzung abhalten. (*Weber:* Muß es am 24. und 25. sein? Können es nicht die Tage sein, die zunächst für den Parteitag festgelegt waren?) Das sind sie ja. Es war die Zeit vom 21. bis einschließlich 24. festgesetzt. (*Weber:* Ich habe es nicht so aufgefaßt. Der 24. ist Donnerstag, und der 25. ist Freitag. Ich habe den Wunsch, den Dienstag und Mittwoch zu nehmen.) Wir hatten vorgeschlagen, das Wochenende zu nehmen, weil uns mitgeteilt worden ist, daß die Tage am Wochenende für die meisten angenehmer wären als am Anfang, (*Altmeier:* Das ist auch richtig!) weil anfangs der Woche Kabinettsitzungen sind. (*Gradl:* Eine Reihe der Herren wird vom 25. bis 27. in Berlin sein. Dort ist die Tagung der Europaunion.) Wollen wir dann nicht den 23. und 24. nehmen? (*Zurufe:* Geht nicht!) Die Hamburger Herren können nicht, weil Mittwoch Bürgerschaftssitzung ist. Wegen der knappen Mehrheitsverhältnisse müssen alle anwesend sein.²⁴

Wenn wir uns also für einen Sitzungstag des Bundesparteiausschusses entscheiden, könnten wir so verfahren: Der Vorstand tagt am Mittwoch nachmittag und der Parteiausschuß am Donnerstag. (*Zuruf:* Geht nicht für Hamburg! – *Von Hassel:* Ich könnte nur donnerstags und freitags.) Wer kann donnerstags und freitags? Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dann können, die Hand zu erheben! – Ja, meine Damen und Herren, einen Termin, wo wir alle können, finden wir nicht. Die Mehrheit ist aber für Donnerstag und Freitag. (*Heck:* Ich glaube nicht, daß es zweckmäßig ist, eine Vorstandssitzung am Nachmittag abzuhalten. Dafür ist ein ganzer Tag erforderlich. – *Zurufe:* Sehr richtig!)

Strickrodt: Herr Dr. Tillmanns drohte an, die SPD bereite eine große Sache vor. Damit ist unser Thema berührt. Es ist anzunehmen, daß in der SPD nach dem Scheitern der Genfer Konferenz gerade die Angleichung des Sozialprogramms zur Debatte steht. Es sind hierüber auf der katholischen Arbeitgebertagung von Pater Nell-Breuning unglückliche Worte gesprochen worden.²⁵ Die Tendenz, sich anzupassen und eine mittlere Linie zu suchen, ist da. Ich glaube, daß die SPD auf dieses Ziel losmarschiert und daß wir die Frage der Sozialreform nicht umfassend genug behandeln können.

Zimmer: Nell-Breuning hat, soweit ich gelesen habe, nur folgendes gesagt: Wir müssen ins Auge fassen, daß unter Umständen gewisse Sozialeinrichtungen in der Sowjetzone von uns aus zunächst nicht angetastet bzw. nicht beseitigt werden. Das ist etwas ganz anderes. Die Frage bedürfte einer Klarstellung. Ich habe das so im Kopf. Ich glaube aber nicht, daß das Wort „Angleichung“ gefallen ist.

24 Den 62 Mandaten des Hamburg-Blocks standen 58 der SPD gegenüber (Wahl vom 1. November 1953).

25 Am 23. Oktober 1955 in Bad Neuenahr: „Sozialpolitik zwischen Ost und West. Gedanken zur Wiedervereinigung“ (Druck in Oswald von NELL-BREUNING SJ: Wirtschaft und Gesellschaft heute. Bd. 2: Zeitfragen. Freiburg 1957 S. 387–402). Nell-Breuning sprach von einem „Aufeinander-Zukommen“ (nicht Mischmasch) im Falle einer Wiedervereinigung.

Wuermeling: Nell-Breuning hat in Köln etwa wie folgt formuliert²⁶: Die Dinge, die in der Zone geschehen sind, sind geschehen. Sie lassen sich als Tatbestand nicht ohne weiteres rückgängig machen. Wir in der Bundesrepublik sind mit unseren Dingen auch nicht vollkommen. Infolgedessen müssen wir, wenn wir demnächst zusammenkommen, sehen, daß wir die Dinge auf eine Linie bringen. Aber wir werfen selbstverständlich [nicht] alles, was in der Zone geschehen ist, und können das nicht als maßgeblich für die Zukunft betrachten. So ungefähr war die Linie, und er fand sehr erhebliche Zustimmung auf der Tagung in Köln.

Tillmanns: Ich glaube nicht, daß man diese Probleme notwendigerweise aufzuwerfen braucht; denn daß sich die Christlich-Demokratische Union nicht für eine kollektive Staatswirtschaft einsetzt und keinen autoritären Staat mit einer zentralistisch geführten Sozialordnung haben will, darüber sind wir uns einig. Darüber brauchen wir hier nichts zu sagen. Richtig ist natürlich, was Herr Kollege Wuermeling gesagt hat zu der Interpretation von Nell-Breuning. Wenn die Wiedervereinigung Deutschlands kommen wird, ist am Tage X drüben etwas da, z.B. die volkseigenen Betriebe usw. Die früheren Eigentümer sind überhaupt nicht mehr auffindbar. Man kann also dann nicht sagen, von morgen ab ist es wieder so, wie es 1945 gewesen ist. Darüber gibt es eine Reihe von konkreten Vorstellungen, die vom Forschungsbeirat der Bundesregierung²⁷ erarbeitet worden sind, nämlich darüber, wie man diese Dinge angleichen könnte. Ich meine, daß dieser Angleichungsprozeß sich nicht so vollziehen kann – entschuldigen Sie, wenn ich so formuliere –, daß die Sozialordnung der Bundesrepublik einfach auf die Ostzone übertragen wird; denn in dem einen oder anderen Punkt werden wir es mit anderen Tatbeständen zu tun haben. Vielleicht kann dies sogar in dem einen oder anderen Punkt gut sein für die Bundesrepublik.

Strickrodt: Ich habe nur von der SPD gesprochen. Ich spreche auch nicht im Sinne der Königsteiner Erörterungen zum Tage X der Überleitung.²⁸ Das sind an sich harmlose Dinge. Ich spreche aber von der grundsätzlichen Angleichung auf einer Linie. Das wird die SPD in den nächsten Jahren betreiben. Unser Programm muß also diese ganze große Linie ins Auge fassen.

26 Nell-Breuning äußerte sich am 5. November 1955 auf dem Deutschen Volksheimstättentag in Köln erneut zum Thema (EBD).

27 „Beirat für die Neuordnung der sozialen Leistungen“ – konstituierende Sitzung am 3. März 1953 (vgl. dazu HOCKERTS S. 235f.). Seine Beschlüsse (gefaßt auf den Arbeitstagungen vom 2. bis 4. Juni und 3. bis 4. Oktober 1955) enthalten keine Hinweise auf Angleichungen. Weder in der Denkschrift der Professoren Hans Achinger, Joseph Höffner, Hans Muthesius und Ludwig Neundörfer vom Mai 1955 noch in den Grundgedanken zur Gesamtreform der sozialen Leistungen des Bundesarbeitsministeriums lassen sich derartig konkrete Vorstellungen ermitteln. – Texte in Max RICHTER (Hrsg.) Die Sozialreform. Dokumente und Stellungnahmen. Bad Godesberg 1955ff. (Loseblattsammlung), hier Bd. 1 und 9.

28 Vgl. Werner MÜNCHHEIMER: Die Neugliederung Mitteldeutschlands bei der Wiedervereinigung. Hrsg. vom Königsteiner Kreis (Vereinigung der Juristen, Volkswirte und Beamten aus der SBZ). Göttingen 1954.

Hellwig: Wir werden eine systematische Werbung bei uns beobachten können, die sagen wird, wenn die Wiedervereinigung von der anderen Seite nur unter der Bedingung, daß die gesellschaftspolitische Umwandlung der Sowjetzone für ganz Deutschland realisiert wird, konzediert werden sollte, dann sollte man auch einen Schritt hinsichtlich einer Umwandlung der gesellschaftlichen Struktur machen. Wir müssen damit rechnen, daß eine solche Lesart von bestimmten Kräften bei uns infiltriert wird. Ich will nicht sagen, daß die SPD dies als Parteilinie herausstellt, aber es wird von Gruppen infiltriert, die wir nicht identifizieren können, weil sie nicht nach außen treten. Aber man wird auch an die intellektuellen Kreise, an die Betriebe und an die bürgerlichen Kreise herantreten. Es werden gefühlsmäßige Dinge angesprochen. Wir müssen daher auf diesem Gebiete etwas tun. Es finden heute schon Zusammenkünfte und auch eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Institutionen und Organisationen der Bundesrepublik und der Sowjetzone auf dem Gebiet der Wirtschaft und auch des Geisteslebens statt. Es stellt sich die Frage, ob wir bei der Erörterung der Sozialprobleme unseren Weg zunächst unbeeinflußt von diesen Dingen herausstellen wollen. Wenn wir das wollen, dann wird es höchste Zeit, daß wir mit ganz bestimmten Thesen herauskommen. Wenn wir das nicht tun, dann wissen wir nicht, wieweit dieser Bazillus um sich greifen wird. Aus der Rede von Professor Nell-Breuning können leicht Mißverständnisse entstehen. Durch seine Formulierungen haben sich viele Kreise ein politisches und moralisches Alibi verschafft, um damit etwas ganz anderes zu sagen. Diese Gefahr müssen wir sehen. Aus diesem Grunde habe ich den Eindruck, daß wir zu einer Formulierung bestimmter Thesen so schnell wie möglich kommen müssen. Es ist dringend notwendig, daß wir eine bestimmte programmatische Linie herausstellen. Es wird dabei die Frage im Vordergrund stehen, was kann in dieser Gesetzgebungsperiode realisiert werden? Wir dürfen nicht nur in eine allgemeine gesellschaftspolitische Thesensammlung kommen, sondern wir müssen auch die Dinge nennen, die vorgezogen werden müssen. Sie müssen noch in der jetzigen Legislaturperiode einer Lösung zugeführt werden. Ich meine damit die Vorschläge der Sozialleistungen im engeren Sinne.

Gradl: Wir dürfen diese beiden Fragen nicht miteinander verquicken. Das eine ist ein Programm für unsere Partei. Das zweite sehe ich genauso ernst an wie Herr Dr. Strickrodt. Die Gefahr liegt darin, daß sie eben nicht gesehen wird von vielen Kreisen. Wir werden uns der Mühe unterziehen müssen, einmal dem nachzugehen, was drüben unter Errungenschaften verstanden wird. Diesen Errungenschaften muß gegenübergestellt werden, was bei uns erreicht ist. Das darf aber nicht in demagogischer und auch nicht in polemischer Weise geschehen. Ich nehme ein Beispiel: Drüben wird als eine besondere Errungenschaft die Verteilung des Landes an die Bauern und die Beseitigung der Herrschaft der Junker herausgestellt. Wenn wir dem gegenüberhalten die Zahl, wie sie bei uns ist, wenn wir ferner den Beschluß herausstellen, den der Forschungsbeirat einstimmig gefaßt hat²⁹, daß nicht restaurativ in der Zone die

²⁹ Vgl. Anm. 27.

neue Ordnung nach der Wiedervereinigung auf dem Lande vollzogen wird, dann haben wir damit eine Klarstellung vollzogen, die diesen Vorstellungen eine Barriere entgegensetzt. Wir werden vielleicht auch drüben das eine oder andere finden, wo wir tatsächlich sagen können, das ist auch für uns erwägenswert. Ich denke z.B. an die Förderung des Studiums von Begabten. Hier ist man drüben ein bißchen weiter als bei uns. Dort macht man es mit einer Tendenz, wir machen es ohne Tendenz.

Tillmanns: Die Anregungen der Herren Strickrodt, Hellwig und Gradl haben uns einen neuen Aspekt für die Sitzung des Bundesparteiausschusses gegeben. Ich habe mir überlegt, ob es möglich wäre, auf der Bundesparteiausschußsitzung die Grundfrage zu behandeln: Ist es überhaupt denkbar, sich mit dem Kommunismus auseinanderzusetzen? Kann man ihm in Einzelpunkten überhaupt entgegenkommen in der Meinung, sich mit ihm auf halber Linie zu treffen? Ich bin der Überzeugung, daß man das nicht kann. Es ist ein Grundirrtum, daran zu glauben. Es ist eine Taktik des Kommunismus, wenn er so tut, als ginge es ihm nur darum, die 140 Millionäre und die alten Faschisten und Militärs zu beseitigen. Das sind nur Propagandathesen, und er glaubt, damit findet er Widerhall in Westdeutschland. Im Grunde genommen steckt hinter diesen Thesen die Absicht zur Errichtung der kommunistischen Diktatur. (*Bauknecht:* So hat es auch bei Adolf Hitler angefangen!) So hat man auch bei uns im Jahre 1946 angefangen. Zunächst haben sie gesagt, wir wollen eine freie Wirtschaft, nur die paar Kriegsverbrecher müssen weg. Aber drei Jahre später hatten wir die vollendete kommunistische Diktatur. Ich darf folgendes Beispiel anführen: In Leipzig hat in einer Sitzung Herr Ulbricht, als er gefragt wurde, wie verhält sich das mit den Versprechungen von 1946, lächelnd geantwortet: Ist es denn meine Schuld, daß ihr darauf hereingefallen seid? So etwas muß man einmal der deutschen Öffentlichkeit sagen. Vielleicht könnte Herr Gradl ein solches Referat übernehmen und über ganz nüchterne Tatsachen berichten. Die Auffassung, man könne durch Entgegenkommen auf halbem oder viertel Wege die Wiedervereinigung Deutschlands herbeiführen, ist ein grundsätzlicher Irrtum. Dann könnten noch zwei Referate über die bisherige Arbeit erstattet werden, wobei auch die sozialen Leistungen eingehend behandelt werden müßten.

Wir müßten auch der Presse im Hinblick auf die neue außenpolitische Situation eine klare Erklärung abgeben, daß solche Versuche, eine Art Mischmasch zwischen Kommunismus und freier Lebensordnung herzustellen, im Grunde genommen unmöglich sind. – Ich begrüße den Vorsitzenden unserer Fraktion.

Strickrodt: Ich möchte folgendes herausstellen. Wir könnten vor der Entwicklung stehen, daß die SPD ihre Propaganda für den Wahlkampf unter die These stellt: Sozialismus als Voraussetzung der Wiedervereinigung. Der Sozialismus allein gibt die nationale Vereinigung! Das wäre eine unerhört schlagkräftige Formulierung.

Heck: Zu dieser Vermutung von Herrn Dr. Strickrodt möchte ich folgendes sagen: Als ich in Washington war, ist ein Teil der Deutschen eingeladen worden von der deutschen Abteilung des State Department. Unter diesen Herren befand sich ein Gewerkschaftsführer von Hamburg, dessen Namen ich nicht mehr kenne. Es sollte

ein Frage- und Antwortspiel sein. Der Gewerkschaftler hat die These vertreten: Wir kommen in der Wiedervereinigung Deutschlands nicht weiter, wenn wir unsere Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik nicht so ausrichten, daß die Sowjets bereit sind, zu einer Wiedervereinigung ja zu sagen. Es wurde eine These von ihm genannt. Es handelt sich um einen Mann, der Mitglied der SPD ist.

Tillmanns: Wir sollten versuchen, zu einer Klärung unserer Meinung bezüglich des Bundesparteiausschusses zu kommen. Wir sind uns einig darüber, daß die Sitzung des Bundesparteiausschusses am 25. stattfinden soll. Am 24. November wollen wir eine ganztägige Vorstandssitzung abhalten.

Johnen: Am 24. und 25. November tagt die Europaunion in Berlin. Wir im Rheinland machen erheblich Propaganda dafür, daß viele Leute nach Berlin fahren. Ich habe sogar erhebliche Mittel irgendwo gesammelt. (*Zimmer:* Wer ist das „wir im Rheinland“?) Das macht zahlenmäßig nicht viel aus; es sieht aber optisch schlecht aus. (*Gradl:* Wann beginnt das?) Das beginnt am 24. Wir sind am 24. schon morgens in Berlin. Das erste zurückfliegende Flugzeug startet am 27. Im übrigen liegt mir gar nichts daran, für Berlin Propaganda zu machen; daran liegt mir absolut nichts. (*Hört! Hört!*) Wenn wir nicht von Jülich wären, wäre es etwas anderes.

Tillmanns: Können wir nicht Montag und Dienstag, den 21. und 22., nehmen? (*Altmeier:* Dann können wir nicht!)

Johnen: Montags können die Länder nicht. Ich kämpfe aber nicht um den Termin; ich sagte das nur, daß die Tagung in Berlin stattfindet.

Tillmanns: Mittwochs kann Hamburg nicht. Können wir es denn beim 24. und 25. belassen? (*Zurufe:* Ja!) Dann lassen wir es also dabei. (*Majonica:* Wir können nach Berlin ein Grußtelegramm schicken.) Berlin ist durch Flugzeug sehr schnell zu erreichen. Insofern ist es kein großes Problem.

Wir waren uns darüber einig, daß auf dieser Bundesparteiausschußsitzung am 25. ein Referat über die außenpolitische Lage mit Rücksicht auf die Ergebnisse von Genf gehalten werden soll. Wir wollen Herrn von Brentano bitten, dieses Referat zu erstatten. Im Anschluß an das Referat von Herrn von Brentano könnte man etwas über die Vorbereitungen der Sozialleistungen sagen. Vielleicht kann Herr Dr. Gradl das machen. (*Gradl:* Das könnte man noch erledigen. – *Johnen:* Sie reden doch sowieso! – *Gradl:* Soll das eine Anzüglichkeit sein? – *Johnen:* Nein, nur eine Feststellung!) Wir könnten uns also am 24. November in der Vorstandssitzung über die Fragen zur Sozialreform entscheiden. Bis dahin werden die Vorarbeiten soweit geklärt sein. Können wir in diesem Sinne den Punkt 2 unserer Tagesordnung verabschieden? Das Wort wird nicht gewünscht. – Dann darf ich feststellen, daß wir so verfahren.

Wir kommen zum Punkt 3 unserer Tagesordnung.

PARTEISTATUT

Heck: Meine Damen und Herren! Über Änderungen im Parteistatut ist bereits auf einer Vorstandssitzung berichtet und diskutiert worden. Nach der Diskussion

hat der Vorstand den geschäftsführenden Vorstand beauftragt, unter Berücksichtigung dessen, was in der Diskussion zu dem vorgelegten und von der Statutenkommission erarbeiteten Entwurf gesagt wurde, eine neue Fassung vorzulegen. Der geschäftsführende Vorstand hat sich in einer längeren Sitzung dieser Aufgabe unterzogen und einen neuen Entwurf ausgearbeitet, der dann in einer Sitzung, zu der wir lediglich die Landesvorsitzenden geladen hatten, erneut diskutiert worden und noch einmal abgeändert worden ist.³⁰ Wir waren der Auffassung, daß es für den Fortgang der Arbeiten mit dem Statut zweckmäßig ist, zunächst die Landesvorsitzenden über den vom geschäftsführenden Vorstand erarbeiteten Entwurf zu orientieren und die Auffassung der Landesvorsitzenden darüber zu hören. Die Landesvorsitzenden haben dann dem neuen Entwurf, der Ihnen nunmehr vorliegt, unter dem Vorbehalt zugestimmt, daß sie ihre Vorstände über die neue Vorlage orientieren müssen. Ich kann dazu mitteilen, daß von keinem Landesverband aus bisher eine Ergänzung oder eine Änderung vorgetragen worden ist. (*Altmeier*: Das kommt noch!) Der Ihnen vorliegende Entwurf ist in einer Synopse der alten Fassung, die in Goslar beschlossen wurde, gegenübergestellt.

Zimmer: Ich schlage vor, Paragraph für Paragraph durchzugehen.

Tillmanns: Dann wollen wir so verfahren.

Heck: § 1: „Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands will das öffentliche Leben im Dienst des deutschen Volkes und des deutschen Vaterlandes aus christlicher Verantwortung und nach dem christlichen Sittengesetz auf der Grundlage der persönlichen Freiheit demokratisch gestalten.“

Wackerzapp: Der § 1 enthält nicht, was nun die Union im Spiel der politischen Kräfte will. Deshalb müßte hier ein Zusatz hinein, daß die Union bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirkt und daß sie eine Partei im Sinne des Art. 21 GG ist; denn sonst sind wir eine Bewegung, aber kein Element der praktischen Politik.

Johnen: Dann müßte man in Klammern hinzusetzen: „Artikel 21 Absatz 1.“

Kaiser: Ich bin etwas erstaunt darüber; denn das Grundgesetz wird nach der Wiedervereinigung unseres Landes eine Überprüfung und Wandlung erfahren. Da die Wiedervereinigung ein Hauptziel unserer Politik ist, weiß ich nicht, ob wir das hier in der Satzung einer politischen Partei hineinnehmen sollen.

Altmeier: Es wäre eine Einengung. Wir sagen im § 1: „Die CDU Deutschlands will das öffentliche Leben im Dienst des deutschen Volkes ...“ Das Grundgesetz bezieht sich nur auf die Bundesrepublik. Wir sagen aber mehr. Deshalb haben wir in unserer Satzung die Beziehungen der Menschen geregelt, die noch nicht in der Bundesrepublik sind. Insofern würde ich eine Bezugnahme auf das Grundgesetz in diesem Zusammenhang ausdrücklich ablehnen.

30 Am 22. September 1955 in Bonn. – Protokoll in NL Müller ACDP I-217-AO 011.

Wackerzapp: Wir sind aber doch dem Parteiengesetz unterworfen und kommen nicht daran vorbei, daß wir uns als ein politisches Instrument im Sinne des Grundgesetzes dokumentieren, weil wir von den Rechten und Pflichten des Parteiengesetzes erfaßt werden.

Fay: Sowohl der Gedanke des Herrn Altmeier wie auch derjenige des Herrn Wackerzapp ist richtig. Man sollte sie kombinieren. Einmal ist hier das politische Wollen der CDU als eine Personenvereinigung normiert. Das ist allumfassend. Es umfaßt nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch alles andere. Es muß aber auch klar gesagt werden, daß diese Personenvereinigung eine Partei ist, die einmal von einem Parteiengesetz umfaßt wird. Wenn das künftige Parteiengesetz die CDU wörtlich aufnähme, wäre das kein Problem, vermutlich wird aber das Parteiengesetz sich nur mit Parteien an sich befassen, so daß es m.E. notwendig ist, in der Satzung zu verankern, die CDU ist eine Partei. Auch ich würde nicht den Art. 21 GG zitieren im Hinblick auf die Wiedervereinigungsmöglichkeit, sondern wir könnten uns damit begnügen, daß wir zum Schluß anfügen: „Die CDU ist eine Partei.“

Majonica: In der Präambel würde sich ein Satz wie „Wir sind eine Partei“ nicht schön ausmachen. Die Präambel sollte so bleiben, wie sie ist. Ich darf aber darauf hinweisen, daß im § 2 steht „die Bundespartei der CDU“. Damit ist klar gesagt, daß die CDU eine Partei ist. Damit wird alles auf uns bezogen, was rechtlich und soziologisch von einer Partei gesagt werden kann. Wir brauchen es also nicht besonders zum Ausdruck zu bringen; denn es steht ja im § 2.

Schröder: Ich gebe Herrn Majonica recht, man darf den § 1 nicht isoliert betrachten, sondern man muß ihn sehen in Verbindung mit § 2. Ich finde diese Formulierung sogar glücklich. Man sollte den Text möglichst freihalten von allen verfassungsrechtlichen Bezügen.

Ich darf nun die Gelegenheit benutzen, um einige Sätze über die Parteienkommission, von der Sie gelesen haben, zu sagen! Wir haben aufgrund des Art. 21 GG die Verpflichtung, das, was zu sagen ist, durch Gesetze zu regeln. Teile eines Parteiengesetzes finden sich in den Wahlgesetzen; denn die Wahlgesetze bestimmen schon, wer sich beteiligt. Sie nehmen also Bezug auf die Partei und setzen sie als organisatorische Gebilde voraus. Das Ziel des Ausschusses ist es, eine umfassende Untersuchung zu veranstalten über die Parteigeschichte, über die Entwicklung seit 1945 und über Spezialfragen, die in der letzten Zeit aufgetaucht sind.³¹ Dazu gehört auch der Artikel 38, der von der Unabhängigkeit der Abgeordneten spricht.³²

Aus Art. 21 GG ergibt sich auch die Frage, ob das Bundesverfassungsgericht ein Verbot ausspricht oder ob es nur die Illegitimität feststellt. Ferner soll die soziologische

31 Der Bericht der vom Bundesminister des Innern eingesetzten Parteienrechtskommission (konstituierende Sitzung am 9. Dezember 1955) „Rechtliche Ordnung des Parteiwesens“ wurde erst 1957 vorgelegt (Druck: Metzner-Verlag, Frankfurt am Main).

32 GG Art. 38 Abs. 1 Satz 2: Die Abgeordneten „sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“.

Struktur der Parteien und ihre Finanzierungsprobleme untersucht werden. Der letzte Punkt hat schon eine große Rolle gespielt, und zwar deswegen: Soll es eine öffentliche finanzielle Förderung der Parteien geben? Das alles soll untersucht werden, und zwar mit Vergleichen zu England und Amerika.

Es ist aber nicht möglich, noch in diesem Bundestag eine definitive Regelung all dieser Punkte herbeizuführen. Wenn man die Parteienstruktur als ein Element der ganzen Verfassungsentwicklung ins öffentliche Bewußtsein bringen will, dann ist es nützlich, das durch unabhängige Leute untersuchen zu lassen. In dieser Kommission sind nicht nur Verfassungs- und Staatstheoretiker, sondern auch zwei angesehene Historiker – Rothfels³³ und Bergsträsser³⁴ – und ein Philosoph wie Spranger³⁵. Ich verspreche, daß wir in absehbarer Zeit – das geht nicht von heute auf morgen – eine größere Arbeit auf diesem Gebiet haben werden, so daß wir also auch den Parteien irgendwelche konkreten Unterlagen geben können. (*Unruhe.*) Herr Johnen, es ist furchtbar schwer, das auszusprechen, wenn ich Ihre Aufmerksamkeit nicht habe. Wir können also das Gesetz in diesem Bundestag nicht mehr verabschieden.³⁶ Es ist ein Gebiet, auf dem wir im Moment noch nicht zu endgültigen Ergebnissen kommen können. (*Johnen:* Also Staatsbegräbnis erster Klasse der Kommission!) Nein, so ist es nicht. Sie dürfen eines nicht verkennen. Das Interesse der Öffentlichkeit konzentriert sich viel stärker auf Namen und Personen und alles mögliche als auf die Parteien. Das Interesse an den Parteien ist offensichtlich rückläufig. Wir wissen aber ganz genau, daß eine Demokratie nicht aufrechterhalten werden kann ohne blühende und fruchtbare Parteien. Deswegen ist es gut, wenn durch einige angesehene Leute dieser Tatbestand in das allgemeine Bewußtsein gerückt wird. Also, die Sache hat schon einen staatspolitischen Zweck. Es ist nicht reine politische Taktik.

Kaiser: Vielen Dank für diese wertvollen Ausführungen! Wir kommen zurück zum § 1. Ich glaube, Herr Wackerzapp, Sie haben sich davon überzeugen lassen, daß es am besten bei der alten Fassung bleibt.

Wackerzapp: So ganz überzeugt bin ich nicht. Ich bin der Meinung, daß unser Statut objektiver gefaßt werden muß.

Kaiser: Der § 1 bleibt also.

Heck: § 2: „Die Bundespartei der CDU gliedert sich in Landesverbände. Die Gebietsteile Deutschlands, in denen freie Wahlen z.Z. nicht abgehalten werden oder die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen

33 In der Vorlage: Rockenfels. – Dr. Hans Rothfels (1891–1976), 1926–1934 Professor in Königsberg, dann Emigration, ab 1951 in Tübingen (Historiker).

34 Dr. Ludwig Bergsträsser (1883–1960), Honorarprofessor in Frankfurt (1945) und Bonn (1950); 1924–1928 MdR (DDP), 1930 SPD, 1948–1949 MdPR, 1949–1953 MdB.

35 Dr. Eduard Spranger (1882–1963), 1911–1920 Professor in Leipzig (für Kulturphilosophie und Pädagogik), 1920–1945 in Leipzig, ab 1946 in Tübingen.

36 Verabschiedet wurde das Gesetz über die politischen Parteien am 24. Juli 1967 (BGBl I S. 773).

können, erhalten besondere Vertretungen, die den Landesverbänden gleichgestellt sind.“

Kaiser: Dieser Paragraph ist bei unserer letzten Zusammenkunft mit großer Sorgfalt durchgesprochen worden.

Wackerzapp: Ich möchte auch hier als Jurist sprechen. Dieser Paragraph entspricht weder der historischen noch der juristischen Wirklichkeit. Es sieht so aus, als ob von vornherein die Bundespartei dagewesen wäre, die sich ihrerseits in Landesverbände gliedert. Umgekehrt ist es der Fall. Die Landesverbände waren vor der Bundes-CDU da. Wir sind hier der Zusammenschluß der Landesverbände. Wir gründen, juristisch gesehen, sozusagen einen Bundesstaat. Daraus ergeben sich sehr weitgehende juristische Konsequenzen.

Tillmanns: Die Formulierung ist gegenüber der bisherigen nicht geändert. (*Wackerzapp:* Sie ist aber doch falsch!) Das ist in Goslar unterschrieben worden. Die Landesverbände haben gemeinsam ihrem Willen Ausdruck gegeben, daß der § 2 lauten soll:

„Die CDU gliedert sich in Landesverbände. Den Landesverbänden gleichgestellt sind jene Gebietsteile Deutschlands, in denen freie Wahlen z.Z. nicht abgehalten werden oder die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Geschehen nicht teilnehmen können.“

Wackerzapp: Ich bitte anknüpfen zu dürfen an das, was ich eben sagte. Wir gründen eine über den Landesverbänden stehende Zusammenfassung.

Altmeier: Das ist doch in Goslar geschehen!

Wackerzapp: Meine Damen und Herren! Dieser Zusammenschluß hat die Souveränität der Verbände in gewisser Beziehung eingeschränkt. Die Landesverbände haben durch den Zusammenschluß gewisse Teile ihrer Souveränität an die übergeordnete Stelle abgegeben. Das ist die juristische Konstruktion. Es ist sozusagen ein Bundesstaat, der mit verbindlicher Kraft für die Länder von sich aus tätig wird.

Kaiser: Wenn wir auf diese Überlegungen eingehen, dann wird das eine neue endlose Debatte geben. Die Bundespartei oder eine Reichspartei wäre entstanden, wenn wir nicht das Unglück der Besetzung in unserem Lande gehabt hätten. Wir waren jedenfalls bei dem Schritt, den wir am 26. Juni 1945 in Berlin unternommen haben, von dem Willen erfüllt, eine Partei für ganz Deutschland zu gründen, und unsere Freunde in Köln und Westfalen, die sich zur Gründung dieser Partei zusammengefunden haben, haben das gleiche gedacht, nämlich für das ganze Land eine Partei zu gründen.

Wir sind unter dem Zwang der Besatzungsmächte zu den Landesverbänden gekommen. Aber in dem Augenblick, wo wir es konnten, haben wir uns vereinigt. Und das brauchen wir nicht besonders zu betonen; denn irgendwie stört das die Geschichte unseres politischen Willens.

Majonica: Das ist nur die Deklaration des gegenwärtigen Zustandes. Wenn wir historisch vorgehen wollten, dann müßten wir auch darauf hinweisen, daß wir aus

Zonen entstanden sind. Das ist doch unmöglich. Wir kommen sonst in uferlose Debatten.

Kaiser: Herr Wackerzapp, ich würde Sie bitten, sich mit dieser Formulierung einverstanden zu erklären.

Wackerzapp: Ich kann mich nicht zufriedengeben! Welche Rechtsform hat denn nun dieser Zusammenschluß? Sind wir ein Verein oder eine Genossenschaft? Wie treten wir privatrechtlich auf? Sind wir überhaupt berechtigt, uns rechtsverbindlich zu betätigen? Sind wir eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts? Irgendwo muß doch zum Ausdruck kommen, welche privatrechtliche Figur wir darstellen. (*Wuermeling:* Die Frage wird besonders behandelt!) Hat die Bundespartei den Charakter eines eingetragenen Vereins? Wir müssen doch als selbständiges Rechtssubjekt auftreten. Körperschaftsrechte haben wir nicht. Wir müssen doch Rechtsgeschäfte tätigen können. Das ist augenblicklich nicht möglich.

Fay: Wir haben in der Sitzung der Landesvorsitzenden³⁷ darüber ausführlich gesprochen. Wir sind wahrscheinlich ein nicht eingetragener Verein, dessen Mitglieder die Landesverbände sind. Vielleicht sind wir auch eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts. Was wir sind, das stellen die Gerichte in letzter Instanz in konkreten Einzelfällen fest. Es sollte uns nicht drücken, daß diese Frage so etwas ungeklärt ist. Jedenfalls sind wir kein eingetragener Verein. Alles andere können wir der letzten Instanz des Gerichts überlassen. Das Leben geht doch weiter.

Schröder: Ich neige zu der Ansicht von Herrn Fay. Ich habe mich schon vorhin dafür ausgesprochen, daß wir nicht allzuviele rein rechtliche Bezüge hineinnehen sollten. Wir haben noch kein ausgebildetes Parteienrecht. Deswegen haben wir, was die rechtliche Form angeht, im Grundgesetz nur die vergleichbare Rechtsform des bürgerlichen Rechts, wie bei einer bürgerlichen Gesellschaft und dergleichen. Für die praktischen Bedürfnisse brauchen wir keine genauere Festlegung als diese hier.

Das Statut ist auch nicht ein rechtlich perfektionistisches Gebilde, sondern es dient im allgemeinen zur Regelung der inneren Ordnung nach demokratischen Grundsätzen. Das ist eigentlich das Entscheidende. Deswegen sollte man nicht allzuviel Theoretisches darüber hinaus bringen, weil dies ja keinem praktischen Bedürfnis dient.

Tillmanns: Die Landesverbände der CDU sind in der gleichen Situation, auch die anderen Parteien. Insofern ist das keine Frage, die im Rahmen der Satzung geregelt werden kann. In der Praxis sind wir bisher mit dieser Figur ausgekommen. Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, daß die CDU ein Grundstück erwerben will – vielleicht kommt die CDU in diese Situation –, dann müßte ein besonderer Vermögensträger gegründet werden, (*Zuruf:* Das macht Herr Bach!) um die Dinge zu klären und zu bereinigen. Wir sollten aber nicht jetzt den Versuch machen, diese Frage im Rahmen der Satzung zu klären.

Wackerzapp: Wir gehen immer von den glücklichen Verhältnissen aus, daß in der CDU Eintracht und Einigkeit herrschen. Denken Sie mal an die FDP und an den

37 Vgl. Anm. 30

BHE. Dann wird das von Bedeutung. Unsere CDU vereinnahmt Millionenbeträge. (*Tillmanns*: Leider nicht!) Wir haben Häuser, und wir treten als Arbeitgeber in Erscheinung. Wir unterhalten eine Bundesgeschäftsstelle usw. Nehmen Sie einmal an, es entsteht eine Arbeitsschwierigkeit, und das Arbeitsgericht greift ein. Wer ist dann der Partner? Wer hat den Bundesgeschäftsführer angestellt? Wer steht gerade gegenüber den Ansprüchen? (*Zuruf*: Herr Bach!) Das ist alles schön und gut, solange Eintracht herrscht, aber wenn Störungen kommen, dann wird es unbequem. Dann werden die Herren persönlich gefaßt, und sie haben dann keine Rücken- deckung.

Strickrodt: Die Anliegen von Herrn Wackerzapp unterstreiche ich von A bis Z aus meiner Zeit als Landesvorsitzender. Aber das können wir nicht aus Anlaß dieser Formulierung klären. Es ist jedoch ein dringendes Anliegen der CDU. Wir können nicht auf ein Bundesparteiengesetz warten, sondern wir müssen diese Dinge einmal vorher klarstellen; auch die Grundlagen unserer finanziellen Manipulation. Ich habe damals vorgeschlagen, einen angesehenen Wirtschaftssachverständigen dafür zu nehmen. Der Herr hat aber gepaßt. Daher müssen wir einen anderen, vielleicht einen Juristen suchen, der mit dem engeren Vorstand die Situation klärt. Es müssen vorsorglich die nötigen Maßnahmen getroffen werden, damit es nicht eines Tages auf die Häupter unserer verantwortlichen Männer regnet.

Kaiser: Sind Sie einverstanden, Herr Wackerzapp?

Wackerzapp: Ich bin der Meinung, das ist eine so grundsätzliche Frage, daß man irgend etwas hineinbringen müßte.

Kaiser: Es gibt vergleichbare Erscheinungen und Vereine, wo man sich auch helfen mußte. Denken Sie an die Gewerkschaften. Dort ist es genauso. Man hat dort eine vermögensrechtliche Einrichtung geschaffen.

Wackerzapp: Der § 2 ist noch nicht klar. Wir haben in der Satzung überhaupt nichts über die Mitgliedschaft drin. Wir haben keine einheitliche Bestimmung in den einzelnen Landesverbänden darüber, wer Mitglied werden kann; die einen haben die Altersgrenze auf 18 und die anderen haben sie auf 21 Jahre festgesetzt. Besteht keine Notwendigkeit, allgemeine Richtlinien über diese sehr wichtige Bestimmung herauszugeben? Je nachdem, wie die Altersgrenze festgesetzt wird, könnte sich die Mitgliederzahl der Landesverbände wesentlich erhöhen.

Majonica: Es empfiehlt sich, die Satzung insgesamt zu lesen. Die Frage wegen des § 2 wird im § 4 erschöpfend geregelt. Damit ist die Sache völlig klar.

Kaiser: Wir kommen also noch darauf zurück, Herr Wackerzapp.

Heck: § 3: „Organe der Bundespartei sind der Bundesparteitag, der Bundesaus- schuß und der Bundesvorstand.“

Wackerzapp: Wir sollten den § 3 so belassen, wie er bisher war. Wir sind keine Bewegung, sondern eine Partei.

Tillmanns: Das ist eine reine Frage der Formulierung. Wir wollten uns anpassen an die Gewohnheiten bei den Landesparteien. Wir sprechen auch vom Landesvorstand und nicht vom Landespartei Vorstand oder vom Landesparteiausschuß. Wir sind der

Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Wir sprechen auch nicht vom Landespartei Vorstand, sondern vom Landesvorstand.

Heck: § 4: „Der Bundesparteitag setzt sich zusammen aus den Delegierten der Landesverbände und der besonderen Vertretungen (§ 2).

Die Landesverbände entsenden auf je angefangene 75.000 CDU-Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl einen Delegierten und auf je angefangene 1.000 Mitglieder einen weiteren Delegierten.

Die CDU der sowjetischen Besatzungszone (Exil-CDU) wird durch 75 Delegierte vertreten.

Die Vertretung der Gebiete jenseits der Oder und Neiße erhält 20 Delegierte.

Für das Saargebiet kann der Bundesvorstand Vertreter bestellen.

Der Bundesparteitag tritt mindestens einmal jährlich zusammen und wird vom Bundesvorstand einberufen. Auf Antrag des Bundesausschusses oder von mindestens $\frac{1}{3}$ der Landesverbände muß er einberufen werden.“

Altmeier: Wenn ich heute hier von demselben Platze aus, wo ich bei der letzten Sitzung saß, zu der Formulierung wegen der Saar etwas sage, dann wird das nicht so schwer zu verstehen sein, wie es für viele in der letzten Sitzung des Bundespartei Vorstandes zu verstehen war. (*Johnen:* Langsam! Langsam!) Diese Formulierung entspricht doch der Mentalität oder Auffassung, wie sie bei vielen Leuten vor dem 23. Oktober bestanden hat. Die Abstufung, wie sie vorgenommen wird, ist nach dem 23. Oktober m.E. nicht mehr am Platz.³⁸ Wir können nicht sagen: Für das Saargebiet kann der Bundesvorstand Vertreter bestellen, das wäre sogar bisher schon falsch gewesen. Wenn man für andere Gebiete, die nicht am gesamtdeutschen politischen Leben teilnehmen, feste Zahlen schafft und sie als verpflichtend in das Statut hineinnimmt, dann ist wirklich nicht einzusehen, warum das bei einem Gebiet nicht möglich ist. Wenn ich sage, das kann man – dann sage ich damit, wir brauchen es aber nicht.

Im § 1 sprechen wir von der Union Gesamtdeutschlands. Nun haben wir in diesem Gebiet drei verschiedene Situationen. Das eine Gebiet ist die Bundesrepublik. Dort werden die Delegierten aufgrund der Bundestagswahlen bestellt. Das zweite Gebiet sind jene leider nicht zur Bundesrepublik gehörenden Teile Ost- und Mitteldeutschlands, wo keine Wahlen stattfinden, die wir als demokratisch bezeichnen könnten, und wo wir infolgedessen einfach für die Zeit des Überganges die Zahl der Delegierten in den verschiedenen Parteigremien festsetzen müssen. Das dritte Gebiet ist das Saargebiet, das seit dem 23. Oktober 1955 freie Wahlen kennt.

Im § 2 unterscheiden wir von jenen Gebieten, die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen können. Diese erhalten besondere Vertretungen, die den Landesverbänden gleichgestellt sind. Im § 4 heißt es: Die Landesverbände entsenden auf je angefangene 75.000 CDU-Wählerstimmen der

³⁸ Volksabstimmung über das Saarstatut; Ja-Stimmen 32,29 %, Nein-Stimmen 67,71 % (AdG 1955 S. 5422). – Vgl. Nr. 9 S. 626 ff.

letzten Bundestagswahlen einen Delegierten ... Wir brauchen also für das Saargebiet nur folgenden Satz im § 4 einzufügen:

„Für den Landesverband Saar gelten die Stimmen der letzten Landtagswahl.“

Natürlich müßte der Satz „Für das Saargebiet kann der Bundesvorstand Vertreter bestellen“ gestrichen werden.

Majonica: Ich möchte Herrn Wackerzapp entgegenkommen und vorschlagen, an Stelle der Worte „Die Vertretung der Gebiete jenseits der Oder und Neiße“ den Namen des jeweiligen Verbandes, wie bei der Exil-CDU, einzufügen.

Eplée: Der Begriff „Oder-Neiße“ hat sich in den letzten Jahren allgemein verankert. (*Majonica:* Gut, ich ziehe meinen Vorschlag zurück!)

Zimmer: Wir schlagen vor, folgenden Satz einzufügen: „Für den Landesverband Saar gelten die bei der letzten Landtagswahl abgegebenen Stimmen.“

Heck: Ohne daß es expressis verbis im Statut steht, haben wir für Berlin so verfahren, daß die Stimmen der letzten Bürgerschaftswahl in Berlin zugrunde gelegt wurden. Deswegen meine ich, entweder führt man Berlin und das Saargebiet auf oder aber man läßt beide weg.

Altmeier: West-Berlin steht doch in einem Zusammenhang mit dem Bundesgebiet. Das ist auch nach außen anerkannt durch die Mitgliedschaft der Berliner Vertreter in den Parlamenten. Aber ich habe nichts dagegen.

Zimmer: Ich würde das für begrüßenswert halten.

Altmeier: Man könnte sagen: „Für die Landesverbände West-Berlin und das Saargebiet gelten die jeweils abgegebenen Stimmen der Bürgerschaftswahl bzw. Landtagswahl.“

Tillmanns: Wir waren uns darüber einig, bei den Landesverbänden, die bei der Bundestagswahl nicht direkt beteiligt sind, die Landtagswahlen bzw. Bürgerschaftswahlen zugrunde zu legen. Von Berlin aus haben wir nie den Wunsch gehabt, das besonders in der Satzung zu verankern.

Ob die Saar ein Landesverband ist, das ist eben die Frage! Die CDU-Partei der Saar hat sich bisher nicht konstruiert als ein Landesverband der CDU Deutschlands. Diese Frage ist offen. Aber wie wird es vielleicht werden? Deswegen mein Vorschlag – es ist für morgen ein Gespräch mit unseren Freunden von der Saar in Aussicht genommen –, diese Frage zurückzustellen bis zur nächsten Vorstandssitzung.³⁹

Majonica: Wir könnten aber diesen Satz: „Für das Saargebiet kann der Bundesvorstand Vertreter bestellen“ schon vorher streichen.

Kaiser: Dieser Satz muß auf jeden Fall gestrichen werden; denn nach dem 23. Oktober paßt er nicht mehr. Morgen, in dem Gespräch mit den Freunden von der Saar, kann diese Frage geklärt werden. Wenn Berlin keinen Wert darauf legt, besonders genannt zu werden, könnte man auch für die Saar überlegen, ob es überhaupt notwendig ist, sie besonders aufzuführen, wenn Gewißheit besteht, daß die Saar genauso behandelt wird wie Berlin.

³⁹ Die nächste Sitzung war am 13. Januar 1956 (vgl. Nr. 11).

Altmeier: Ich darf auf das zurückkommen, was ich bei der Sitzung der Landesvorsitzenden gesagt habe: Ich wünsche eine protokollarische Feststellung, daß wir den Landesverband Saar als einen Landesverband im Sinne des § 2 betrachten. Ich habe weiter gesagt: Wenn das geschieht, bin ich damit einverstanden, daß in der Satzung überhaupt nichts steht.

Hellwig: Die Saar muß selbst den Beschluß fassen, daß sie sich als CDU-Landesverband Saar ansieht. Das konnte sie bisher nicht tun.

Kaiser: Sie tritt als eine solche Gliederung der Gesamtpartei im Bewußtsein der Öffentlichkeit auf. Wir vertagen die Sache bis morgen und kommen endgültig bei der nächsten Vorstandssitzung darauf zurück.

Heck: § 5: „Aufgaben des Bundesparteitag:

- a) Der Bundesparteitag wählt den Bundesvorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende für jeweils zwei Jahre.
- b) Er beschließt über die Grundlinien der Politik der CDU.
- c) Er nimmt die Berichte des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion entgegen und faßt hierzu Beschluß.
- d) Er beschließt über das Statut.“

Majonica: Ich schlage eine redaktionelle Änderung insofern vor, daß die Ziffer b) vorgezogen wird. Ich halte diese Bestimmung für wichtiger als die unter Ziffer a) genannte. (*Wuermeling:* Das entspricht aber nicht den tatsächlichen Verhältnissen.)

Fay: Ich halte das für unbegründet. In Ziffer a) sind die formellen und in Ziffer b) die materiellen Dinge geregelt. Es wäre besser, zwei Absätze zu machen und das nachher redaktionell anders zu gestalten, um zum Ausdruck zu bringen, das eine ist die formelle und das andere ist die materielle Seite. Jetzt geben Sie mir einmal nach, Herr Majonica! (*Majonica:* Gut, einverstanden!)

Kaiser: Wir lassen es also stehen. Eine andere Frage: Soll jetzt eine Mittagspause eingelegt werden?

Tillmanns: Ich schlage vor durchzutagen; die beiden nachfolgenden Punkte werden uns wohl nicht mehr allzulange aufhalten. (*Altmeier:* Durchtagen!)

Wackerzapp: Wir haben nach der bisherigen Struktur der Satzung den Zweck der CDU überhaupt nicht eingehend juristisch greifbar definiert. Der Zweck unseres Zusammenschlusses ist der, zu koordinieren und Einrichtungen bei der Zentrale zu schaffen, die die einzelnen Landesverbände nicht schaffen können. Das ist durch keine Bestimmung gedeckt. Nebenbei wird gesagt, daß wir eine Bundesgeschäftsstelle haben; daß wir die Aufgabe haben, die Arbeit der Landesverbände zu fördern, wird nicht gesagt. (*Majonica:* Das ist doch eine Selbstverständlichkeit!) Wir haben in keinem Paragraphen eine Bestimmung darüber, wie sich das innere Leben der Organisation vollzieht, nichts über eine Geschäftsordnung usw. Bisher ist das immer gutgegangen. Wie ist es mit den Wahlen? Wann sind unsere Körperschaften beschlußfähig? Muß die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sein, oder entscheidet die zufällige Mehrheit oder Anwesenheit einer mehr oder weniger großen Anzahl von Leuten? Werden die Wahlen geheimgehalten? Kann eine Minderheit geheime Wahl

verlangen? Das alles ist im Statut nicht vorgesehen. Es ist auch kein Verweis auf eine Geschäftsordnung vorhanden. Der Parteiausschuß nimmt zu den Maßnahmen der Bundesregierung Stellung. Wenn es nun z.B. nur 50 Leute sind, können diese nun maßgebliche Beschlüsse fassen und die Politik des Bundeskanzlers mißbilligen? Irgendwie muß ein Damm eingebaut werden. Es müssen klare Verhältnisse geschaffen werden. Aber dieser Punkt ist nicht einmal erwähnt, er ist auch nicht durch analoge Beziehungen auf eine Geschäftsordnung klargestellt.

Zimmer: Lieber Freund Wackerzapp! Sie sind von juristischen Gewissensbedenken geplagt. Darf ich mal generell folgendes sagen: Wir standen damals, als wir die Sache ausgearbeitet haben, vor der Alternative, wollen wir ein ganzes Gesetzbuch mit zahllosen Detailbestimmungen, die nachher doch wieder als hemmend empfunden werden, oder wollen wir uns mit einem Minimum begnügen? Wenn wir uns mit einem Minimum begnügen, dann sind wir elastisch und besser in der Lage, jeder Situation Rechnung zu tragen, und wir können uns den jeweiligen Verhältnissen anpassen.

Wenn wir die Linie einschlagen, die Sie jetzt befolgen wollen, dann bekommen wir ein Statut, bei dem wir mit hundert Paragraphen nicht auskommen. Dann muß dazu auch ein Kommentar geschrieben werden. Ich möchte dringend empfehlen, davon abzusehen. Im ganzen gesehen hat sich die Kurzfassung bewährt. Ich möchte aber, um Ihnen entgegenzukommen, vorschlagen, daß wir uns auf folgendes festlegen: Die Bundesgeschäftsstelle führt intern ein Register über Ordnungsbeschlüsse. Und wenn wir das Bedürfnis empfinden, gelegentlich festzustellen, was in dieser oder jener Richtung zugrunde gelegt sein muß, dann müssen wir Ordnungsbeschlüsse, die über die Geschäftsordnung hinausgehen, fassen. Diese gelten so lange, bis wir sie wieder aufheben. Wir können uns nicht in unserer eigenen Beweglichkeit durch ein übertriebenes Statut einschränken lassen. Sie können den Antrag stellen, der Bundesvorstand möge beschließen, dann ist das ein Ordnungsbeschluß, der zu unseren Akten geht.

Im ganzen wollte ich bitten, dieses Statut möglichst nicht mit Fragen der Geschäftsordnung zu überlasten. Auf der Bundesgeschäftsstelle ist vor Jahr und Tag eine Synopse ausgearbeitet worden über die Verfassungen der einzelnen Landesverbände. Es hat sich herausgestellt, daß im großen und ganzen die Landesverbände die gleichen Organisationen sind. Es gibt nur unwesentliche Variationen. Wir sollten davon absehen, unseren Unterbau, der regional etwas verschieden ist, nicht unnötig gleichzuschalten. Auf diesen Unterbau baut sich die Bundespartei auf.

Tillmanns: Die Statutenkommission hat beschlossen, sobald dieses Statut verabschiedet ist, sich an die Aufstellung einer Geschäftsordnung zu machen. Ich würde vorschlagen, die Anregung von Herrn Zimmer bei der Geschäftsordnung zu berücksichtigen. Es wäre gut, wenn wir die Statuten so elastisch wie möglich hielten.

Majonica: Wir könnten Herrn Wackerzapp beauftragen, Entwürfe für eine Geschäftsordnung vorzulegen. Vielleicht wird das sein juristisches Gewissen entlasten.

Wackerzapp: Es gibt Grundregeln, die vorhanden sein müssen! Wann sind wir denn beschlußfähig? Wir stehen vor der Frage, daß bei delikaten Angelegenheiten

Mehrheiten entstehen, die verderblich werden können. (*Tillmanns*: Oder segensreich! – *Zimmer*: Dann retten uns die Paragraphen auch nicht! – *Unruhe*.)

Tillmanns: Wollen wir in eine grundsätzliche Umarbeitung dieses Entwurfs eintreten? Dann würden wir ihn besser zurückweisen. Oder wollen wir auf der Basis dieses Entwurfs, der uns im Vorstand schon ein paarmal beschäftigt hat, weiterarbeiten?

Wackerzapp: Zum § 5 habe ich die Frage: Wie wählt der Parteitag? Geheim oder offen? (*Tillmanns*: Das bleibt seinen Beschlüssen überlassen!) Gibt es eine Minderheit, die geheime Wahl verlangen kann? (*Tillmanns*: Wenn geheime Wahl gewünscht wird, dann geschieht es. – *Zimmer*: Es gibt ungeschriebene Gesetze!) Warum sollen wir das nicht hineinbringen? (*Tillmanns*: Eine Akklamation ist nur dann möglich, wenn alle sie wünschen. Das ist allgemein üblich. – *Fay*: In Berlin⁴⁰ ist mit Zetteln gewählt worden. Der Bundeskanzler wollte es nicht, aber die Versammlung hat es so gewünscht.)

Tillmanns: Ich würde nicht die Frage aufwerfen, ob der Vorstand beschlußfähig ist. Ich habe in England kennengelernt, daß es Bestimmungen darüber gibt, wann ein Gremium beschlußfähig ist, daß es aber nicht gut und schön ist, das festzulegen, wenn nur 20 Leute in einem Gremium sind.

Heck: § 6: „Der Bundesausschuß setzt sich zusammen aus:

a) den Delegierten der Landesverbände und der besonderen Vertretungen (§ 2).

Die Landesverbände entsenden auf je angefangene 375.000 CDU-Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl einen Delegierten und auf je angefangene 5.000 Mitglieder einen weiteren Delegierte.

Die Exil-CDU entsendet 8, die Vertretung Oder-Neiße 5 Delegierte.

b) dem Bundesvorstand,

c) den Vorsitzenden der CDU-Fraktionen der Landesparlamente,

d) den Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse (s. § 11),

e) den Landesgeschäftsführern.“

Altmeier: Hier gilt analog das gleiche wie bei § 4.

Wackerzapp: Der Parteiausschuß ist kein Gremium aus dem Parteitag, sondern ein Organ, das aus Wahlgrundlagen erwachsen ist. Aus den Delegierten der Landesverbände haben wir 97 Stimmen, und die Mitglieder des Bundesvorstandes usw. erbringen zusammen 76 Mitglieder. Nun ist zu bedenken, daß der Bundesparteiausschuß sozusagen das koordinierende Organ des Vorstandes ist. Vor dem Bundesparteiausschuß soll der Vorstand Rechenschaft ablegen. Kann er gleichzeitig Mitglied dieses Gremiums sein? Das geht doch gegen den Sinn der Teilung der Gewalten. Herr Dr. Heck hat im Sommer in einem Referat vor der Gefahr eines Parteienapparates – wie man ihn bei der SPD bedauern muß – gewarnt.

Sollen sich die Landesgeschäftsführer nicht mit beratender Stimme begnügen? Wenn die Landesgeschäftsführer Stimme haben, dann haben die Landesvorsitzenden praktisch zwei Stimmen. Ich möchte eine Aufteilung vornehmen, daß sich der

40 CDU-Parteitag 1952.

Parteiausschuß zusammensetzt aus Mitgliedern mit beschließender und aus solchen mit beratender Stimme. Beratende Stimmen sollen haben: die Mitglieder des Bundesvorstandes, die Vorsitzenden der Fachausschüsse und die Landesgeschäftsführer. Und beschließende Stimme sollen haben: die Delegierten der Landesverbände und die Vorsitzenden der CDU-Fraktion der Länderparlamente.

Tillmanns: Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß Sie den Vorschlag von Herrn Wackerzapp gehört haben. Darf ich diesen Vorschlag als Antrag auffassen? (*Johnen:* Es liegt etwas Wahres darin, was Herr Wackerzapp gesagt hat!) Diese Regelung weicht nur gering von der bisherigen ab. Bisher war es so: Der Bundesparteiausschuß wurde nicht aufgefaßt im Sinne der Gewaltenteilung wie das Parlament gegenüber der Regierung, sondern als ein erweitertes Gremium, in dem Delegierte und der Vorstand zu gemeinsamen Beratungen zusammentreten. Der Ausgang, Herr Wackerzapp, den Sie aus dem Staatsrecht herleiten, ist meiner Ansicht nach bei der ersten Sitzung nicht zugrunde gelegt worden, sondern wir haben es anders aufgefaßt und gemeint, hier soll ein Gremium gebildet werden, in dem demokratisch bestellte Vertreter zusammen mit den Mitgliedern des Vorstandes und der Fraktion gemeinsam beraten. Das war der Gedanke über den Parteiausschuß. Wenn wir nun diesen Grundgedanken umstoßen wollen, dann müssen wir darüber beraten.

Johnen: Wir können die Gewaltenteilung nicht so durchführen wie beim Parlament und der Bundesregierung. Neu ist aber der Vorschlag wegen der beschließenden Stimme der Landesgeschäftsführer. Das wird eine Diskussion hervorrufen.

Zimmer: Diese Frage ist lange diskutiert worden. Ich bin aufgrund der Erfahrungen in den letzten zehn Jahren der Meinung, daß wir als CDU unseren Landesgeschäftsführern diesen Platz einräumen sollten. Unsere Landesgeschäftsführer sehen in dieser Aufgabe auch eine Ehrenaufgabe. Auch wenn sie angestellt sind und Gehalt bekommen, sollten wir ihnen diesen Platz unbedingt einräumen. Wir haben in unseren Landesgeschäftsführern durchweg sehr starke politische Kräfte. Wir sollten dem also Rechnung tragen.

Wehking: In der Landespartei Westfalen hatten die Kreisgeschäftsführer beratende Stimme. Der Landesvorstand hat einstimmig den Beschluß gefaßt, ihnen Stimmrecht zu geben, aber die große Delegiertentagung hat in geheimer Wahl das abgelehnt.

Majonica: Es war so: Die Mehrheit war der Meinung, die Kreisgeschäftsführer sollten das Stimmrecht haben, aber es wurde nicht die Zweidrittelmehrheit erreicht, um eine Änderung in der Satzung herbeizuführen.

Wuermeling: Ich teile die grundsätzlichen Bedenken gegen das Stimmrecht der angestellten Landesgeschäftsführer, aber ich teile auch die vorgetragenen Gesichtspunkte, daß man die Landesgeschäftsführer, die es ohnehin nicht leicht haben, nicht so behandeln sollte, daß sie als Quantité négligeable am Rande stehen. Beide Gesichtspunkte haben etwas für sich. Und wenn wir etwa 15 Landesgeschäftsführer unter rund 100 Stimmen insgesamt haben, dann kann man das nicht als eine wesentliche Beeinträchtigung des demokratischen Prinzips betrachten.

So sehr ich immer dagegen bin, daß die Parteibürokratie eine maßgebende

Funktion in der Partei hat, möchte ich mich doch im Endergebnis für das Stimmrecht einsetzen, um die Stellung der Landesgeschäftsführer zu heben.

Von Hassel: In Schleswig-Holstein haben wir nur 13 oder 14 Vorstandsmitglieder, aber 17 Kreisgeschäftsführer. Wenn wir ihnen also das Stimmrecht gäben, könnte eine starke Verschiebung in Richtung unserer hauptamtlichen Mitarbeiter eintreten, so daß ich da Bedenken hätte. Wenn wir aber als Bundespartei darangehen, bin ich der Meinung wie Herr Zimmer, wir disqualifizieren sie, wenn wir ihnen kein Stimmrecht geben. Ich bin auch der Meinung von Herrn Wuermeling, man sollte ihnen das Recht einer wirklichen Mitarbeit zugestehen.

Tillmanns: Die meisten Landesverbände haben ihre Landesgeschäftsführer als Delegierte benannt. Insofern ist hier praktisch kein Unterschied vorhanden.

Fay: Bei uns in Hessen ist der Landesgeschäftsführer stimmberechtigtes Mitglied des Landesvorstandes kraft Satzung. (*Zuruf:* Der Bundesgeschäftsführer auch!) Ich bin dafür, ihnen das Stimmrecht zu geben.

Wackerzapp: Es ist aber so, daß die 17 Landesgeschäftsführer mehrere kleine Länder einfach überstimmen können.

Fay: Ein Landesgeschäftsführer wird durch Beschluß des Landesvorstandes bestellt. Wenn der Landesvorstand ein gewähltes Gremium ist, dann haben wir durch diesen Beschluß einen gewissen Bezug auf eine demokratische Geburt des Landesgeschäftsführers, so daß Sie Ihr Gewissen beruhigen können.

Johnen: Es wirkt sich aus auf die Kreisgeschäftsführer. Mein Vorstand hat erhebliche Bedenken gegen diese Bestimmung. Das hat mit Personen nichts zu tun. Jedenfalls haben wir erhebliche Bedenken.

Wuermeling: Voraussetzung scheint mir zu sein, daß die Landesgeschäftsführer aber frei in ihrer Stimmabgabe und nicht den Weisungen des Landesvorstandes unterworfen sind. (*Majonica:* Vielleicht wäre es besser umgekehrt!)

Tillmanns: Die Landesgeschäftsführer können die Stimme der Landesvorsitzenden ausschalten.

Altmeier: In der Praxis ist das unmöglich. Man kann den Landesvorsitzenden nicht ausschalten!

Gradt: Ich glaube nicht, daß wir die Sache richtig ansehen, wenn wir sie zu einer Prestigefrage der Landesgeschäftsführer machen. Mein Bedenken ist, daß der Landesgeschäftsführer, wenn er Stimmrecht hat, in strittigen Fragen Partei nimmt. Man muß ihm als Persönlichkeit überlassen, wie er stimmt. (*Zuruf:* Das ist doch klar!) Er kommt also unter Umständen in die Situation, gegen einen Teil seiner eigenen Delegierten und seinen Landesvorsitzenden zu stimmen. Und ob das die richtige Situation ist, in die man den Landesgeschäftsführer bringt, (*Altmeier:* Nein!) weiß ich nicht.

Tillmanns: Wenn man der Meinung ist, daß so etwas nicht passieren darf, dann müßte man die Landesgeschäftsführer streichen. Aber es sprechen auch Gesichtspunkte dafür, sie hineinzunehmen. Wir müssen uns also entscheiden. Ich würde mich als Landesvorsitzender keineswegs beschränkt fühlen, wenn ein Landesgeschäftsführer

eine andere Stimme als ich abgäbe. (*Altmeier*: Ich auch nicht, aber es ist doch schlecht! – *Zuruf*: Wieso denn?)

Ich darf also abstimmen lassen. Wer dem Antrag Wackerzapp, die Landesgeschäftsführer als stimmberechtigte Mitglieder zu streichen, zustimmen will, den bitte ich, die Hand zu erheben! – Die Gegenprobe! – Das ist die Mehrheit. – Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum § 7.

Heck: § 7: „Aufgaben des Bundesausschusses:

- a) Der Bundesausschuß ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen der Bundespartei, soweit sie nicht dem Bundesparteitag vorbehalten sind.
- b) Er wählt drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder, den Bundesschatzmeister und zehn weitere Mitglieder auf zwei Jahre.
- c) Fällt einer der drei Vorsitzenden während der Wahldauer aus, dann kann der Bundesausschuß eine interimistische Berufung vornehmen, die bis zum nächsten Bundesparteitag gültig ist.
- d) Er wählt eine Wahlkommission, die in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gemäß den von ihm festzulegenden Richtlinien an der Aufstellung der Bundestagskandidaten mitwirkt.“

Wackerzapp: Ich möchte meinen Vorschlag wegen der Wahlkommission nicht aufrechterhalten wegen des Bundestagswahlgesetzes. Ich darf aber auf folgendes hinweisen: Das Etatrecht ist eines der wichtigsten Rechte. Wie ist es bei der CDU? Den Etat setzt der Bundesschatzmeister mit dem Vorstand fest. Weder der Parteitag noch der Parteausschuß hat etwas dazu zu sagen. Es gibt keine Rechnungslegung und keine Entlastung. Darüber müssen Bestimmungen getroffen werden. Es ist ein Grundelement jeder sauberen Verwaltung, daß sie Rechenschaft ablegen muß. Das ist zwar unbequem, aber zur Rückendeckung ist es notwendig, daß die Geschäftsgebarung vom zuständigen Gremium eine Entlastung erfährt. Darüber ist nichts gesagt. Hier herrscht also ein Vakuum.

Majonica: Ich habe die größten Bedenken. Jeder weiß, wie prekär die finanzpolitische Situation in unserer Partei ist. Wenn das ausgebreitet wird, werden wir Schlagzeilen in der Presse finden. Ich schlage vor, es beim bisherigen Zustand zu belassen.

Bach: Sie können sich vorstellen, daß ich in meinem eigenen Interesse jedes Jahr die Kasse von einem Wirtschaftsprüfer genau überprüfen lasse. Das kostet jedes Jahr DM 6.000,-. Wenn man die nicht bewilligte, würde ich das Amt als Bundesschatzmeister ablehnen. Ich muß jedes Jahr gesichert sein. (*Johann*: Den nächsten Wirtschaftsprüfer bestimme ich!) Die Herren Lenz und Tillmanns vom Vorstand haben Herrn Elmendorff⁴¹ von Düsseldorf – ich kann den Namen ruhig

41 In der Vorlage: Elmersdorf. – Dr. Wilhelm Elmendorff (1903–1989), Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Vgl. auch PROTOKOLLE 1 S. 470. – Lenz war nicht mehr Mitglied des Vorstands.

nennen – vorgeschlagen. Den Herrn habe ich bis dahin nicht gekannt. Ich bin mit jedem einverstanden, nur verlange ich, daß die Kasse genau geprüft wird.

Einen Etat aufstellen können Sie nur dann, wenn Sie eine echte Einnahme haben. Bis jetzt haben wir keine Einnahmen aus Parteibeiträgen. Deswegen habe ich den Antrag gestellt, in der nächsten Sitzung des Bundesparteiausschusses zu beschließen, daß DM 0,10 pro Mitglied an die Bundeskasse gezahlt werden. Die einzige echte Einnahme haben wir aus dem „Wirtschaftsbild“. Die Gesamteinnahmen des Bundes betragen DM 50.000,-. Alles andere sind irgendwelche Spenden. Das ist aber so unsicher, daß ich beim besten Willen nicht in der Lage war, einen Etat aufzustellen. Wenn Sie mir die Gewähr geben für die Einnahmeseite, bin ich gern bereit, die Ausgabenseite abzustellen. Wir wollen in diesem Jahr im geschäftsführenden Vorstand einen Etat aufstellen. Ich bin aber mit Herrn Majonica der Meinung, daß wir es uns im Augenblick nicht leisten können, in einem Gremium wie dem Parteiausschuß diese Dinge detailliert vorzutragen. Das ist eine Uraufgabe des Parteivorstandes. Sonst besteht die Gefahr, daß die CDU Schaden leidet.

Tillmanns: Die angeschnittenen Fragen werden durch den § 14 geregelt. Wird zum § 7 noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum § 8.

Heck: § 8: „Der Bundesausschuß wird durch den Bundesvorstand einberufen.

Auf Antrag von drei Landesverbänden oder 25 Mitgliedern des Bundesausschusses muß er einberufen werden.

In der Regel soll alle drei Monate eine Sitzung des Bundesausschusses stattfinden.“

Tillmanns: Keine Wortmeldungen!

Heck: § 9: „Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

- a) dem Vorsitzenden,
- b) zwei stellvertretenden Vorsitzenden,
- c) drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern,
- d) dem Bundesschatzmeister,
- e) dem Bundesgeschäftsführer,
- f) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion,
- g) den Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen,
- h) den Vorsitzenden der Vereinigungen der CDU,
- i) zehn weiteren Mitgliedern.

Die CDU-Regierungschefs nehmen an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil.

Die unter a) bis f) aufgeführten Vorstandsmitglieder bilden den geschäftsführenden Vorstand.

Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion und die Vorsitzenden der Landesverbände sind berechtigt, sich stimmberechtigt vertreten zu lassen.“

Zimmer: Bisher hatten wir keinen geschäftsführenden Vorstand, wenigstens nicht nach dem Statut. Hier wird vorgeschlagen, einen geschäftsführenden Vorstand aus neun Persönlichkeiten zu bilden. Von diesen neun Persönlichkeiten gehören nach dem jetzigen Stand fünf dem Kabinett an, sieben sind Mitglieder der Bundestagsfraktion,

darunter der Fraktionsvorsitzende. Man kann also praktisch sagen, der Kopf der Partei ist identisch mit dem Kopf der Fraktion und mit dem Kabinett.

Es erhebt sich die Frage, hat die Partei noch eine autonome Parteiführung, oder ist die Parteiführung identisch mit der Führung des Kabinetts plus Bundestagsfraktionsvorstand? Ich weiß sehr wohl, welche praktischen Notwendigkeiten die bisherige Entwicklung begünstigt haben, nämlich die Ortsanwesenheit, schnelle Greifbarkeit usw. Das ist um so bedeutsamer, wenn Sie sich die ausdrückliche Zuständigkeitsabgrenzung des § 10 ansehen: Die laufenden Arbeiten erledigt der geschäftsführende Vorstand.

Nun kann man die laufenden Arbeiten sehr weit ziehen. Danach können politische Situationen den Anlaß geben, um Erklärungen abzugeben usw. Vielleicht wird über diese Bestimmung eine neue Überlegung angestellt. Ich glaube nicht, daß wir hier auf dem richtigen Wege sind. Ich habe vor zwei Jahren mit dem Bundeskanzler darüber gesprochen. Er hat mir seine Auffassung gesagt. Bei aller Würdigung der praktischen Schwierigkeiten in Bonn möchte ich zu bedenken geben, wohin das führt. Die Partei wächst von unten nach oben aus den Landesverbänden. Die Partei selbst muß in ihren Entschlüssen grundsätzlich frei sein. Sie ist es in ihren Beschlüssen, weil sie die Mehrheit hat. Aber Sie wissen selbst, was das für die Praxis bedeutet.

Ich habe gelesen, daß unser Freund Krone irgendwo eine Rede gehalten und hierbei zu dem Problem „Parteispitze und Bundeskanzleramt“ gesprochen hat. (Zuruf: In Kiel!) Er hat dazu grundsätzliche Ausführungen gemacht.⁴² Ich will nicht sagen, wie ich mich dazu stelle. Jedenfalls taucht ein solches Problem von Zeit zu Zeit sowieso auf. Nun denkt natürlich niemand daran, etwa hier eine Änderung eintreten zu lassen; aber überlegen Sie sich, was das bedeutet.

Tillmanns: Ich bin der Auffassung, daß dies ausschließlich beim Bundesausschuß bzw. beim Parteitag liegt, der die Betreffenden – den Vorsitzenden, die drei stellvertretenden Vorsitzenden und die drei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes – wählt. Der Bundesausschuß ist völlig frei in der Wahl der drei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes. Wenn er die von Ihnen geltend gemachten Gesichtspunkte für seine Wahl gelten lassen will, ist es seine Sache, entsprechend zu wählen. Das gleiche gilt für den Parteitag. Wenn der Parteitag, der den Vorsitzenden und die Stellvertreter wählt, die von Ihnen angeführten Gesichtspunkte für richtig hält, ist es seine Sache, sich dazu zu bekennen.

Ich bin der Auffassung, daß man das nicht ändern sollte, sondern daß man als Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes möglichst Freunde nehmen sollte, die nicht durch ein Ministeramt – ich war damals noch kein Minister – in Anspruch genommen sind. Aber das liegt ausschließlich bei den Wahlkörperschaften.

42 Krone beendete am 2. November 1955 eine Rundreise durch Schleswig-Holstein (UiD vom 9. November 1955). Er hatte dabei auch Stellung zur Nachfolge- bzw. Vertretungsdiskussion genommen, die aufgrund der Erkrankung Adenauers entbrannt war („Die Welt“ vom 4. November 1955; zuletzt dazu KOERFER S. 73ff.).

Zimmer: Formal haben Sie recht, aber im Zusammenhang mit der neuen Bestimmung gewinnt die Sache ein anderes Bild, wie wir es bisher hatten. (*Tillmanns*: Ich habe nicht formal, sondern tatsächlich recht!) Wenn Sie es so auffassen, dann werden Sie erleben, daß im Zusammenhang mit dem § 10 noch viel Opposition entstehen wird. Das sage ich Ihnen. Ich bin gegen eine solche Kumulation der Ämter.

Tillmanns: Wir können doch nicht in die Satzung hineinschreiben, daß die Leute nicht gewählt werden dürfen! (*Zimmer*: Bisher hat es diese Leute mit einer solchen Zuständigkeit nicht gegeben!) Bisher hat sich in der Praxis einfach als sachlich richtig ergeben, daß an den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes der Vorsitzende der Fraktion teilnahm. Wir haben von uns auch immer gewünscht, zusammen mit den Vorsitzenden zu tagen, und zwar aus praktischen Erwägungen. Nun ist der Gedanke aufgetaucht – was praktisch längst der Fall ist –, diesen Kreis von neun Persönlichkeiten als geschäftsführenden Vorstand zu deklarieren. Etwas anderes geschieht doch nicht! Ich kann also nicht einsehen, daß hier eine Änderung des bisherigen Zustandes eintritt.

Wuermeling: Ich habe das Gefühl, daß die neue Regelung Ihrem Grundsatz mehr Rechnung trägt als die alte. Es wird alles auf eine breitere Ebene verlagert; denn es sind nicht mehr drei Leute, sondern neun. Im übrigen ist die Frage der Auswahl der Personen Sache des zuständigen Gremiums.

Majonica: Ich muß weg, weil ich heute abend noch eine Rede halten soll aus Anlaß unserer Zehnjahresfeier.⁴³ Ich habe noch eine Bitte, und zwar die, es beim § 13 bei der alten Fassung zu belassen. In der neuen Fassung heißt es „Junge Generation“. Ich bin der Meinung, daß es „Junge Union“ heißen muß. Sonst könnte jemand, der außerhalb der Jungen Union steht, in die Organe gewählt werden.

Von Hassel: Die neue Fassung ist präziser. Die Junge Union erstreckt sich bis zum Alter von 58, 59 Jahren! Man könnte sonst sagen: Und die junge Generation in der Jungen Union! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Das wäre vielleicht genau!

Heck: Es gibt neben der Jungen Union noch den RCDS. Es gibt viele Mitglieder, die im RCDS sind; es gibt auch viele Parteimitglieder, die zur jüngeren Generation gehören, aber nicht in der Jungen Union sind.

Ich darf darauf hinweisen, daß wir so langsam in allen Landesverbänden durchgesetzt haben, als obere Grenze für die aktive Mitarbeit ein Alter von 35 Jahren festzulegen. (*Johnen*: Und Sie? – *Majonica*: Ich bin 37, ich bin bei der letzten Sitzung abgesägt worden!) Aus verfassungsrechtlichen Bestimmungen der deutschen Universitäten dürfen Gruppen der Jungen Union nicht bestehen. Es ist so, daß wir de facto die Mitglieder des RCDS als Mitglieder der Jungen Union anerkennen. (*Fay*: Das stimmt nicht!) In den meisten Landesverbänden wird Wert darauf gelegt, im Landesvorstand der Jungen Union auch einen offiziellen Vertreter des RCDS zu haben. Wir legen Wert darauf, daß die enge Verzahnung aufrechterhalten bleibt. Wir sind

⁴³ Majonica war Wahlkreisabgeordneter von Soest, sein Vater Vorsitzender des dortigen CDU-Kreisverbands.

selbstverständlich der Meinung, daß im § 13, wo von der Jungen Union gesprochen wird, auch die Mitglieder des RCDS einbegriffen sind.

Tillmanns: Das ist also klar. Wir können über die Sache abstimmen. Ich bitte diejenigen, die dem Änderungsvorschlag von Herrn Majonica zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen! – Der Antrag ist abgelehnt. (*Majonica*: Ich muß das mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen!)

Wackerzapp: Ich komme zum § 9 zurück. Ich möchte vorschlagen, wie folgt zu sagen:

- „a) dem Vorsitzenden der Bundespartei,
- b) dessen beiden Stellvertretern.“

Sonst könnte man der Meinung sein, daß der Vorsitzende eine besondere Stellung hat. Gemeint ist doch, daß der Bundesvorsitzende der Partei geborenes Mitglied ist! (*Zuruf*: Nein!)

Tillmanns: Es heißt im § 5: „Aufgaben des Bundesparteitag.“

- a) Der Bundesparteitag wählt den Bundesvorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende ...“

Demnach sollten wir hier formulieren:

- „a) dem Bundesvorsitzenden und
- b) den beiden Stellvertretern.“

(*Zimmer*: Warum sagen wir Bundesvorsitzender?) Er ist der Bundesvorsitzende der Partei. (*Wuermeling*: Wir haben es für eine Verbesserung gehalten, das Wort „Partei“ nicht immer zu wiederholen.)

Wackerzapp: Unter i) heißt es: „zehn weiteren Mitgliedern.“ Früher waren Stellvertreter dafür bestimmt. Die sind jetzt gestrichen worden. Die anderen Mitglieder können sich vertreten lassen durch einen Vertreter. Wenn aber die zehn ausfallen, tritt kein Vertreter an ihre Stelle. (*Altmeier*: Weil sie gewählt sind!)

Tillmanns: Seit Hamburg ist eine andere Situation entstanden. Die Landesvorstände sind durch zwei Persönlichkeiten vertreten.

Wackerzapp: Warum sind die zehn überhaupt gewählt worden? Sie sind doch gewählt worden aus der allgemeinen Versammlung des Bundesausschusses. Sie sollen sozusagen den Bundesgedanken gegenüber dem Ländergedanken vertreten. (*Altmeier*: Es sind zehn Persönlichkeiten!) Warum sollen die keine Vertreter bekommen, wenn sie verhindert sind? (*Altmeier*: Das ist nicht üblich! – *Fay*: Es sind Persönlichkeiten!)

Tillmanns: Wollen wir es so lassen, wie es hier steht? (*Zuruf*: Es soll so bleiben!)

Wackerzapp: Es heißt: „Die CDU-Regierungschefs nehmen an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil.“ Es wird aber nicht gesagt, daß auch die Bundesminister teilnehmen.

Tillmanns: Es ist beabsichtigt, sie nicht teilnehmen zu lassen. (*Wackerzapp*: Ist das bewußt?) Ja, damit der Vorstand nicht zu groß wird. (*Gradl*: Wegen der Gewaltenteilung! – *Heiterkeit*. – *Wackerzapp*: Dann müßte eine Verstärkung des Bundes eintreten! – *Zuruf*: Aber nicht der Regierung!)

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum § 10.

Heck: § 10: „Der Bundesvorstand leitet die Bundespartei gemäß den Beschlüssen des Bundesparteitages und des Bundesausschusses. Die laufenden Arbeiten erledigt der geschäftsführende Vorstand.

Der Bundesvorstand wählt den Bundesgeschäftsführer. Der Bundesgeschäftsführer leitet die Bundesgeschäftsstelle und ist dem Bundesvorstand verantwortlich.“

Altmeier: § 10 hängt mit dem § 9 zusammen. Ich muß mir vorbehalten, in der nächsten Sitzung noch etwas dazu zu sagen.

Heck: § 11: „Der Bundesvorstand kann zu seiner Unterstützung und Beratung Fachausschüsse bilden.

Das Nähere regelt die vom Bundesvorstand zu erlassende Geschäftsordnung.“

Wackerzapp: Werden dem Bundespartei Vorstand nicht zuviel Gewalten in die Hand gegeben? Das bedeutet praktisch die Ausschaltung der Landesverbände. Er ist souverän.

Tillmanns: Nein, er ist nicht souverän. Es wird hinzugefügt: Das Nähere regelt die vom Bundesvorstand zu erlassende Geschäftsordnung. Es ist eine grundsätzliche Diskussion darüber geführt worden; denn es hat sich bisher in der Praxis nicht bewährt, die Ausschüsse der Partei nur durch Delegierte der Landesverbände zusammenzusetzen. Es ist nicht gelungen, die besten Sachverständigen zu gewinnen. Es ist daran gedacht, eine Aufteilung auf die Landesverbände vorzunehmen, aber auch die Möglichkeit zu schaffen, Sachverständige hinzuzuziehen. Wir wollten das nicht in extenso in die Satzung hineinschreiben.

Wackerzapp: Die Fachausschüsse sind zur Unterstützung des Vorstandes gebildet worden. Es geht durch die Presse eine Verlautbarung, daß die Sozialausschüsse eine Stellungnahme zur Frage der Gewerkschaften gegeben haben.

Tillmanns: Was Sie meinen, ist eine Bildung von Freunden, die außerhalb der CDU stehen.

Wir kommen zu den nächsten Paragraphen.

Heck: § 12: „Die Organisation, die Rechte und Pflichten der Vereinigungen innerhalb der CDU (Junge Union, KPV und Sozialausschüsse) werden durch den Bundesausschuß geregelt.

§ 13: In allen Organen der Partei sollen Frauen und die junge Generation angemessen vertreten sein.

§ 14: Die Ausgaben der Bundespartei werden durch ordentliche und außerordentliche Beiträge gedeckt.

Das Nähere regelt eine Finanzierungsordnung, die der Bundesausschuß beschließt.

Der Etat wird vom Bundesschatzmeister und Bundesgeschäftsführer aufgestellt und vom Bundesvorstand beschlossen.“

Wackerzapp: Es handelt sich um die schwierige Frage der Finanzgebarung. Ich verstehe die Gründe, die zu einer Zurückhaltung zwingen. Auf der anderen Seite hat Herr Bach erklärt, daß er persönlich alles daransetzt, um den Erfordernissen gerecht zu werden, die an eine ordnungsmäßige Rechnung gestellt werden. Das ist aber in der Satzung nicht verankert. Das ist nur aufgrund des Gewissens des

Bundesschatzmeisters von sich aus in Ordnung gebracht worden. Es ist die Frage, ob nicht irgendwie eine offizielle Entlastung stattfinden muß. Bei jedem Verein oder Unternehmen wird der Kassenprüfer von einem zuständigen Gremium entlastet.

Heck: Die Statutenkommission war der Auffassung, daß eine Diskussion über diesen Komplex vor dem Parteitag unter allen Umständen vermieden werden sollte. Deswegen die Bestimmung: „Das Nähere regelt eine Finanzierungsordnung.“ Es war die Vorstellung der Statutenkommission, daß in dieser Finanzierungsordnung eine Finanzkommission verankert wird, deren Aufgabe es sein soll, die Prüfung durchzuführen und dem Vorstand die Entlastung vorzuschlagen. Ich glaube, praktisch ist ein anderer Weg kaum gangbar.

Tillmanns: Können wir den Paragraphen verabschieden? (*Zimmer:* Das ging ein bißchen schnell! Haben Sie die Zustimmung der Sozialausschüsse zum § 12?)

Kaiser: Ja! (*Altmeier:* Es ist das Gegenteil von dem, was die Sozialausschüsse bei uns bei manchen Gelegenheiten sagen!) Man kann es so oder so regeln. (*Altmeier:* Es ist aber so!)

Heck: § 15: „Bei grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen einem Landesverband und den Organen der Bundespartei oder zwischen Landesverbänden ergeben, entscheidet ein Schlichtungsausschuß, der durch den Bundesvorstand gebildet wird.“

Johnen: Es müßte festgestellt werden, daß dieser Schlichtungsausschuß nicht für jeden Fall besonders bestimmt wird.

Tillmanns: Wir sind davon ausgegangen, daß der Bundesvorstand ein föderalistisches Gebilde ist, in dem alle Landesvorsitzenden sind. Wer soll den Schlichtungsausschuß sonst bestimmen?

Heck: Das Bedenken von Herrn Johnen geht aus dem letzten Satz hervor, ob nämlich der Bundesvorstand ad hoc einen Schlichtungsausschuß einsetzen kann, der entscheiden kann, wie er will.

Johnen: Es muß ein Ausschuß generell sein!

Zimmer: Der § 15 ist in einem Zeitpunkt zustande gekommen, als mit einem Zusammenschluß der CDU und CSU gerechnet werden konnte. Es ist aber nicht dazu gekommen. Das war die stärkste Konzession, die wir an den Föderalismus gemacht haben. Man könnte die Sache heute etwas fortschrittlicher gestalten.

Wehking: Weshalb muß denn dieser Schlichtungsausschuß gebildet werden? Warum kann der Bundesvorstand das nicht tun? Schließlich wird der Schlichtungsausschuß doch vom Bundesvorstand eingesetzt.

Tillmanns: Es könnte ein Fall eintreten, wo er Partei ist.

Fay: Dieser Ausschuß soll schlichten. Haben Sie schon einmal erlebt, daß 45 Leute etwas schlichten?

Strickrodt: Es ist richtig, was Herr Johnen gesagt hat. Der Ausschuß muß vorher festgelegt werden.

Heck: § 16: „Es wird ein Bundesehrengericht gebildet. Die Zusammensetzung und Zuständigkeit regelt eine Ehrengerichtsordnung, die der Bundesausschuß erläßt.“

Tillmanns: Keine Wortmeldungen!

Heck: § 17: „Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands bildet mit der Christlich-Sozialen Union Bayerns eine Arbeitsgemeinschaft.“

Wackerzapp: Es besteht gewissermaßen ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen der CDU und der CSU. Der Inhalt dieses Vertrages ist mir nicht bekannt. Ich weiß nicht, ob er auf Zeit eingestellt ist und ob eine Kündigung vorgesehen ist. Das ist eine Eigentümlichkeit. Ein Verband, der mit uns zusammengeschlossen ist, kann nicht aus dem Zusammenschluß herausgehen. Das wäre möglich durch eine Satzungsänderung. Wie ist das mit der Arbeitsgemeinschaft?

Fay: Das haben Sie nicht ganz richtig verstanden! Hier ist die satzungsgemäße Anweisung an die CDU, eine solche Arbeitsgemeinschaft mit der CSU zu bilden. Der Vollzug erfolgt außerhalb der Satzung. Der Inhalt der Arbeitsgemeinschaft, die vertragliche Regelung, hat mit dieser Satzung nichts zu tun. Wir sind nach der Satzung lediglich gehalten, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Tun wir es nicht, dann kommt sie nicht zustande. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Vertrag der Arbeitsgemeinschaft. (*Wackerzapp*: Wer schließt den Vertrag ab?) Die Partei.

Tillmanns: Hier ist eine politische Deklaration. Sie heißt: Die CDU und die CSU stehen in einer gemeinsamen Arbeit. Es ist möglich, das eines Tages auch näher zu umreißen. Aber das ist nicht erforderlich. Bisher deckt sich die Arbeitsgemeinschaft darin, daß wir uns gegenseitig einladen zu Vorstands- und Parteitagssitzungen. Wir bilden im Deutschen Bundestag eine gemeinsame Fraktion. Das ist juristisch nicht festgelegt, sondern es ist der Ausdruck einer politischen Gemeinsamkeit, die uns verbindet. Nur das soll hier in diesem Paragraphen gesagt werden. Ich glaube, das entzieht sich einer näheren rechtlichen Analyse.

Zimmer: Ich stimme den letzten Ausführungen zu, möchte aber anregen, daß in Zukunft die Konsequenzen nicht nur einseitig gezogen werden. Wir haben nur erlebt, daß die Freunde aus Bayern hier waren. (*Tillmanns*: Nein, es war auch umgekehrt!) Davon haben wir nie etwas erfahren! Wir haben nie etwas über die laufenden Vorgänge bei der CSU gehört.

Tillmanns: Auf dem letzten Parteitag der CSU in München wäre der Herr Bundeskanzler erschienen, wenn er nicht krank geworden wäre.

Zimmer: Nimmt denn jemand regelmäßig teil an den Vorstandssitzungen der CSU in München? (*Wuermeling*: Bisher nicht!)

Tillmanns: Es ist die Frage, ob wir das tun wollen. Herr Heck teilt mir mit, daß er schon verschiedene Male zu den Vorstandssitzungen eingeladen worden ist. Auch bei gewissen bayerischen Reservaten halte ich das immerhin in der deutschen politischen Geschichte für eine wichtige Tatsache!

Heck: § 18: „Die Satzungen der Organisationen in der CDU Deutschlands dürfen den Bestimmungen dieser Satzung nicht widersprechen.“

Tillmanns: Keine Wortmeldungen! Damit können wir die Angelegenheit für heute beenden.

Wir kommen zum Punkt 5 der Tagesordnung.

GEWERKSCHAFTSFRAGEN

Tillmanns: Vielleicht macht Herr Kollege Kaiser dazu einige Ausführungen.

Kaiser: Soll das überhaupt geschehen? (*Zurufe:* Ja!) Meine Freunde! Mit einem Drei-Minuten-Bericht ist das nicht getan. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat erkannt, daß mit Zugeständnissen nicht mehr gerechnet werden kann. Nach einem Gespräch, das der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, und ich mit Freitag hatten, habe ich einen Brief vom 4. November bekommen, der Ihnen in Abschrift vorliegt.⁴⁴ Darin wird gebeten, sieben Kolleginnen und Kollegen namhaft zu machen, um mit einem entsprechenden Organ des DGB strittige Fragen zu besprechen. Das geschieht. Ich bin im Augenblick dabei, diese Leute aus den Sozialausschüssen, dieser größten Gruppe der christlichen Arbeitnehmerschaft, und aus den übrigen in Betracht kommenden Organisationen, auch aus der KAB, zusammenzustellen. Ich habe mit dem Vorsitzenden der KAB, mit Gockeln⁴⁵, mich in Verbindung gesetzt, und ich hoffe, daß aus der KAB eine Vertretung mit dabeisein wird. Das Weitere bleibt abzuwarten.

Was nun an Gründen über die Unzufriedenheit mit dem DGB vorgetragen wird, ist richtig. Ich empfinde es genauso, ja vielleicht noch stärker als mancher andere, aus der Geschichte heraus und aus der Verpflichtung, die die Christlichen Gewerkschaften früher hatten. Ich will darüber keine Worte verlieren. Aber dieser Schritt, der jetzt vollzogen worden ist, ist in sachlicher und in zeitlicher Beziehung unsagbar zu bedauern.⁴⁶

Wir werden keinen Kampf gegen unsere Freunde führen, sondern wir werden – das hat schon die Zusammenkunft der Sozialausschüsse unter Beweis gestellt – in ritterlicher Weise uns austauschen und, wie ich hoffe, auch zusammenzufinden wissen. Das Zeitliche macht mir dabei beinahe noch größere Sorgen als das Sachliche, und zwar mit Rücksicht auf das, was sich jetzt in Genf tut. Nach alledem wird deutlich, daß die Sache des Weltkommunismus uns immer näher auf den Leib rückt. Auch durch die Tatsache, daß demnächst der Botschafter der Sowjetunion nach Bonn kommt⁴⁷, beginnt eine neue Phase der Politik um die Freiheit unseres Landes in dieser

44 Brief von Freitag an Kaiser sowie „Stellungnahme des Hauptvorstands der Sozialausschüsse der CDU zur gewerkschaftlichen Situation“ vom 5. November 1955 in „Soziale Ordnung“ 11/12 (1955) S. 6.

45 Josef Gockeln (1900–1958), 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1947–1958 Landtagspräsident. – Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 159 Anm. 5.

46 Bernhard Winkelheide (vgl. Anm. 58) hatte am 17. Oktober 1955 auf einer Pressekonferenz in Essen die Gründung eines Ausschusses zur Gründung einer Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands (FAZ vom 18. Oktober 1955) bekanntgegeben. Am 30. Oktober erfolgte die Gründung (UiD vom 4. November 1955).

47 Das Agreement für Valerian A. Sorin wurde am 24. November 1955 übermittelt (AdG 1955 S. 5487). Sorin traf am 20. Dezember in Bonn ein (S. 5535).

weltweiten Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Ich bin der Auffassung, daß wir in dieser Phase nur dann mit Erfolg bestehen werden, wenn unser Volk zusammenhält. Die russische Propaganda wird sich nicht nur auf die intellektuellen Kreise stürzen, wie sie das bisher schon mit Erfolg getan hat, sondern sie wird vor allem auch bei der Arbeiterschaft zu bohren versuchen.

Mit dem Blick darauf bedaure ich es außerordentlich, daß es zu diesem störenden Vorgang innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gekommen ist. Ich habe auf unsere Freunde eingeredet, wie man nur auf Freunde einreden kann. Ich habe es sogar in einer etwas dramatischen Form getan, auch auf der letzten Tagung in Herne.⁴⁸ Aber die Entscheidungen waren wohl schon getroffen. Sie haben, ohne daß sie sich der letzten Einzelheiten und Konsequenzen bewußt waren, ihre Dispositionen getroffen. Noch niemals waren Christliche Gewerkschaften in diesem Land ein Selbstzweck!

Die Christlichen Gewerkschaften sind in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in diesem Lande gegründet worden, weil es nach der damaligen Haltung der sozialdemokratischen Arbeitnehmerschaft in den Gewerkschaften der gläubig gebliebenen Arbeitnehmerschaft, den Katholiken und den Protestanten, nicht möglich war, mit ihnen in einer Gemeinschaft zusammenzubleiben; denn sie standen unter dem Gesetz der marxistischen Doktrin.⁴⁹ Aber schon bei der Gründung und auf dem ersten Kongreß der Christlichen Gewerkschaften in Mainz im Jahre 1899 ist klar und deutlich zum Ausdruck gekommen: Die Einheit ist das höhere Ziel für die gewerkschaftliche Organisation. Wir haben Gründe, warum wir nicht mit ihnen zusammenarbeiten können, aber wenn sich drüben eine Wandlung vollzieht, dann werden wir wieder die Einheit herbeizuführen versuchen.

Nun könnte man darüber eine Stunde lang reden, wie der geschichtliche Ablauf der Bewegung gewesen ist. Es war in der Tat eine Kampfesperiode sondergleichen. Es war kein Kinderspiel, diese Auseinandersetzung, die die christlich gebliebene Arbeiterschaft in diesem Lande mit der sozialdemokratischen Schicht der Gewerkschaften durch zwei Jahrzehnte hindurch zu bestehen hatte. Das ging wirklich hart auf hart. Dann aber hat sich das gebessert. Geist von unserem Geist ist langsam überggesprungen in die andere Bewegung. Es ist besser geworden. Es war vor allem besser geworden in der Weimarer Zeit, in der Männer aus unseren Reihen sich besonders hervortaten. Heinrich Brauns⁵⁰, der acht Jahre lang Arbeitsminister war, war einer der geistlichen Lehrmeister der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Es war zu einer engen Zusammenarbeit gekommen. Stegerwald war nach Brauns Minister geworden. Ende der zwanziger Jahre wurde in beiden Gruppen erwogen, ob es nicht an der Zeit sei, die Einheit wieder herbeizuführen. Es ist nicht dazu gekommen. Wenn einmal Organisationen bestehen, lösen sie sich nicht leicht auf, schon aus menschlichen Gründen, wie wir alle wissen.

48 Vgl. Nr. 9 Anm. 64.

49 Vgl. dazu Michael SCHNEIDER: Die christlichen Gewerkschaften 1894–1933. Bonn 1982.

50 Vgl. Nr. 6 Anm. 109.

Dann kam die Zeit, in der Hitler vor den Toren stand. Da ist von den Christlichen Gewerkschaften der Impuls ausgegangen, um dieser Gefahr durch Hitler zu begegnen, eine Einheit der Gewerkschaften herbeizuführen. In Königswinter, in dem heutigen Adam-Stegerwald-Haus, ist die Konzeption für die zu bildende Einheit der Gewerkschaften niedergeschrieben worden. Theodor Brauer⁵¹, einer unserer Freunde – Sie wissen um den Mann –, war daran federführend beteiligt. Ich bin mit Theodor Brauer nach Berlin gefahren. Ich bedaure, daß Ernst Lemmer nicht im Raum ist. Er war einer der Leute aus der Hirsch-Dunckerschen Gruppe, die diese Magna Charta – so haben wir sie getauft – der Einheitsbewegung der Gewerkschaften unterzeichnet haben.⁵²

Unsere Leute und Repräsentanten der Hirsch-Dunckerschen Organisation haben diese Sache unterschrieben. Wir glaubten, die Sache noch schaffen zu können, aber Hitler war schon stärker geworden als wir. Es kam zur Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisation. Dann kam die Periode von 1933 bis 1945. Keiner der verantwortlichen Männer kam in dieser Periode auf den Gedanken, wenn wir Hitler hinter uns haben, noch einmal zur Spaltung der Gewerkschaftsbewegung zurückzukehren, sondern wir haben mit allem Bedacht und mit aller Sorgsamkeit darauf hingearbeitet.

Der 20. Juli, der einer ganzen Reihe von unseren Persönlichkeiten den Tod gebracht hat, gab eine Störung und einen großen Aufenthalt. Drei Repräsentanten haben insbesondere unablässig gearbeitet, um eine Basis dafür zu finden, wie es nach der Überwindung von Hitler werden sollte. Das waren Wilhelm Leuschner⁵³ von den Freien Gewerkschaften, Max Habermann⁵⁴, einer der besten Männer im DHV, und ich für unsere Gruppe. Wir haben die Sache organisatorisch durchdacht und die Konzeption niedergeschrieben, und zwar bis auf den Tag, an dem wir beginnen konnten. Wilhelm Leuschner und Max Habermann gehören zu den Toten des 20. Juli. Sie kennen die Umstände, die es mir ermöglicht haben, mir den Henker in der Hitlerzeit vom Halse zu halten. Aber durch den 20. Juli ist eine Reihe von Männern, die bei der Neugestaltung mitwirken sollten – insbesondere Heinrich

51 Theodor Brauer (1880–1942), 1907 Assistent im Katholischen Volksverein in Mönchengladbach, 1908 Mitarbeiter in der Zentrale der Christlichen Gewerkschaften in Köln, 1923 Professor für Volkswirtschaft TH Karlsruhe, 1928 Direktor am Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften Köln, 1933 Entlassung, 1937 Professor in St. Paul (Minn.).

52 Vermutlich der Aufruf vom 28. April 1933 – Rekonstruktion in Gerhard BEIER: Zur Entstehung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften April 1933. In: Archiv für Sozialgeschichte 15 (1975) S. 388–392.

53 Wilhelm Leuschner (1890–1944, hingerichtet), 1924–1933 MdL Hessen (SPD), 1926–1928 Bezirkssekretär des ADGB in Hessen, 1928–1932 hessischer Innenminister. Joachim G. LEITHÄUSER: Ein Leben für die Republik. Köln 1962; vgl. auch Wilhelm Leuschner – Auftrag und Verpflichtung. Neu bearbeitete Auflage Kassel 1984.

54 Max Hans Habermann – vgl. Nr. 6 Anm. 110.

Körner⁵⁵, der Vorsitzender der Gewerkschaften werden sollte, und Bernhard Letterhaus⁵⁶ aus dem Arbeiterverein –, ums Leben gekommen.

Die Sache mit dem Dritten Reich klang anders aus, als wir es uns eingebildet hatten. Wir hatten zu einer Widerstandsbewegung aufgerufen und geglaubt, wir würden die Befreiung von Hitler durchführen. Das andere brauche ich nicht zu schildern. Es kam zum totalen Zusammenbruch und zur Auflösung unserer staatlichen Ordnung. Wir waren nicht mehr in Verbindung miteinander. Ich war in Berlin geblieben und habe mich mit Ernst Lemmer sofort an der Bildung der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation wie an der Gründung der Christlich-Demokratischen Union beteiligt. Ich kam erst Anfang 1946 nach hier. Und hier in der britischen Zone war es schwieriger, eine Einheit herzustellen, als bei uns in Berlin. Es war eine Besatzungsmacht da mit klaren Vorstellungen darüber, wie es in Deutschland nach ihrem Sinn werden sollte, während die Engländer und die Amerikaner zunächst eine sehr merkwürdige Haltung eingenommen haben. Es war hier sehr viel schwieriger, einen organisatorischen Aufbau herbeizuführen.

Es ist also nicht so gegangen, wie wir uns das gewünscht hatten. Es ist sehr schwierig gewesen. Es ist vollkommen richtig, daß heute die Unduldsamkeit der sozialdemokratischen Gruppen beklagt werden muß. Es ist durchaus richtig, wenn gesagt wird, sozialdemokratische Kräfte bestimmen im wesentlichen die Organisation und die Haltung der Gewerkschaften. Es sind von unserer Seite Versäumnisse dadurch entstanden, daß die dazu berufenen Männer sich nicht zur Verfügung gestellt haben, wie es erwünscht gewesen wäre. Das belastet uns. Aber nur ein Blinder kann sagen, daß diese Einheitsorganisation für die Weiterentwicklung unseres Volkslebens nicht von Bedeutung sei. Das gilt für die Arbeiterschaft, das gilt für das Verhältnis zum Staat, das gilt auch für die beiden Kirchen.

Ich habe darüber mit dem Kardinal von Köln^{56a}, wiederholt gesprochen, daß es doch für die Kirche ein Anliegen sondergleichen sein muß, diese durch die sozialdemokratische Bewegung der Kirche entfremdeten Kreise wieder zurückzugewinnen. Die evangelische Kirche in Deutschland sieht das genauso. Ich habe immer wieder mit maßgeblichen Persönlichkeiten der evangelischen Kirche gesprochen und gesagt, um Gottes willen, nicht mehr den Zustand wie früher. Es hat sich vieles gebessert; es ist doch anders geworden. Es ist nicht mehr so, wie es in den neunziger Jahren oder kurz nach 1900 gewesen ist, daß der christlich denkende Mann in der Fabrik oder in der Werkstatt von dem sozialdemokratischen Mann bekämpft und abgelehnt wird. Das ist nicht mehr der Fall. Es ist eine Wandlung zu verzeichnen.

55 Heinrich Körner (1892–1945, ermordet), 1920 Kartellsekretär, 1926–1933 Landesgeschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands in Köln, Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags.

56 Bernhard Letterhaus (1894–1944, hingerichtet), ab 1927 Verbandssekretär der KAB Westdeutschlands, 1928–1933 MdPrL (Zentrum). Vgl. Jürgen ARETZ in ZEITGESCHICHTE 2 S. 11–24.

56a Kardinal Frings – vgl. Nr. 19 Anm. 39.

Ich brauche nur an den Vorgang mit Agartz zu erinnern. Es ist nicht so, daß der Mann zur Seite treten muß nur aus persönlichen Gründen, sondern es spielen auch andere Gründe dabei eine Rolle.⁵⁷ Und nun kommt mitten hinein in diesen Prozeß dieser Vorgang, den wir unsagbar bedauern. Auch der Bundeskanzler hat die Kollegen Winkelheide⁵⁸, Even und Voß⁵⁹ wissen lassen, daß es vor allem in dieser Zeit, in der die Lage unseres Volkes so ernst ist – ich bitte an Genf zu denken –, daß es nicht erwünscht sei, einen solchen Schritt zu tun.

Aber nun ist es geschehen. Und was wird die Folge sein? Ich bin davon durchdrungen, sie werden nur einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Männern der Arbeit um sich versammeln können. Die Gewerkschaft wird einen Stoß erhalten, und dem radikalen Flügel kommt das sehr zustatten. Es wird wieder ein Zustand eintreten, der bedauerlich ist. Meine engen Freunde aus dem Vorstand der Sozialausschüsse und ich, zusammen 35 Leute – und das sind bei Gott Männer kritischen Geistes –, haben klar zum Ausdruck gebracht, was geändert werden muß innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation. Wir waren uns einig. Bitte lesen Sie nach, wie wir formuliert haben.⁶⁰ Die Hauptschuld für diesen tragischen Vorgang liegt bei der Gewerkschaft selber wegen ihrer Einsichtslosigkeit usw. Das Unbedachte hat vielleicht auch etwas Gutes. Ich hoffe, daß es zu einem guten Ende geführt werden kann. Winkelheide ist stellvertretendes Mitglied unseres Bundesvorstandes. Ich hätte gern gehört, wenn wir hier einen Meinungs austausch darüber geführt hätten.

Johnen: Ich bin seit Jahren zum ersten Mal in Sorge um unsere Partei. Ich habe mit den Fakten zu tun. Wir haben die Einheitsgewerkschaft und die Christlichen Gewerkschaften. Und was tun wir als Partei? Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen spricht für die Einheitsgewerkschaft, und der Landtagspräsident des gleichen Landes spricht für die Christlichen Gewerkschaften! Beide im eigenen Lande!

Unten in den Kreisen tut sich etwas; entweder ist jemand Anhänger der Katholischen Arbeiter-Bewegung, dann schmeißt er diejenigen, die zur Einheitsgewerkschaft gehören, raus, und umgekehrt ist es so, der Einheitsgewerkschaftler läßt die KAB-

57 Polemische Schilderung der Beurlaubung und Entlassung von Viktor Agartz, Professor Bruno Gleitze, Walter Horn und Theo Pirker durch den Bundesvorstand des DGB in Hans-Georg HERMANN (Viktor Agartz): Verraten und verkauft. Eine Abrechnung. Frankfurt 1983. – In den Zeitungsmeldungen wurden u.a. auch zu enge Kontakte zur SED als Ursache der Entlassung angegeben (UiD vom 20. Oktober 1955; AdG 1955 S. 5409, 5529).

58 Bernhard Winkelheide (1908–1988), 1929–1935 Jugendsekretär, ab 1946 Diözesansekretär der KAB im Bistum Münster, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrats (CDU), 1949–1972 MdB, 1955 Mitgründer und bis 1962 Vorsitzender des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, 1965–1973 Verbandsvorsitzender der KAB Westdeutschlands.

59 Heinrich Voß (1909–1982), vor 1933 CSVD, 1947 CDU, 1953–1957 MdB.

60 Vgl. die Stellungnahmen der CDA vom 20. Oktober und 5. November 1955 in UiD vom 20. Oktober bzw. 9. November 1955.

Leute nicht in sein Zimmer. So sehen die Dinge unten aus. Und wir als Partei laufen Gefahr, bei dieser Sache zermalmt zu werden.

Es kommt aber noch schlimmer! Es finden schon Verhandlungen mit dem Zentrum statt. Wir hatten geglaubt, das Zentrum ginge bei der nächsten Kommunalwahl von selber zu Ende. Eben fiel der Name Winkelheide. Ich weiß nicht, ob alles richtig ist, was mir meine „Gestapo“ (*Heiterkeit*) berichtet. Das Zentrum wartet darauf, daß der Winkelheide kommt. Und Herr Even erklärt, wenn der geht, dann gehe ich auch. (*Wuermeling*: Diese Mitteilung wurde in der Fraktion mit schallendem Gelächter entgegengenommen.) Ja, so einfach ist das nicht, wie Sie meinen. Auf meine Frage, ob man aus den Leuten des Zentrums und der Gewerkschaft eine neue Partei bilden wolle, hat man mir keine Antwort gegeben!

Kaiser: Was sich zusammenfindet, wird eine kleine katholische Gruppe sein. (*Zurufe*: Nein! Nein!) Die evangelische Arbeiterschaft wird nicht mittun. (*Wehking*: Das stimmt nicht!) Ich bitte Sie, einmal darüber nachzudenken, was das für eine Störung des Gedankens der Christlich-Demokratischen Union in diesem Lande bedeutet.

Johnen: Ich habe meinen Landesvorstand für morgen früh einberufen, weil ich die heutige Sitzung abwarten wollte. Ich muß morgen eine Erklärung abgeben. (*Wuermeling*: Eine Erklärung?) Jawohl! Das Land Nordrhein-Westfalen erwartet eine neutrale Erklärung der Partei!⁶¹ Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir die Koalitionsfreiheit für jeden Berufsstand haben, also auch für die Arbeiterschaft. Das ist eine Frage, die die Arbeiterschaft unter sich auszutragen hat. In der CDU ist Raum für beide Gruppen. Mehr kann ich als Partei nicht tun. Ich darf mich als Partei weder auf die Seite der Einheitsgewerkschaft noch auf die Seite der Christlichen Gewerkschaft stellen. Wir kommen in Konflikt, wenn wir als Christlich-Demokratische Union scharfe Worte gegen die Gründung der Christlichen Gewerkschaft sagen. Das versteht im Lande keiner. (*Wuermeling*: Offiziell kann man das nicht!) Bei uns ist eine große Unruhe, die sich sehr schlecht auswirkt. In Mönchengladbach ist Herr Karsch⁶² plötzlich gestorben. Er war Vorsitzender der Stadtratsfraktion. Jetzt muß ein Ersatzmann gewählt werden. Herr Karsch galt als evangelischer Arbeitnehmer. Die Stadt will wieder einen evangelischen Arbeitnehmer nehmen. Der gehört aber zur Einheitsgewerkschaft. Jetzt kommen die Leute aus der Christlichen Gewerkschaft und sagen, das kommt nicht in Frage, wir stellen den Mann. Der Kampf, der schon vor der Gründung der Christlichen Gewerkschaft im Gange war, wird jetzt weiter verschärft. Das wird alles auf dem Rücken der CDU ausgetragen, meine Herren! Ich habe wirklich Sorge. Ich halte sie für viel größer, Herr Minister Kaiser, als vielleicht in diesem Raume vermutet wird.

61 Erklärung des Landesvorstands der CDU des Rheinlands, in Gewerkschaftsfragen Neutralität und Toleranz zu wahren, vom 11. November in UiD vom 17. November 1955.

62 Heinrich Karsch (1894–1955), Mitgründer der CDU Mönchengladbach, 1946–1955 Stadtrat Mönchengladbach (Fraktionsvorsitzender), 1951–1955 Vorsitzender des Kriegsoffiziersausschusses der CDU. – Nachfolger im Kriegsoffiziersausschuß der CDU wurde Ernst Buddensieg (UiD vom 17. November 1955).

Tillmanns: Ich teile die Sorge von Herrn Johnen voll und ganz. Ich bin mit ihm der Auffassung, daß der Vorstand im Augenblick nichts anderes sagen kann, daß für beide Teile Raum innerhalb der CDU gegeben ist. Etwas anderes können wir nicht sagen. Ich bezweifle aber sehr, daß wir auf die Dauer damit durchkommen. Im Augenblick jedoch können wir nichts anderes tun.

Ich sehe auch schwere Gefahren für die CDU heraufkommen! Aber wenn die Menschen zu uns kommen und fragen, was ist richtig, und wenn innerhalb unserer Gruppen und Kreise der Kampf der beiden Arbeitnehmergruppen ausgefochten wird – und der kommt notwendigerweise in die Organe der CDU –, dann kommen wir ja nicht daran vorbei, uns über diese Frage ernsthaft Sorge zu machen und auseinanderzusetzen. Mehr möchte ich dazu im Augenblick nicht sagen.

Es ist bekannt, daß bei denen, die die Christliche Gewerkschaft für richtig halten, auch evangelische Leute dabei sind. Es ist aber ebenso sicher, daß alle maßgebenden Organe der evangelischen Kirche auf dem Standpunkt stehen, daß dieser Schritt falsch ist. Das ist die Situation. Das ist eine Frage, die die Evangelischen unter sich ausmachen müssen. Der Rat der evangelischen Kirche hat die kirchliche Kammer für soziale Angelegenheiten beauftragt, einen Vorschlag zu machen und eine Stellungnahme vorzubereiten. Es ist kein Zweifel, wie diese Stellungnahme ausfallen wird.

Es muß uns darauf ankommen, die Tür für die Arbeiterschaft aufzumachen. Auf der Ebene der Funktionäre ist die Situation sehr schwer. Da sind die Marxisten. Aber wir erleben, daß in der Arbeiterschaft selber, und zwar in den Betrieben, sich die Dinge bessern. Jedenfalls gibt es Möglichkeiten, und diese Möglichkeiten wollen wir unter keinen Umständen verbauen, damit nicht unter dem Namen „christlich“, was der Arbeiter identifiziert mit „Kirche“, die Spaltung vergrößert wird. Man soll sich auch nicht darüber täuschen, wenn evangelische Freunde in Westfalen bei der Gründung der Christlichen Gewerkschaft dabeigewesen sind. Im ganzen ist die Situation so, wie ich sie eben gekennzeichnet habe. Ich wäre der Meinung, wir sollten uns darüber Gedanken machen, ob wir eine solche Erklärung herausgeben, wie es von Herrn Johnen vorgeschlagen worden ist.

Wehking: Ich habe eine Erklärung abgegeben, daß wir als Partei keine Stellung nehmen könnten. Ich muß sagen, daß im evangelischen Raum in Westfalen unsere ganze Anhängerschaft geschlossen hinter dieser neuen Gruppe steht. (*Tillmanns:* Das trifft nur für Westfalen zu!) Die Kirche vertritt bei uns die Meinung, daß die Pfarrer, die Sturm laufen gegen die Christliche Gewerkschaft, dieselben sind, die als Gegner der Außenpolitik der CDU auftreten.

Tillmanns: So ist es nicht! Das mag vielleicht für Westfalen gelten. Maßgebende Leute der evangelischen Kirche sind anderer Meinung. Bischof Lilje, der ein entschiedener Gegner der Politik von Niemöller ist, ist ein ebenso entschiedener Gegner der Christlichen Gewerkschaft. Das können Sie aber nicht mit anderen identifizieren. In der Bundesrepublik ist es bestimmt nicht so, wie Sie gesagt haben.

Bach: Ich habe einen Tag vor der Gründung der Christlichen Gewerkschaft eine Sondertagung in meinem Bezirk abgehalten. Da war es so, daß sich unsere Arbeiterschaft – 60 % meiner Mitglieder sind Arbeiter – genau zur Hälfte entzweit hat. Ich bin dafür, daß der Parteivorstand eine Erklärung herausgibt, so ähnlich, wie es Herr Johnen vorgeschlagen hat. Es geht nicht, daß morgen die einzelnen Vorstände von sich aus eine Erklärung abgeben, denn das ist eine Sache des Bundes. Wir müssen also irgendwie eine Formulierung für die Presse herausbringen, die uns nicht festlegt, die aber beruhigend wirkt.

Johnen: Wenn die Gesamtpartei schon jetzt eine Erklärung abgibt, so ist das nicht klug. Lernen Sie von der katholischen Kirche! Die ist in Erklärungen sehr spät, aber immer noch früh genug. (*Zimmer:* Nicht immer!) Als Gesamtpartei sollten wir vorsichtig sein.

Tillmanns: Ich könnte mir vorstellen, daß wir zunächst den nächstbeteiligten Landesverband sprechen lassen und der Bundesvorstand vorläufig nichts sagt.

Zimmer: Wir können noch nichts sagen; denn die Landesverbände sind zum Teil überhaupt nicht beteiligt, z.B. wir. Durch eine solche Erklärung wird die Sache erst in weitere Kreise gebracht. Ich bin der Meinung, wir sagen heute gar nichts. Wir nehmen nur Kenntnis, und Sie machen eine Erklärung.

Tillmanns: Herr Johnen, vielleicht Sie mit Westfalen zusammen! Ich weiß nicht, ob das möglich ist. (*Johnen:* Wir schließen uns den Westfalen an. Wir machen es diesmal umgekehrt!)

Bitter: Was Herr Johnen für das Rheinland sagt, gilt ganz sicher für Westfalen. Auf der kommunalen Ebene ist das Bild bereits so: Der eine Stadtverordnete ist in der Christlichen Gewerkschaft, der andere ist in der Einheitsgewerkschaft, aber beide machen dem Fraktionsvorstand allmählich die Hölle heiß. Der Kampf geht quer durch die Katholischen Arbeitervereine. Die Seelsorge ist in der größten Verlegenheit. Die Verlegenheit ist größer als beim Kampf um das Zentrum. Da waren es nur einzelne Pfarrer, die nicht wußten, was sie tun sollten. Aber jetzt ist die gesamte katholische Geistlichkeit von diesen Dingen berührt. Die Sache hat folgenschwere Auswirkungen. Jetzt stehen wir erst am Anfang dieser Probleme.

Wir werden uns über diesen Punkt sicherlich noch den Kopf und das Herz zerbrechen müssen. Es sind wirklich Schicksalsfragen, die hier auf uns zukommen. Ich bin davon überzeugt, daß sich die Urheber über die letzten Konsequenzen nicht klargewesen sind. Sie mögen zwar aus den edelsten Motiven heraus gehandelt haben, aber die bitteren Folgen sind nun eingetreten. Wenn man mich gefragt hat, habe ich immer gesagt, wir müssen Geduld üben und von Mann zu Mann den Kampf um die Realisierung unserer Wünsche führen. Das ist auch heute noch meine Überzeugung. (*Wuermeling:* Das haben wir schon fünf Jahre getan, aber ohne Erfolg!)

Lieber Herr Minister, die ganze Situation ist doch bei Licht besehen überall die gleiche. Wo sich den Leuten Männer gegenüber befunden haben, die eine feste Meinung hatten, da haben wir auch bei den Sozialdemokraten Gehör gefunden und unsere Wünsche durchsetzen können. Die ganze Frage läuft zum Schluß auf

die Persönlichkeit hinaus, die als Christ das durchsetzen muß. Das ist weithin die Situation.

Ich habe mich oft genug mit Föcher ausgetauscht, und Föcher hat mir erklärt, wenn die Leute nicht in die Politik gegangen wären, sondern in die Gewerkschaften, dann stände es besser mit unserer Situation. (*Wuermeling*: Vielleicht wäre Föcher besser in die Politik gegangen!) Streiten wir uns nicht um Worte, Herr Minister! Wir dürfen die Dinge nicht bagatellisieren! Die Sache ist ernst. Stellen Sie sich nur die Kandidatenaufstellung bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahre vor. Das, was Herr Johnen ausgeführt hat, unterstütze ich voll und ganz. Wir kommen als Christlich-Demokratische Union hier in einen Tanz, der viel schlimmer sein wird, als manche sich vorstellen. Der Kampf wird mit einer großen Leidenschaftlichkeit schon heute geführt. In der Gewerkschaft sind es gewöhnlich nur die Berufs- und Standesunterschiede; hier aber kommt der politische Motor hinzu.

Als die Publikation in der Zeitung stand „Die Christliche Gewerkschaft ist gegründet“, war in unserem Bezirk am Nachmittag ein Konveniat der Geistlichen. Dort wurde der Meinung Ausdruck gegeben, damit hätten die Leute bereits ihr Bundestagsmandat kaputtgemacht. Das sage ich deswegen, damit Sie sehen, wieweit die Dinge gehen, auch bei Leuten, die nicht gegen die Christliche Gewerkschaft sind, die aber davon überzeugt sind, daß der DGB Dummheiten gemacht hat. Ich warne aber davor, heute hier schon eine Erklärung abzugeben. Lassen Sie die Dinge noch ein bißchen brodeln!

Kaiser: Herr Arnold kann heute nicht kommen. Überlassen wir es seiner Weisheit, das richtige Wort zu finden. Wir wollen von uns aus nicht in das Feuer blasen. Winkelheide hat mir gestern versichert, daß sie es von ihrer Seite auch nicht tun. (*Zuruf*: Die haben genug geblasen!) Ich könnte mehr dazu sagen, wie z.B. der Johannes Even zögernd in diese ganze Angelegenheit hineinkam. Er sagte, was soll man denn machen? Sie haben, beeinflußt von irgendwoher, diese Vorbereitungen getroffen. Es ist vor allem die Jugend, die so lebendig ist; denn die Klagen gegen den DGB bestehen zu Recht. Bitte, Herr Johnen, lesen Sie, was ich in Herne gesagt habe. Ich hatte ein viertel Jahr vorher die Freunde von der KAB hier im Hause darum gebeten, keine unüberlegten Schritte zu tun, sondern gemeinsam mit uns zu gehen. Wir wollten alle christlich-sozialen Kräfte dieses Landes aus dem Bereich der Arbeitnehmerschaft zu einem außerordentlichen Akt der Politik zusammenrufen und unsere Meinung den Gewerkschaften sagen.

Wenn wir in unseren Reihen einiger und geschlossener in jenem Augenblick gewesen wären, dann wären wir auch in dieser Sache dem DGB gegenüber um ein gutes Stück weitergekommen. Leider haben wir es uns unsagbar schwer gemacht. Ich könnte mehr dazu sagen. Ich versage es mir; auch nach Herne sind Dinge vorgekommen – ich schweige am liebsten darüber –, die dem Karl Arnold und dem Jakob Kaiser gegenüber nicht kameradschaftlich und nicht ritterlich waren. Ich hatte geglaubt, ich könnte die Sache aufhalten, aber die Vorbereitungen waren getroffen, und man konnte nicht mehr zurück. Aber es wird keine große Sache. Die Arbeiterschaft

will nicht mehr den Streit in den Fabriken und Werkstätten. Sie will zusammenbleiben. Das wird der KAB mehr Schwierigkeiten machen als dem DGB.

Was von der evangelischen Kirche gesagt wird, das empfindet jeder beim Blick auf die katholische Kirche⁶³ genauso. Es darf nicht mehr zu größeren Entfremdungsvorgängen zwischen ihnen und der breiten Masse der Arbeiterschaft kommen. Gott verhüte es, daß in dieser Periode der Politik um unser Land, wo der Kommunismus von Moskau aus uns näher auf den Leib rückt, die Arbeiterschaft dem Radikalismus in die Arme getrieben wird.

Ich gebe mich keiner Täuschung über den Ernst der Sache hin, verehrter Freund von Recklinghausen⁶⁴, aber es wird sonst nicht so dramatisch sein wie in dem engeren Bereich von Winkelheide. Ich war gestern in Essen und in Köln. Die Betriebsräte waren versammelt. 90 % haben gesagt, unter keinen Umständen. Nur einige wenige haben aus besonderer Verbundenheit mit Even erklärt: Ja, doch! Aber die große Masse sagt nein. Natürlich führt die Sache zu einer Schwächung unserer Gesamtsituation, aber ich werde das Meinige dazu tun, was möglich ist, um diese Schwächung zu vermeiden.

Heck: Ich möchte auf einen Vorgang hinweisen, der für die Union wichtig ist: Es hat sich, getragen von Kräften, die für die evangelische Kirche tätig sind, in Stuttgart ein Aktionskomitee zur Erhaltung der Einheitsgewerkschaft gegründet.⁶⁵ Ein solcher Vorgang ist zweifellos etwas eigenartig, daß auf kirchlichem Boden ein Komitee zur Erhaltung der Einheitsgewerkschaft gegründet wird. Ich meine, man mußte deswegen etwas sorgfältiger darüber nachdenken, was eigentlich die Ursache gewesen sein könnte. Aus mehreren Gesprächen mit beteiligten Herren, die aufgrund eines persönlichen Vertrauens in diesen Gesprächen etwas mehr gesagt haben als sonst offiziell, habe ich den Eindruck gewonnen, daß weite Kreise der evangelischen Kirche der Auffassung sind, daß diese Gründung der Christlichen Gewerkschaft von den bischöflichen Ordinariaten der katholischen Kirche aus gesteuert ist.

Das ist die Ursache, warum es zu der evangelischen Aktion in dieser Angelegenheit kommt. Dieser Tatbestand ist für uns als Union als Symptom einer Zuspitzung der konfessionellen Gegensätze – nicht innerhalb der Union, sondern von Kirche zu Kirche – bezeichnend und äußerst schlecht. Vor vier Wochen ist ein Buch „Der Klerikalismus in der deutschen Politik“ erschienen, und zwar herausgegeben von

63 In einer gemeinsamen Erklärung äußerten die katholischen Bischöfe u.a., sie achteten die Entscheidung zur Gründung der christlichen Gewerkschaften (FAZ vom 8. November 1955).

64 Wilhelm Bitter, der wie Winkelheide aus Recklinghausen stammte.

65 Diese Aktionsgemeinschaft war bereits 1952 gegründet worden; ihr Vorsitzender war der Leiter der Evangelischen Akademie von Bad Boll, Eberhard Müller. Ihre Erklärung zur CGB-Gründung in FAZ vom 5. November 1955; Bekräftigung ihres Bekenntnisses zur Einheitsgewerkschaft auf einem Treffen mit dem DGB am 8. November in Düsseldorf (FAZ vom 9. November); vorsichtige Distanzierung des Landesbischofs D. Bender (UiD vom 17. November 1955).

Thomas Ellwein⁶⁶ im Isar-Verlag, München. Dieses Buch ist auf der einen Seite nicht ernst zu nehmen, weil es absolut einseitig ist, auf der anderen Seite stellt es eine Zusammentragung von Material dar, welche Sünden vor allen Dingen auf katholischer Seite in der Richtung begangen worden sind und begangen worden sein sollen. Herr Ellwein war in der Auswahl seiner Quellen nicht sehr wählerisch. Er hat seine Quellen teilweise aus dem „Spiegel“ bezogen.

Aber dieses Büchlein ist in der Hand von einem Teil der evangelischen Geistlichkeit, die ein unüberwindliches Ressentiment hat, eine sehr gefährliche Angelegenheit. Ich wollte das als zweiten Punkt, der mir symptomatisch erscheint, zur Sprache bringen. Von der Seite her ist die Gründung der Christlichen Gewerkschaft gerade für uns als Union wirklich alarmierend.

Kaiser: Ich glaube nicht, daß kirchliche Ordinariate diese Sache in besonderer Weise gefördert haben. Natürlich, wenn Even oder Winkelheide usw. zum Bischof von Münster oder zum Kardinal von Köln gehen, werden die sagen: Ja, ja, natürlich, es ist unmöglich, was da ist; aber finanzielle Förderung halte ich für ausgeschlossen. Das Geld kommt vom Ausland in erster Linie. Ich möchte gern wissen, woher es wirklich stammt, ob es wirklich nur von der Christlichen Internationale ist oder ob nicht auch noch andere Kräfte im Ausland ein Interesse daran haben, Störungen – das braucht der Mann, der das Geld entgegengenommen hat, gar nicht zu wissen, was dahintersteckt – herbeizuführen.

Es gibt Kräfte in der freien Welt, die ein Interesse daran haben, daß es in diesem Lande nicht in Ordnung geht, sondern daß der Zusammenhalt des Volkes gestört wird. Auch diese Sache spielt eine Rolle.

Wehking: Wir waren uns darüber einig, vom Bundesvorstand keine Erklärung abzugeben. Ich möchte wünschen, wenn die Landesparteien Stellung nehmen, daß diese Stellungnahme nur in der Richtung liegt, wie sie von Herrn Johnen vorgetragen wurde, daß nämlich die Landesvorstände nicht einseitig für irgendeine Seite Stellung nehmen. Denn das würde unserem Grundsatz widersprechen.

Tillmanns: Wir sind uns darüber einig, daß wir als Bundesvorstand zu dieser Frage keine Erklärung abgeben wollen, sondern zunächst wollen wir den nächstbeteiligten Landesverbänden den Vortritt überlassen, wobei wir die Bitte haben, daß die Stellungnahmen in der Richtung lauten, wie es Herr Wehking vorgetragen hat, d.h. keine einseitigen Stellungnahmen.

Wir sind uns klar darüber, daß die Sache für die Christlich-Demokratische Union noch nicht abgeschlossen ist, sondern daß wir uns noch um die Frage bemühen müssen, auch um die anderen Zusammenhänge, die hier hineingreifen, die aber noch

66 Dr. Thomas Ellwein (geb. 1927), Professor für Politische Wissenschaften (1962), SPD; 1955–1958 Leiter der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung, 1970–1974 Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, 1974–1976 Präsident der Hochschule der Bundeswehr Hamburg. – Ellweins Buch war Nr. 1 einer Reihe „Heiße Eisen“.

tiefer gehen als die Gewerkschaftsfrage. Das brauchen wir aber heute nicht mehr zu vertiefen.

Zimmer: Wir sehen an diesem Beispiel – ich will nicht kritisieren –, daß man vielleicht manche Dinge doch mit etwas größerer Skepsis verfolgen und rechtzeitiger eingreifen sollte. Auch mit den konfessionellen Störungsmanövern gegenüber der CDU müssen wir uns einmal sehr ernsthaft befassen. Ich bin der Meinung, daß wir die Dinge nicht treiben lassen dürfen. Wir müssen die Fakten ins Auge fassen. Wir haben den Evangelischen Arbeitskreis, der sich eine große Aufgabe gestellt hat, als er gegründet wurde. Er hat sicherlich viel Material zusammengetragen.

Wir müssen als Vorstand in einer der nächsten Sitzungen einen Vortrag entgegennehmen über die konfessionell-politische Lage in bezug auf die CDU. Ich könnte gleich einige Beispiele nennen. Die Herren der FDP bei uns versuchen immer wieder – weil sie sonst nichts vorzuweisen haben –, sich als die Exponenten der evangelischen Interessen anzubiedern, und zwar in recht primitiver Form. Solange es bei dem Anbiedern bleibt, ist es harmlos. Es werden aber Störungsmanöver gemacht. Wir müssen uns dieser Frage laufend mit großer Aufgeschlossenheit annehmen. Ich würde also darum bitten, daß wir uns in einer der nächsten Sitzungen mit dieser Frage befassen. Wir müssen alles tun, daß in der CDU überall dort, wo sie nicht besteht, die Parität hergestellt wird, ohne daß wir in eine zahlenmäßige Verteilung hineinzufallen brauchen. Ich glaube, darüber sind wir uns einig, daß wir so primitiv nicht denken können. (*Weber:* Die anderen Leute denken aber so primitiv!) Wir haben nichts zu verbergen. Als CDU haben wir auf diesem Gebiet eine ganz klare Stellungnahme. So muß auch die Praxis sein.

Wir sollten also die Dinge sorgfältig beobachten und dafür sorgen, daß uns nicht durch die SPD in Niedersachsen oder durch die FDP Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Wir müssen auch dafür sorgen, daß durch persönliche Kontakte zwischen evangelischen und katholischen Persönlichkeiten, eventuell auch durch Bischöfe, eine bessere Atmosphäre geschaffen wird. Ich will nicht mit konkreten Beispielen dienen, aber ich habe die besten Erfahrungen gemacht, wenn man sich an einen Tisch setzt und in aller Offenheit über die Dinge redet.

Tillmanns: Das ist eine dankenswerte Anregung, die wir bei einer der nächsten Sitzungen behandeln wollen. Heute können wir es nicht vertiefen.

Wir kommen zum letzten Punkt der Tagesordnung.

VERSCHIEDENES

Bach: Wir müssen im Parteiausschuß den Beschluß fassen, daß der Mitgliedsbeitrag an die Bundeskasse ab 1. Januar DM 0,10 beträgt.

Tillmanns: Ist bereits beschlossen. (*Weber:* Wann denn?) In einer früheren Sitzung.

Wenn der Vorstand noch Zeit hat, dann hätte ich den Wunsch, daß wir uns mit einem Interview beschäftigen, das unser Freund Jakob Diel im Deutschlandsender

gegeben hat.⁶⁷ Ich weiß nicht, ob wir das jetzt noch vertiefen sollen. Jedenfalls ist es eine ernste Angelegenheit.

Zimmer: Meine Damen und Herren! Sie kennen den Jakob Diel wohl zur Genüge. Er hat an sich in unserer Partei des Landes Rheinland-Pfalz zwar einen Namen, aber kein Gewicht. (*Zuruf*: Na! Na! – *Tillmanns*: Warum ist er denn im Bundesparteiaus-schuß? – *Zuruf*: Sehr richtig!) Wir haben ihm wenig Ämter gegeben. Im übrigen hat sich die CDU-Landtagsfraktion und der Landesvorstand in aller Form öffentlich von dieser Sache distanziert und ihm eine Mißbilligung ausgesprochen. Wahrscheinlich hat davon die große deutsche Presse keine Notiz genommen.

Tillmanns: Von der Tatsache nimmt natürlich die große Presse Kenntnis, aber von der Distanzierung oder dem Dementi nicht. Das ist für sie uninteressant.

Zimmer: Die Sache ist in schärfster Form gerügt worden. Jakob Diel ist ein sehr kenntnisreicher und vitaler Mann, der in seinem Betrieb nichts zu tun hat, weil sein Sohn den Betrieb übernommen hat. Jakob Diel will überall mitpochen und mitreden, und er glaubt, er habe positiv in die Weltpolitik hinein etwas Gutes zu sagen. Dazu kommt ein großes Geltungsbedürfnis.

Wie wollen Sie diesen Mann bändigen? Ich muß dieses Persönliche einmal sagen. Das tue ich sonst nicht gern. Aber wir haben es sehr schwer in dieser Richtung. (*Weber*: Er soll doch bei seinen Weinen bleiben!) Auch in der Saarpolitik hat er sich Extratänze erlaubt, die uns belasten. (*Zuruf*: Er hat aber recht behalten!) Ja, aber die Methoden, die der Mann angewandt hat, die haben wir restlos abgelehnt. (*Wuermeling*: Kann man ihn nicht der Ämter entheben, damit er nicht mehr offizielles Sprachrohr ist?) Die Sache ist noch nicht abgeschlossen in der Fraktion. Es kam zur Debatte, ob er den Vorsitz im Agrarpolitischen Ausschuß behalten soll. (*Wuermeling*: Ist er im Landesvorstand?) Der Landesvorstand ist einberufen für die nächste Woche. Der Vorstand wird sich mit dem Fall Diel beschäftigen. (*Wuermeling*: Wir sind alle dafür, möglichst kräftig zu schießen! – *Wehking*: Der Graf von Westphalen⁶⁸ verbreitet seine Sachen!) Ich habe nichts dagegen, wenn der Bundesvorstand den Fall aufgreift und an den Landesvorstand von sich aus schreibt. Das würde unserer Aktion einen entsprechenden Nachdruck geben.

Tillmanns: Es würde genügen, wenn der Bundesvorstand zu Ihren Händen den dringenden Wunsch mitgibt, daß eine solche Erklärung sehr entschiedener Art notwendig ist.

Zimmer: Ich darf noch darum bitten, dem Herrn Bundeskanzler, wenn Sie ihn das nächste Mal treffen, zu sagen, er möchte dem Herrn Diel auf seine Schreiben keine

67 Diel hatte dem „Deutschlandsender“ der DDR in der Sendung „Aktuelles vom Tage“ am 14. Oktober 1955 ein Interview zur Wiedervereinigung gegeben, in dem er sich für Gespräche zwischen Bonn und Pankow und für die Einberufung einer Nationalversammlung aussprach (Text BPA Nachrichtenabteilung Sowjetzonenengruppe). Am 31. Oktober erklärte er, er habe nur seine persönliche Meinung, nicht die der CDU abgegeben; zusätzlich distanzierte sich die CDU von Rheinland-Pfalz am 9. November (UiD vom 9. November 1955).

68 Dr. Friedrich Carl Reichsgraf Westphalen zu Fürstenberg (geb. 1898).

Antwort mehr geben. Wenn der Herr Bundeskanzler als höflicher Mann ihm schreibt: Sehr geehrter Herr Diel! Ich habe Ihr Schreiben erhalten und Ihre wertvollen Gedanken mit Interesse gelesen ... (*Heiterkeit.*) Dann geht Herr Diel mit diesem Schreiben hausieren und sagt, bitte, der Herr Bundeskanzler schreibt mir: Ihre wertvollen Gedanken ... (*Erneute Heiterkeit.*) Der Bundeskanzler darf ihm nicht mehr antworten.

Wackerzapp: Wir haben im Juni von Herrn Heck ein Referat über verschiedene Gesichtspunkte zur weiteren Entwicklung der Partei gehört. Darf ich fragen, wieweit diese Anregungen in der Praxis durchgeführt worden sind? Er ging aus von der Finanzierung. Es war an den „Union-Dienst“ und an das „Monatsblatt“ gedacht. Ist das gemacht worden? Außerdem sollte eine Schulungseinrichtung geschaffen werden, um die jungen Leute auszubilden.⁶⁹

Tillmanns: Ich wäre dankbar, wenn wir das bei der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes erörtern könnten. (*Wackerzapp*: In der Frage der Finanzierung drehen wir uns im Kreise!) Ich glaube, in der nächsten Sitzung ist der geschäftsführende Vorstand in der Lage, etwas dazu zu sagen. (*Wackerzapp*: Man hört überall, daß unsere Leute den dialektischen Rednern der Ostzone nicht gewachsen sind. Unsere Parteifunktionäre müßten entsprechend geschult werden.) Wir wollen es in der nächsten Sitzung besprechen.

Weber: Wir bekommen von einer christlich-demokratischen Zentrale irgendwelche Reden und Texte zugeschickt. Was ist das eigentlich für eine Zentrale?

Heck: Ich nehme an, es handelt sich um die „Christlich-Soziale Korrespondenz“.⁷⁰

Tillmanns: Darüber können wir noch sprechen. Halten Sie es für möglich, daß es einer von uns ist?

Heck: Herr Dr. Krone. Herr Dr. Wuermeling ist auch beteiligt.

Wuermeling: Ich bin auch beteiligt. Steht etwas Böses drin? Es ist der Arbeitskreis, von dem Herr Krone Vorsitzender ist.

Tillmanns: Die Frage ist, ob nicht die Christlich-Demokratische Union als solche diese Aufgabe hätte. (*Weber*: Das Nebeneinander ist falsch!)

Wuermeling: Das ist aber ein ganz anderer Empfängerkreis. Darüber müssen wir noch reden. (*Weber*: Wir machen uns gegenseitig Konkurrenz!)

Tillmanns: Ich wäre dankbar, wenn wir auch hierüber in der nächsten Sitzung etwas Näheres hören könnten.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Schluß. Wir haben eine Arbeitssitzung gehabt ohne große politische Referate. Ich glaube aber, daß diese Sitzung sehr fruchtbar gewesen ist. Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit und schließe die Sitzung.

⁶⁹ Entwurf der Satzung vom 21. November 1955 in ACDP VII-002-279.

⁷⁰ Vermutlich die „Politisch-soziale Korrespondenz“, Organ der „Gemeinschaft für christlich-soziale Schulung und öffentliche Meinungsbildung e.V.“